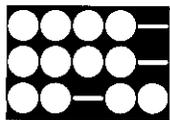


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

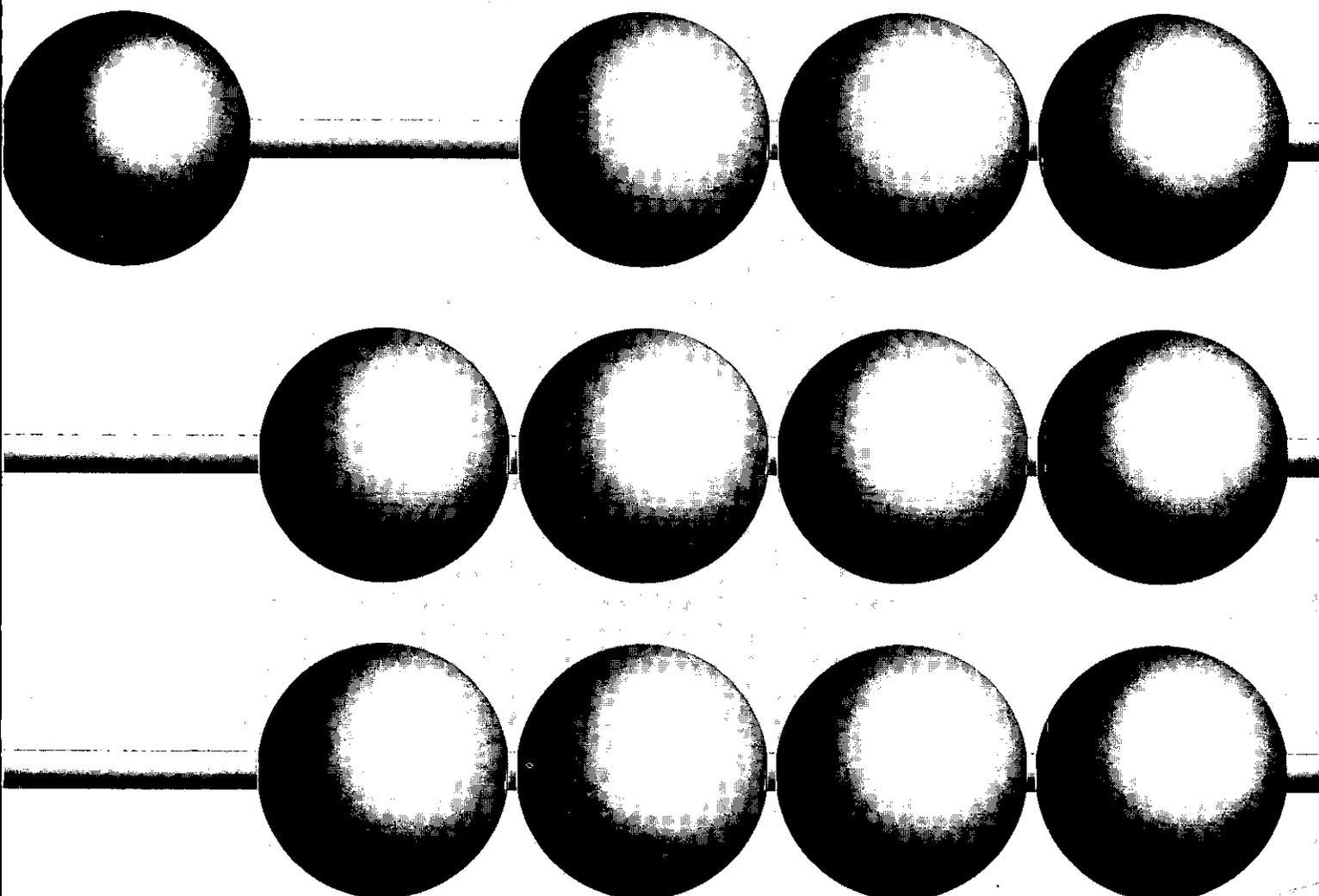


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



51. Jahrgang, Heft 10/11, Oktober/November 1999

Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 11 41
24100 Kiel

Telefon (04 31) 68 95-0
Telefax (04 31) 68 95-4 98
E-Mail: statistik-sh@t-online.de
Internet: www.statistik-sh.de

Schriftleitung:
Fritz Wormeck
App. 2 46

Vertrieb:
App. 2 80

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge
monatlich

Auflage 550

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947 - 7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

51. Jahrgang • Heft 10/11

Oktober/November 1999

Inhalt •	Kurz gefasst	198
	Bevölkerungsentwicklung, Baulandmarkt, Einbürgerungen, Kindertageseinrichtungen, Verurteilungen, Verarbeitendes Gewerbe, Beschäftigte im Landesdienst, Bauhauptgewerbe, Schlachtungen, Veröffentlichungsverzeichnis	
	Aufsätze	
	Europawahl in Schleswig-Holstein am 13. Juni 1999	201
	In diesem Beitrag werden eingangs die gesetzlichen Grundlagen zu den statistischen Auswertungen über die Europawahl vorgestellt, bevor die Ergebnisse für die verschiedenen Parteien aufgezeigt werden. Der Autor vergleicht die einzelnen Stimmenanteile der Wahl 1999 mit denen der vorangegangenen Europawahl und beschreibt die Wahlergebnisse in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins. Ausführlich wird anhand der Ergebnisse der repräsentativen Statistik das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht kommentiert.	
	Ausgaben für die Wissenschaft in Norddeutschland	221
	Der Autor untersucht in diesem Beitrag den Stellenwert der Wissenschaft in Norddeutschland im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet. Dabei werden die Aufwendungen für die Wissenschaft in den Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen sowie die Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung im Durchschnitt der letzten Jahre aufgezeigt und kommentiert, und zwar gegliedert nach Regionen, Hochschul- und Ausgabenarten sowie nach Fächer- und Einrichtungsgruppen. Die Zahlenquellen dieser Untersuchung sind im Wesentlichen die Jahresrechnungsstatistik, die Hochschulfinanz- und Patentstatistik und die Erhebung über Forschung und Entwicklung des Stifterverbandes Wissenschaftsstatistik GmbH.	
	Entwicklung im Bild	235
	Beilage	
	Zahlenbeilage	
	Bestellkarte	

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Bevölkerungsentwicklung im ersten Halbjahr 1999

Im ersten Halbjahr 1999 ist die Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein um 3 975 (0,1 %) auf 2 770 032 Personen am 30. Juni gestiegen. Dieser Zuwachs ergibt sich aus einem Wanderungsgewinn von 5 938 Personen einerseits und einem Gestorbenenüberschuss von 1 963 Personen andererseits. Ohne den Wanderungsgewinn wäre die schleswig-holsteinische Bevölkerungszahl also zurück gegangen.

Im Berichtshalbjahr standen 13 467 Geborenen 15 430 Gestorbene gegenüber, es zogen 35 395 Personen nach Schleswig-Holstein, während 29 457 das Land verließen.

Im Vergleich dazu nahm die Bevölkerungszahl im ersten Halbjahr 1998 um 4 049 Personen zu. 36 072 Zuzüge und 30 460 Fortzüge über die Landesgrenze führten zu einem Wanderungsgewinn von 5 612 Einwohnerinnen und Einwohnern, dem mit 13 349 Geborenen und 14 912 Gestorbenen ein Sterbeüberschuss von 1 563 Personen gegenüberstand.

Umsatzzuwachs auf dem Baulandmarkt 1998

In Schleswig-Holstein haben die Kauf- und Verkaufsaktivitäten auf dem Baulandmarkt 1998 im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Als Ergebnis wurden 4 141 Verkäufe von baureifem Land mit einer Fläche von 3,9 Mill. Quadratmetern registriert. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Zahl der Kauffälle um 18,8 % und der Flächenumsatz um 17,4 % erhöht.

Die Anzahl der Verkäufe von Rohbauland (i. d. R. nicht erschlossene Flächen) ist um 3,4 % auf 986 zurückgegangen. Der Flächenumsatz nahm dagegen um 11,5 % auf 4,3 Mill. Quadratmeter zu.

Auch bei sonstigem Bauland – es handelt sich dabei um Flächen für Gewerbe- und Industrieansiedlungen sowie für den öffentlichen Verkehr – haben sich Fallzahl und Flächenumsatz im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Zahl der Verkäufe ist um 21,8 % auf 302 und die umgesetzte Fläche ist um 25,2 % auf 1,8 Mill. Quadratmeter gestiegen.

Die durchschnittlichen Kaufwerte je Quadratmeter haben sich für alle hier betrachteten Grundstücksarten erhöht. Der Quadratmeterpreis für baureifes Land stieg um 2,7 % auf 141 DM, für Rohbauland um 8,0 % auf 36 DM und für sonstiges Bauland um 6,6 % auf 34 DM im Vergleich zum Vorjahr.

Sehr unterschiedlich entwickelten sich die durchschnittlichen Kaufwerte je Quadratmeter für baureifes

Land in den Kreisen und kreisfreien Städten. Die größten Steigerungen verzeichneten Lübeck mit + 31 % und Steinburg mit + 14 %, während in Kiel mit - 37 % und Segeberg mit - 29 % die größten Rückgänge zu beobachten waren. In allen übrigen kreisfreien Städten und Kreisen lag die Entwicklung zwischen - 12 % und + 12 % im Vergleich zum Vorjahr. Die durchschnittlichen Kaufwerte haben für die Preisentwicklung in den Kreisen allerdings nur einen sehr eingeschränkten Aussagecharakter, da sie sehr stark von extremen Werten beeinflusst werden können.

Sprunghafter Anstieg der Einbürgerungen im Jahr 1998

1998 erwarben in Schleswig-Holstein 7 673 Personen durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit, dieses waren 1 388 (22 %) mehr als 1997.

Die Zahl der Anspruchseinbürgerungen gegenüber dem Vorjahr ist um 937 (17 %) auf 6 422 gestiegen, die Zahl der Ermessenseinbürgerungen um 451 (56 %) auf 1 251. Die erleichterten Einbürgerungen nach den Paragraphen 85 und 86 des Ausländergesetzes stiegen um 611 (52 %) auf 1 776 Personen an.

3 919 der eingebürgerten Personen waren Frauen, 3 754 Männer. 1 870 waren unter 15 Jahre, 5 478 von 15 bis unter 65 Jahre alt und 325 der neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger waren 65 Jahre und älter.

51 % der Einbürgerungen erfolgten aus einer europäischen Staatsbürgerschaft heraus. Darunter waren 2 002 mit russischer, 1 264 mit türkischer und 203 mit polnischer Staatsangehörigkeit. Ferner wurden 3 413 asiatische, 220 afrikanische und 52 amerikanische Staatsbürger eingebürgert. 85 Personen waren vor ihrer Einbürgerung staatenlos.

1998 wurden Kindertageseinrichtungen mit 427 Mill. DM gefördert

Erstmals nach der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz war die finanzielle Förderung von Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein leicht rückläufig. Während die Ausgaben für diesen Bereich 1997 noch nahezu stabil blieben, wurde 1998 ein Rückgang von 2,2 % auf 427 Mill. DM festgestellt.

Der Leistungsbereich der Kindertageseinrichtungen hatte mit 45 % auch weiterhin den größten Anteil unter den Ausgaben der Jugendhilfe. An zweiter Stelle standen die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung mit 318 Mill. DM (34 %). Hierunter fielen unter anderem die Ausgaben für Heimerziehung und Erziehung in

betreuten Wohngruppen mit 118 Mill. DM sowie die Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Vollzeitpflege mit 51 Mill. DM.

Insgesamt wurden 1998 im Bereich der Jugendhilfe 944 Mill. DM an Fördermitteln ausgegeben, dies waren 1,9 % mehr als 1997.

38 % der Verurteilungen wegen einer Straftat im Straßenverkehr

An den schleswig-holsteinischen Strafgerichten ergingen 1998 insgesamt 22 722 Verurteilungen, dies sind 355 mehr als im Vorjahr. In diesem Jahr stieg die Zahl der Verurteilungen nach allgemeinem Strafrecht um knapp 1 % auf 20 119 und die der im Bereich des Jugendstrafrechts um 8,3 % auf 2 603.

Die größte Deliktgruppe war 1998 wie im Vorjahr die der „Straftaten im Straßenverkehr“ mit 8 601 (38 %) Verurteilungen, gefolgt von „Diebstahl und Unterschlagung“ mit 4 955 (22 %) und „anderer Vermögensdelikte“ mit 3 322 Fällen (15 %).

Nicht alle Verfahren wurden mit einer Verurteilung beendet, 713 mal entschieden die schleswig-holsteinischen Gerichte auf Freispruch, 3 591 mal wurde das Verfahren eingestellt und von einer Strafe abgesehen und 25 mal erging eine Entscheidung, bei der auf eine Maßregel erkannt wurde.

Insgesamt wurden somit 27 051 Strafverfahren an den schleswig-holsteinischen Gerichten abgeschlossen, 182 weniger als im Vorjahr.

Exportboom im Verarbeitenden Gewerbe hält an – Exportquote bei 32 %

Die Auslandsumsätze des schleswig-holsteinischen Verarbeitenden Gewerbes stiegen in den ersten sieben Monaten des Jahres 1999 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 12 %. Damit erreichte die als Anteil der Auslands- an den Gesamtumsätzen definierte Exportquote im bisherigen Jahresverlauf einen Rekordwert von fast 32 %. Die sehr hohen Quoten von nahezu 30 % der Jahre 1997 und 1998 wurden also noch übertroffen. Exportmotoren waren dabei vor allem der Schiffbau und die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik. Aufgrund der lediglich um 0,9 % gestiegenen Inlandsumsätze ergab sich für die Gesamtumsätze in den ersten sieben Monaten ein Plus von nur 4,2 %.

Die Entwicklung der Auftragseingänge zeigt, dass die rege Exporttätigkeit auch in den nächsten Monaten anhalten wird. Während die Nachfrage aus dem Ausland in den ersten sieben Monaten 1999 um über

14 % zugenommen hat, gingen die Auftragseingänge von inländischen Kunden um 1,0 % zurück. Insgesamt ergab sich ein Plus der Bestellungen von 5,4 %.

Die Zahl der Beschäftigten lag im Durchschnitt der Monate Januar bis Juli 1999 um 2 200 Personen oder 1,6 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Leichter Rückgang der Beschäftigten des Landes um 0,8 %

Am 30.06.1998 waren im unmittelbaren Landesdienst in Schleswig-Holstein insgesamt 69 020 Personen (darunter: 33 448 Frauen) beschäftigt. Das waren 560 Personen oder 0,8 % weniger als im Jahr 1997. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging um 1 035 (- 2,0 %) zurück, hingegen stieg die der Teilzeitbeschäftigten um 475 (+ 2,7 %) an.

Während in der Landesverwaltung mit 60 563 Personen die Beschäftigtenzahl um 636 Personen (- 1,0 %) und bei den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen des Landes (Forstämter) um 24 Personen (- 6,0 %) geringer ausfiel, erhöhte sie sich bei den Universitätskliniken des Landes um 100 Personen (+ 1,3 %) auf 8 084 Beschäftigte.

Am 30.06.1998 wurden 332 oder 1,0 % mehr Frauen beim Land beschäftigt als ein Jahr zuvor.

Weiterhin geringere Beschäftigung im Bauhauptgewerbe

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein waren am Ende des Monats Juni 1999 knapp 35 900 Personen beschäftigt, was keine Veränderung gegenüber Ende Mai bedeutet. Der durchschnittliche Personalbestand für den Zeitraum Januar bis Juni 1999 lag dagegen um 6,6 % unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Der Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe betrug gleichzeitig nur 1,4 %. Auch bei den geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe war gegenüber dem Zeitraum des Vorjahres ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar um 5,7 % auf 20,7 Mill. Stunden.

Die Auftragseingänge der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren in den ersten sechs Monaten dieses Jahres geringer als 1998. Sie lagen mit 1,5 Mrd. DM um 9,0 % unter dem Ergebnis des Vorjahres. Im Wirtschaftsbau übertrafen die Auftragseingänge das Ergebnis des Vorjahreszeitraumes um 5,7 %, im Wohnungsbau wurde das Vorjahresergebnis um über 13 % unterschritten und im öffentlichen und Verkehrsbau wurden Rückgänge von fast 15 % verzeichnet.

Die Schlachtungen im August 1999

Im August 1999 wurden in Schleswig-Holstein 130 000 Schweine, 35 000 Rinder und 12 000 Schafe in- und ausländischer Herkunft gewerblich geschlachtet. Damit erhöhte sich sowohl die Zahl der Schweineschlachtungen als auch die der Rinderschlachtungen gegenüber August 1998 um 6 %. Dagegen verringerte sich die Zahl der Schafschlachtungen um 2 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Die Gesamtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen war mit 23 000 t um 5 % höher als im August 1998.

Statistik informiert: Veröffentlichungsverzeichnis 1999

In gewohnt handlicher Form bietet das neue Veröffentlichungsverzeichnis einen umfassenden Überblick auf das umfangreiche Informationsangebot des Statistischen Landesamtes mit detaillierten Angaben über die Periodizität und regionale Gliederung jeder einzelnen Publikation. Neben allen aktuellen Neuererscheinungen enthält es auch alle noch lieferbaren Ausgaben bisher erschienener Statistischer Berichte, Verzeichnisse oder sonstiger Veröffentlichungen sowie die zunehmend angebotenen Gemeinschaftsver-

öffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Für Nutzer, die Daten am PC weiterverarbeiten wollen, ist das Veröffentlichungsangebot auf Disketten von besonderem Interesse. Dieses reicht von Ergebniszusammenstellungen aus Großzählungen über Adressverzeichnisse bis hin zu jährlich aktualisierten Daten auf Kreis- und Gemeindeebene aus einer Vielzahl einzelner statistischer Erhebungen. Regio-Stat – das bundesweit abgestimmte Tabellenprogramm – ist dabei auch auf CD-ROM erhältlich.

Als besonderer Service steht das Veröffentlichungsverzeichnis auch vierteljährlich aktualisiert im Internet (www.statistik-sh.de) zur Verfügung.

Das Veröffentlichungsverzeichnis 1999 ist kostenlos erhältlich über:

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
– Vertrieb –
Postfach 71 30
24171 Kiel

(04 31) 68 95 - 2 80 (Tel.), - 4 98 (Fax)
E-Mail: statistik-sh@t-online.de

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1999

280 Seiten, kartoniert
zahlreiche Abbildungen und Karten
ISSN 0487-6423, Preis: 30,- DM

Zu beziehen über den Buchhandel
oder direkt (zzgl. Versandkosten) vom
Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein
Postfach 71 30 • 24171 Kiel
Tel.: (04 31) 68 95-2 80 (Vertrieb)
E-Mail: statistik-sh@t-online.de

Für alle, die sich ein Bild von den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnissen Schleswig-Holsteins machen wollen, ist das Statistische Jahrbuch eine ergiebige und unverzichtbare Informationsquelle.

In dieser umfassenden Querschnittsveröffentlichung des Statistischen Landesamtes finden sich eine Fülle von Ergebnissen aus fast allen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik.

Auf 280 Seiten werden in erster Linie Daten und Fakten für unser Land, seine Kreise und kreisfreien Städte präsentiert. Den überregionalen Vergleich ermöglichen ausgewählte Zahlen für die anderen Bundesländer, Deutschland insgesamt sowie für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Eckdaten zu verschiedenen Themen sind mit Grafiken dargestellt; Kreiskarten illustrieren regionale Unterschiede. Eine Auswahl von Ergebnissen aus dieser Veröffentlichung findet sich in Kürze auch im Internet-Programm des Statistischen Landesamtes (<http://www.statistik-sh.de>) im Kapitel „Schleswig-Holstein in Zahlen“.

Neu erschienen

Informationen und aktuelle Daten
aus fast allen Arbeitsgebieten
der amtlichen Statistik:

- Bevölkerung
- Wirtschaft
- Soziales
- Umwelt
- Kultur
- Politik

Europawahl in Schleswig-Holstein am 13. Juni 1999

Das herausragende Ergebnis der Europawahl am 13. Juni 1999 in Schleswig-Holstein war der einschneidende Rückgang der Wahlbeteiligung um 12,6 Prozentpunkte auf das historische Tief von 38,7 %. Mit einem Zuwachs des Stimmenanteils von knapp 10 Prozentpunkten konnte die CDU die 50-Prozent-Grenze (50,5 %) überwinden, während die konkurrierende SPD etwa bei ihrem Stimmenanteil der Wahl 1994 (35,3 %) verblieb. Die GRÜNEN verloren bei dieser Wahl gut fünf Prozentpunkte ihres Stimmenanteils, dennoch blieben sie mit 6,1 % der Stimmen wie bei der Europawahl 1994 drittstärkste Kraft. Mit Ausnahme der PDS (1,4 %) und der NPD (0,3 %) mussten daneben auch alle kleineren Wahlbewerber Verluste hinnehmen.

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit den endgültigen Ergebnissen der Europawahl 1999 für Schleswig-Holstein, insbesondere mit der Darstellung nach kreisfreien Städten und Kreisen. Außerdem werden die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik dargelegt, die das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht aufzeigen.

Repräsentative Wahlstatistik auf neuer Rechtsgrundlage

Für die Durchführung der Europawahl 1999 waren folgende Rechtsgrundlagen maßgebend:

- Europawahlgesetz (EuWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 423, 555), geändert durch Gesetz vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023),
- nach §§ 4 und 25 Abs. 1 EuWG verschiedene Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594) sowie vom 9. Juli 1997 (BGBl. I S. 1691) und 1. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2772), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 1998 (BGBl. I S. 706),
- Europawahlordnung (EuWO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023) und
- Landesverordnung zur Durchführung des Europawahlgesetzes vom 29. März 1984 (GVOBl. Schl.-H. S. 78).

Das Europawahlgesetz sowie die Europawahlordnung wurden noch etwa drei Wochen vor dem Wahltermin 13. Juni 1999 geändert. Am 21. Mai 1999 trat das

„Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland“ (BGBl. I S. 1023)

in Kraft. Das Gesetz hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine lange Vorgeschichte, die zur Frage berechtigte, ob nicht eine frühzeitigere Behandlung und Verabschiedung des Vorhabens möglich gewesen wären. Weil die Rechtsgrundlage so lange auf sich warten ließ, mussten die Vorbereitungsarbeiten für die repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl 1999 unter großem Zeitdruck und mit zusätzlichen Aufwendungen geführt werden.

Die mit dem Gesetz in Artikel 1 (Wahlstatistikgesetz-WStatG) in § 2 ff. vorgeschriebene repräsentative Wahlstatistik ist keine neue Erhebung, ihre Durchführung war bereits seit der Bundestagswahl 1953 ständige Aufgabe der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Basis hierfür waren bei Bundestagswahlen § 51 Bundeswahlgesetz und § 85 Bundeswahlordnung und bei Europawahlen § 25 Europawahlgesetz und § 78 Europawahlordnung. Auf Grund von Bedenken, das Wahlgeheimnis könnte im Rahmen der Wahlstatistik nicht gewahrt werden, wurde die repräsentative Wahlstatistik durch Gesetz vom 28. September 1994 (BGBl. I S. 2734) erstmals zur Bundestagswahl im Herbst 1994 ausgesetzt. Begründet wurde das damit, dass die in ausgewählten Wahlbezirken zu dieser Statistik über besonders gekennzeichnete Stimmzettel erhobenen Angaben es ermöglichen, die Stimmenabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen der Wählerinnen und Wähler zu unterscheiden, so dass in sehr kleinen Wahlbezirken und ab einer deutlich geringen Wahlbeteiligung das Wahlgeheimnis gefährdet sein könnte. Da die Rechtsgrundlage der Wahlstatistik diese Kritik in den folgenden Jahren bis zur Bundestagswahl 1998 nicht entsprechend berücksichtigte, verblieb letztlich nur die erneute Aussetzung der Wahlstatistik durch Gesetz (Gesetz vom 25. August 1998 – BGBl. I S. 2430), wollte man nicht eine Anfechtung der mit dieser Statistik verbundenen Bundestagswahl 1998 riskieren.

Auf Grund dieser Sachlage setzte sich unmittelbar nach der Bundestagswahl eine Interessengruppe aus

hochrangigen Verwaltungsbeamten und Vertretern der amtlichen Statistik sowie Repräsentanten der bundesdeutschen Wahlforscher mit dem Ziel zusammen, ein eigenes Gesetz zu schaffen, das die Wahlstatistik auf ein neues Fundament stellen sollte. Das Engagement dieser Gruppe führte zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf der SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, der letztlich im Mai 1999 als das „Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (WStatG)“ verabschiedet wurde. Mit diesem Gesetz ist die Rechtsgrundlage für die allgemeine Wahlstatistik (§ 1 WStatG) sowie für die repräsentative Wahlstatistik (§ 2 ff. WStatG) zur Europawahl 1999 geschaffen worden.

§ 1 WStatG regelt die Durchführung der allgemeinen Wahlstatistik. Danach sind analog den alten Regelungen des § 51 Bundeswahlgesetz und § 25 Europawahlgesetz die Ergebnisse der Wahl zum Deutschen Bundestag und der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland statistisch auszuwerten und zu veröffentlichen. Die Wahlorgane, insbesondere Bundes-, Landes- und Kreiswahlleitungen, sowie die statistischen Ämter werten die vorläufigen und endgültigen Wahlergebnisse umfassend aus und präsentieren sie in einer Vielzahl verschiedener Veröffentlichungen.

Während die bisherigen Rechtsgrundlagen Inhalt und Ablauf der repräsentativen Wahlstatistik nicht im Detail regelten und damit nach heutigem Rechtsverständnis die Anforderung der Normenklarheit unerfüllt blieben, schreibt das neue Wahlstatistikgesetz sehr genau vor, wer (§ 5 WStatG) welche Erhebungen (§ 2) mit welchen Merkmalen und Hilfsmerkmalen (§ 4) durchführt, wie die Stichprobenauswahl (§ 3) vorzunehmen ist und wie die Ergebnisse zu veröffentlichen sind (§ 8). Außerdem werden eigene wahlstatistische Auswertungen der Gemeinden (§ 6) und die Ergebnisfeststellung (§ 7) im Einzelnen vorgegeben. Die neuen Regelungen sind im Grundsatz vergleichbar mit den seit der Landtagswahl 1996 und den Kommunalwahlen 1998 in Schleswig-Holstein geltenden Vorschriften zur Wahlstatistik (§ 54a Landeswahlgesetz, § 57 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz).

Die repräsentative Wahlstatistik besteht aus zwei Teilen, und zwar zum Ersten aus der Erhebung über Wahlberechtigte, Wahlscheinvermerke sowie über die Beteiligung an der Wahl, gegliedert nach Geschlecht und zehn Geburtsjahresgruppen. Sie wird von den Gemeinden, in denen die ausgewählten Wahlbezirke liegen, durch Auszählung der Wählerverzeichnisse gewonnen, die Auszählungsergebnisse sind dem zuständigen Statistischen Landesamt mitzuteilen. Zum Zweiten ist die Statistik über die Wähler und ihre

Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge nach Geschlecht und fünf Geburtsjahresgruppen sowie die Gründe für die Ungültigkeit von Stimmen zu erstellen. Für diesen Teil der Repräsentativstatistik zählt man die amtlichen Stimmzettel aus, die mit sogenannten Unterscheidungsmerkmalen für das Geschlecht und die Geburtsjahresgruppe in den ausgewählten Wahlbezirken eingesetzt werden. In der Regel ist dafür das Statistische Landesamt zuständig, lediglich in Gemeinden mit einer Statistikstelle kann die Auszählung auch vor Ort geschehen, so dass in diesem Fall bereits ein aggregiertes Ergebnis an das Statistische Landesamt übermittelt wird. Um das Wahlgeheimnis zu wahren, darf die Auszählung jedoch keinesfalls vom Wahlvorstand des Auswahlbezirks vorgenommen werden.

Zusätzlich wird das Wahlgeheimnis dadurch gesichert, dass Ergebnisse nicht für einzelne Wahlbezirke, sondern lediglich aggregierte Daten für die Bundes- und Landesebene veröffentlicht werden dürfen. Ferner sieht das Gesetz für die ausgewählten Wahlbezirke eine Mindestgröße von 400 Wahlberechtigten vor; kleinere Wahlbezirke bleiben unberücksichtigt, weil – wie bereits erwähnt – das Wahlgeheimnis insbesondere bei geringer Wahlbeteiligung gefährdet werden könnte. In diesem Punkt unterscheidet sich das neue Bundesgesetz von den schleswig-holsteinischen Rechtsgrundlagen, die eine Abschneidegrenze von 500 Wahlberechtigten bei Landtags- und Kommunalwahlen vorsehen. Das bisherige Verfahren bei Bundestags- und Europawahlen schrieb sogar eine Abschneidegrenze von nur 300 Wahlberechtigten vor.

Auf Grund solcher Abschneidegrenzen haben kleine Wahlbezirke keine Chance, in die Stichprobenauswahl zu gelangen. Da viele dieser kleinen Wahlbezirke in ländlichen Gebieten liegen, in denen eher konservativ gewählt wird, können die Ergebnisse der Stichprobe dadurch zu Lasten oder zu Gunsten bestimmter Parteien verzerrt werden. Eine Vergleichsrechnung durch das Statistische Landesamt mit den Ergebnissen der Europawahl 1994 bestätigt diesen Effekt. So führte zum Beispiel die heraufgesetzte Abschneidegrenze im Stichprobenergebnis zu einem verminderten CDU- und gleichzeitig zu einem erhöhten SPD-Stimmenanteil.

Für die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 1999 wurde für Schleswig-Holstein durch das Statistische Bundesamt auf der Grundlage der Urnenwahlbezirke zur Bundestagswahl 1998 eine völlig neue Auswahl von 96 Urnenwahlbezirken mit jeweils mehr als 400 Wahlberechtigten getroffen. Die Briefwähler und Briefwählerinnen, das heißt die Briefwahlvorstände, welche im Übrigen ein anderes Wahlverhalten zeigen als die Urnenwähler, blieben dabei unberücksichtigt, sie sind dem-

zufolge auch nicht in den Ergebnissen der Statistik enthalten. Von den 2 625 Urnenwahlbezirken in Schleswig-Holstein konnte das Auswahlverfahren wegen der gesetzlichen Abschneidegrenze 694 Bezirke (25 %) mit jeweils unter 400 Wahlberechtigten von vornherein nicht berücksichtigen. In den 96 ausgewählten Bezirken waren in Schleswig-Holstein 85 300 Urnenwähler oder 4,0 % der 2,14 Millionen zur Europawahl 1999 Stimmberechtigten einbezogen.

Bisher wurden die Briefwählerinnen und -wähler im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik weder bei Bundestags- noch bei Europawahlen berücksichtigt. Mit der Verabschiedung des Wahlstatistikgesetzes hat der Deutsche Bundestag jedoch eine Entschlie- ßung angenommen, die die Bundesregierung auffor- dert zu prüfen, wie die Briefwahlstimmen in die reprä- sentative Wahlstatistik zur nächsten regulären Wahl auf Bundesebene einbezogen werden können. Begründet wurde diese Entschlie- ßung mit einer tenden- ziell ansteigenden Zahl der Briefwählerinnen und -wähler, weshalb es geboten scheint, diese in die re- präsentative Wahlstatistik einzubeziehen. Die gefor- derte Prüfung sollte auch Kosten-Nutzen-Aspekte be- rücksichtigen, denn es ist auch abzuwiegen, ob das bisher relativ geringe Gewicht der Briefwahlstimmen ein voraussichtlich aufwendigeres Stichprobenmodell rechtfertigt. Im endgültigen Ergebnis dieser Europa- wahl zeigt sich nämlich, dass die Briefwählerinnen und -wähler das Insgesamt-Ergebnis der auf die Wahlvorschläge entfallenen Stimmenanteile nur in geringem Umfang gegenüber dem Urnenwahlergeb- nis abweichen lassen. Eine Analyse dieses Gesichts- punktes anhand aller bisherigen Bundestags- und Europawahlen, die nicht Gegenstand dieses Beitrags sein soll, könnte hierzu ein umfassendes Bild liefern.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 1999 werden im Folgenden neben den endgültigen Wahlergebnissen dargestellt. Dazu ist auf die Abweichung zwischen dem Stichproben- und dem endgültigen Ergebnis hinzuweisen, die sich – wie gesagt – aus dem Fehlen der Briefwahlstim- men, aber auch durch den Zufallsfehler und aus Ver-

zerrungen der Stichprobe aufgrund der Abschneide- grenze ergeben können. Alle Ergebnisse, die in Kom- bination mit dem Geschlecht und/oder mit Geburts- jahresgruppen gezeigt werden, entstammen der re- präsentativen Wahlstatistik.

20 Wahlvorschläge zur Wahl zugelassen

Zur Europawahl 1999 beteiligten sich in Schleswig- Holstein 20 Parteien und sonstige politische Vereini- gungen, vier weniger als zur Europawahl 1994. Ge- genüber der letzten Wahl traten neun Parteien nicht mehr an, auf der anderen Seite waren von den 20 Wahlvorschlägen fünf 1994 nicht vertreten. Nachdem bei den vergangenen Europawahlen die Zahl der Wahlvorschläge ständig stieg (1984: 12; 1989: 21; 1994: 24), kandidierten bei dieser Wahl wieder weni- ger Parteien.

Zur Europawahl 1999 stellten sich in Schleswig-Hol- stein folgende 20 Parteien:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
3. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)
4. Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
5. DIE REPUBLIKANER (REP)
6. DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE)
7. Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)
8. AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD)
9. Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)
10. NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)
11. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
12. Partei Bibeltreuer Christen (PBC)
13. CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)
14. Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)
15. Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)
16. Automobile - Steuerzahler - Partei (ASP)
17. Deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM)
18. Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)
19. Humanistische Partei (HP)
20. Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)

Stichprobenergebnis und endgültiges Wahl- ergebnis der Europawahl 1999

	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					
		CDU	SPD	GRÜ- NE	F.D.P.	PDS	An- dere
%							
Stichprobe	35,7	50,1	36,4	5,8	2,7	1,4	3,5
Endgültiges Landesergebnis	34,5	50,0	36,2	6,1	3,0	1,4	3,3

Bundesweit hatten 23 Parteien und sonstige politi- sche Vereinigungen ihre Wahlvorschläge als gemein- same Listen für alle Länder bis zum Fristablauf (6. April 1999, 18.00 Uhr) beim Bundeswahlleiter ein- gereicht und damit 8 Bewerbungen weniger als 1994. Von den Bewerbungen zu dieser Wahl konnte der Bundeswahlausschuss 19 gemeinsame Listen zulassen. In Schleswig-Holstein, wie auch in den anderen

Wahlberechtigte 1994 und 1999 nach kreisfreien Städten und Kreisen

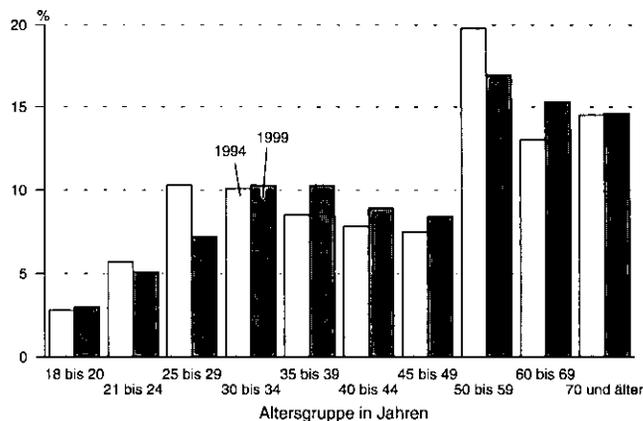
KREISFREIE STADT Kreis	Wahlberechtigte		Veränderung	
	EW 1994	EW 1999	absolut	%
FLENSBURG	69 149	65 416	- 3 733	- 5,4
KIEL	191 055	179 712	- 11 343	- 5,9
LÜBECK	171 742	165 984	- 5 758	- 3,4
NEUMÜNSTER	64 402	62 337	- 2 065	- 3,2
Dithmarschen	104 652	106 648	1 996	1,9
Herzogtum Lauenburg	131 109	136 408	5 299	4,0
Nordfriesland	122 895	125 480	2 585	2,1
Ostholstein	154 296	157 365	3 069	2,0
Pinneberg	216 310	219 139	2 829	1,3
Plön	95 811	99 492	3 681	3,8
Rendsburg-Eckernförde	199 975	207 603	7 628	3,8
Schleswig-Flensburg	142 665	148 973	6 308	4,4
Segeberg	180 242	189 266	9 024	5,0
Steinburg	103 372	104 302	930	0,9
Stormarn	162 833	169 241	6 408	3,9
Schleswig-Holstein	2 110 508	2 137 366	26 858	1,3

Bundesländern mit Ausnahme von Bayern, hatte die CDU traditionell eine Landesliste eingereicht, die vom Landeswahlleiter akzeptiert wurde. In Bayern ließ der Wahlausschuss jeweils eine Landesliste für die CSU und die Bayernpartei zu, im Saarland kandidierte die Landesliste der FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS.

Mehr Wahlberechtigte

Zur Europawahl 1999 waren 2,14 Millionen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner aufgerufen, etwa 27 000 (+ 1,3 %) mehr als zur Wahl 1994. Diese Entwicklung kann auf die zwischenzeitlich weiter gestiegene Bevölkerungszahl, verursacht durch Wanderungsgewinne, zurückgeführt werden. Zu den Wahlberechtigten zählten auch etwa 1 300 Bürger der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein hatten und auf Antrag in das Wählerverzeichnis der Wohngemeinde eingetragen worden waren. Hinsichtlich der Geschlechter verteilten sich 51,7 % der Wahlberechtigten auf Frauen und 48,3 % auf Männer. Erstmals an einer Europawahl konnten etwa 131 000 junge Menschen an einer Europawahl teilnehmen, das sind 6,1 % der 2,14 Millionen Wahlberechtigten. Diese Jungwähler hatten zum Zeitpunkt der Europawahl 1994 das 18. Lebensalter noch nicht vollendet und waren demnach auch nicht wahlberechtigt.

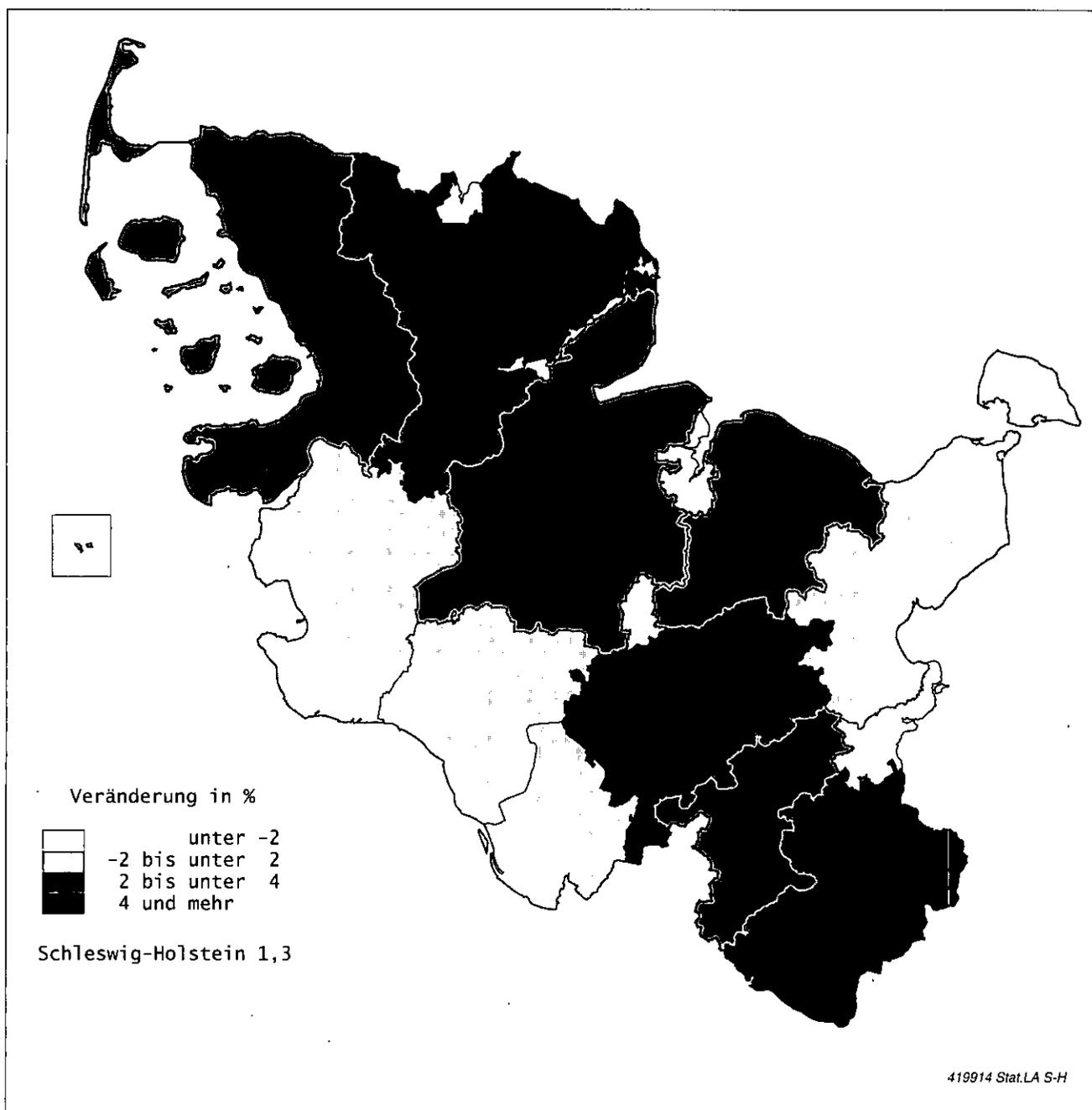
Wahlberechtigte bei den Europawahlen 1994 und 1999 nach Altersgruppen in %



Die Zahl der Wahlberechtigten nahm 1999 gegenüber 1994 in den vier kreisfreien Städten ab und in allen Kreisen ausnahmslos zu. Die negativen Veränderungen in den kreisfreien Städten dürften zum Teil auf Bevölkerungsverluste durch Stadt-Umland-Wanderungen in den letzten Jahren zurückzuführen sein. Mit einem Rückgang von 11 343 Wahlberechtigten (- 5,9 %) war die Landeshauptstadt Kiel von dieser Entwicklung am stärksten betroffen, gefolgt von Flensburg mit 3 733 (- 5,4 %) weniger Wahlberechtigten. Die größten Zuwächse fanden in den Kreisen

419915b Stat.LA S-H

**Europawahl 1999:
Veränderung der Wahlberechtigten 1999 gegenüber 1994 nach kreisfreien Städten und Kreisen in %**



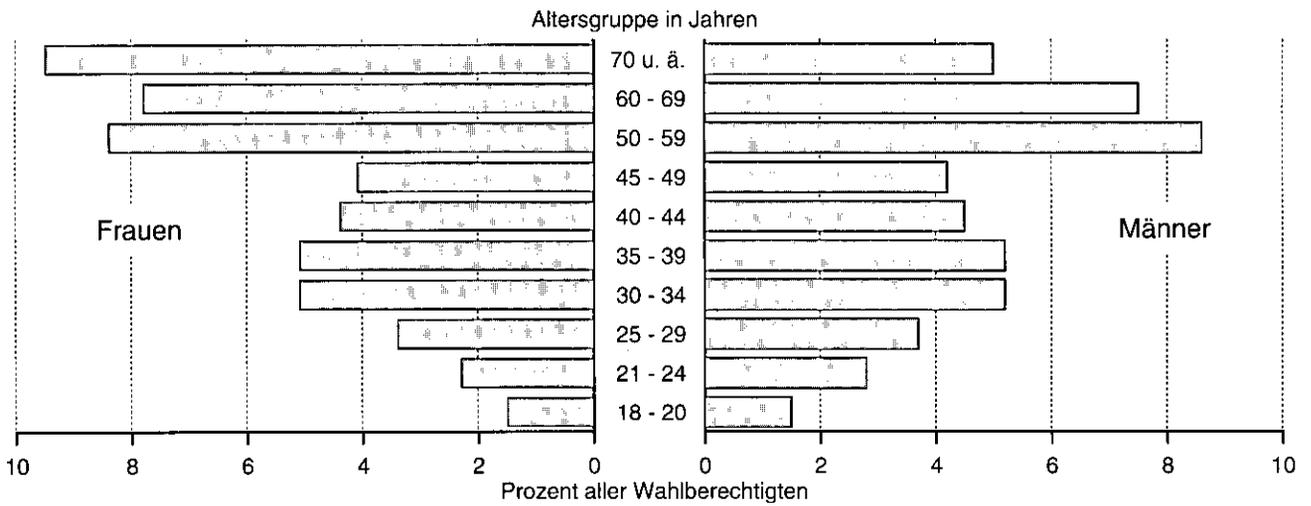
Segeberg mit 9 024 (+ 5,0 %) und Schleswig-Flensburg mit 6 308 (+ 4,4 %) mehr Wahlberechtigten statt.

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik hat sich auch die Zusammensetzung der Wahlberechtigten 1999 gegenüber 1994 verschoben. So ging entsprechend der veränderten Geschlechterverteilung innerhalb der Gesamtbevölkerung der Anteil weiblicher Wahlberechtigter von 52,7 % auf 51,7 % zurück, analog dazu nahm der Anteil männlicher

Wahlberechtigter zu. Gleichzeitig hat sich die Altersstruktur dahin gehend verändert, dass der Anteil älterer Wahlberechtigter, wie aus der Grafik ersichtlich, zugenommen hat.

Von den 2,14 Millionen Wahlberechtigten beantragten gut 105 000 (4,9 %) einen Wahlschein, das waren 26 000 weniger als zur Wahl 1994. Seinerzeit hatten hierfür 132 000 (6,2 %) Wahlberechtigte einen Antrag gestellt. Ein Wahlschein ist Voraussetzung für die

Wahlberechtigte bei der Europawahl 1999 nach Geschlecht und Altersgruppen



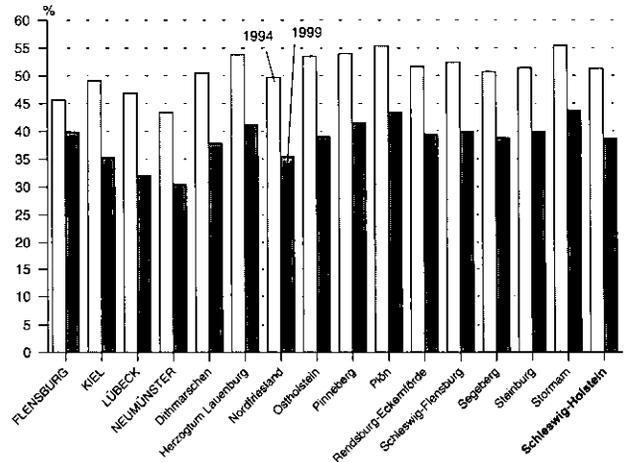
419915a Stat.LA S-H

Teilnahme an der Briefwahl oder berechtigt zur Urnenwahl in einem anderen Wahlbezirk des Wahlgebiets.

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1994 und 1999 in den kreisfreien Städten und Kreisen

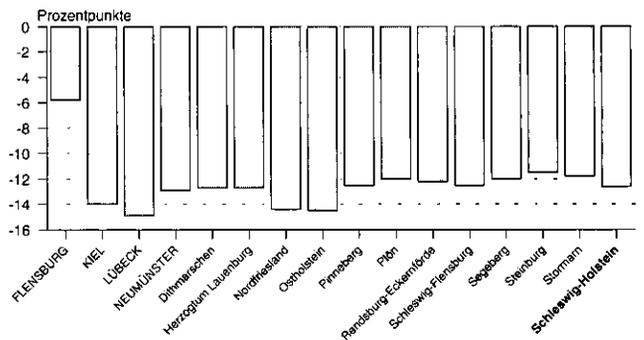
Wahlbeteiligung auf dem Tiefststand

Bei der Europawahl 1999 wurden landesweit 255 835 Stimmen (- 23,6 %) weniger abgegeben als 1994, dadurch sank die Wahlbeteiligung um 12,6 Prozentpunkte auf 38,7 % und damit auf den niedrigsten Wert aller fünf bisherigen Wahlen zum Europäischen Parlament. Nur in den Bundesländern Freie und Hansestadt Hamburg (37,0 %) und Brandenburg (30,0 %) war das Interesse an der Wahl noch geringer als in Schleswig-Holstein. Im nördlichsten Bundesland betrug die Beteiligung zur ersten Europawahl im Jahre 1979 noch 65,6 %, danach ging sie auf 57,5 % (1984) zurück, um nach einem leichten Anstieg auf 58,4 % (1989) wieder zurückzugehen auf 51,3 % (1994).



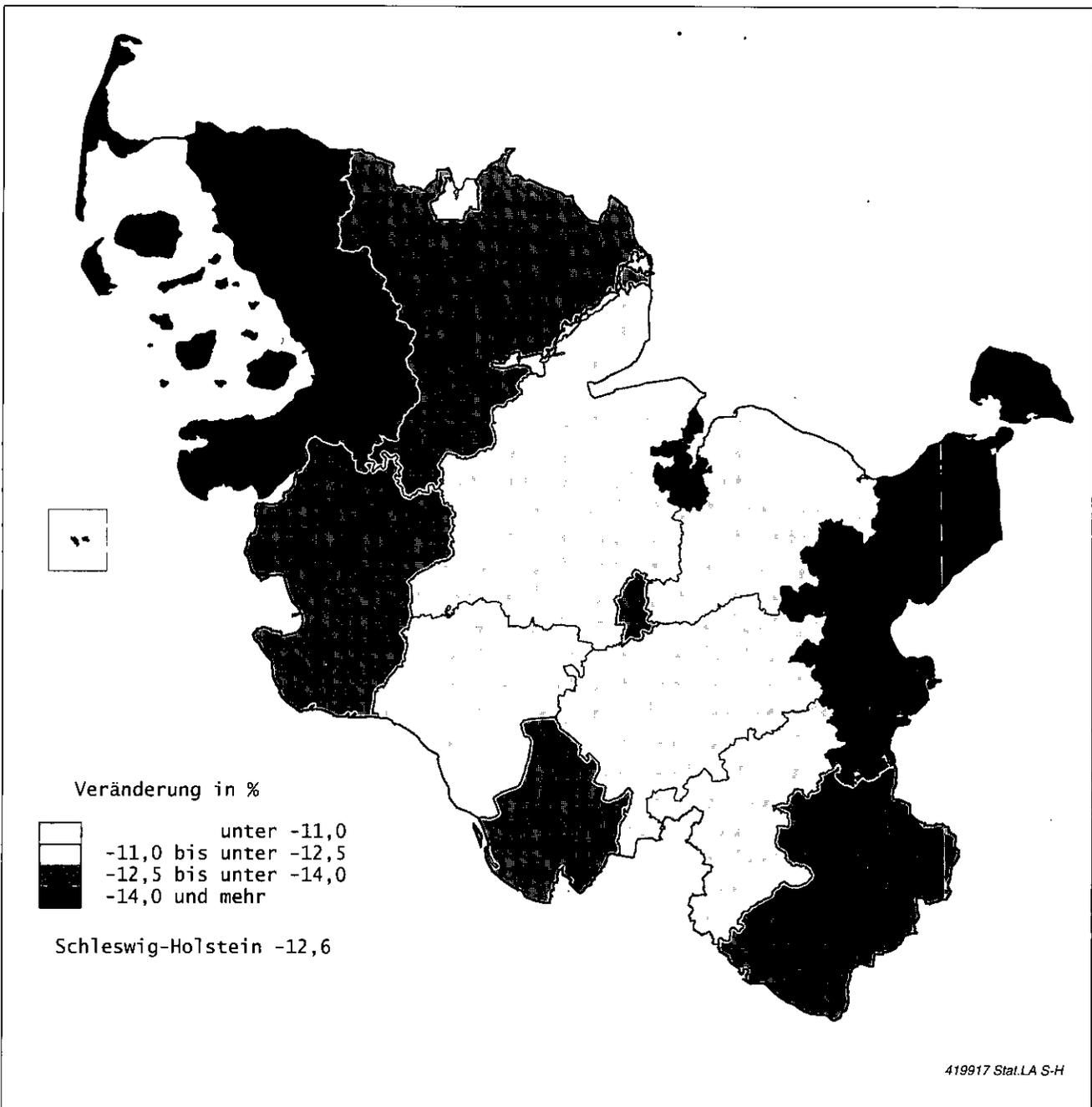
Veränderung der Wahlbeteiligung 1999 gegenüber 1989 in den kreisfreien Städten und Kreisen

In den einzelnen Regionen Schleswig-Holsteins fiel die Beteiligung zur Europawahl unterschiedlich aus. Am höchsten war sie in den Kreisen Stormarn (43,7 %), Plön (43,4 %) und Pinneberg (41,5 %), am niedrigsten in den kreisfreien Städten Neumünster (30,5 %), Lübeck (32,0 %) und Kiel (35,2 %). Mit einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von 39,9 % hebt sich Flensburg von den anderen kreisfreien Städten ab, was durch die gleichzeitig stattfindende Direktwahl des Oberbürgermeisters erklärt werden kann. Vermutlich fiel aus diesem Grunde in Flensburg auch der Rückgang der Wahlbeteiligung mit - 5,8 % am geringsten aus. Danach folgen die Kreise Steinburg (- 11,5 Prozentpunkte) und Stormarn (- 11,8 Prozentpunkte). Die stärksten Abnahmen der



419916 Stat.LA S-H

Europawahl 1999: Veränderung der Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten und Kreisen



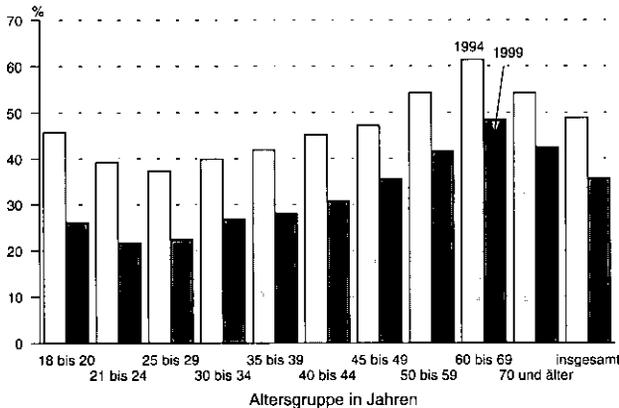
Wahlbeteiligung meldeten Lübeck (- 14,9 Prozentpunkte), Ostholstein (- 14,5 Prozentpunkte) und Nordfriesland (- 14,3 Prozentpunkte).

Die repräsentative Wahlstatistik ergab ohne Briefwählerinnen und -wähler eine landesweite Wahlbeteiligung von 35,7 %, und zwar in etwa gleichen Maßen für Männer wie auch für Frauen. Überdurchschnittlich war die Wahlbeteiligung bei Frauen wie bei Männern in den Altersgruppen über 49 Jahre. Am häufigsten

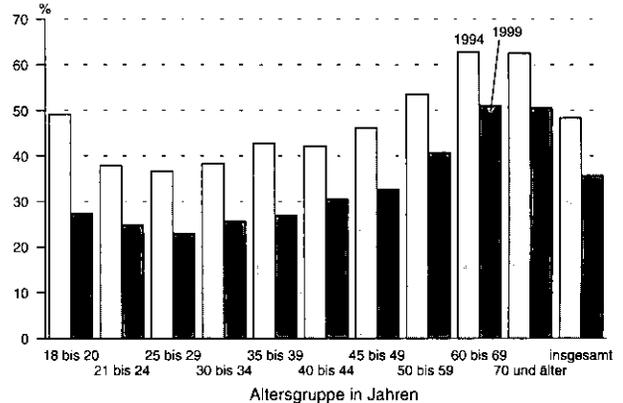
gaben die 60- bis unter 70-jährigen ihre Stimme ab, am wenigsten wählten die Frauen in der Altersgruppe der 21- bis 24-jährigen und die Männer der Gruppe der 25- bis 29-jährigen.

Gegenüber der Europawahl 1994 weist das Stichprobenergebnis einen Rückgang der Wahlbeteiligung von 13,0 Prozentpunkten aus, der mit 3,2 Prozentpunkten bei den Frauen geringfügig stärker ausfiel als bei den Männern (- 12,7 Prozentpunkte).

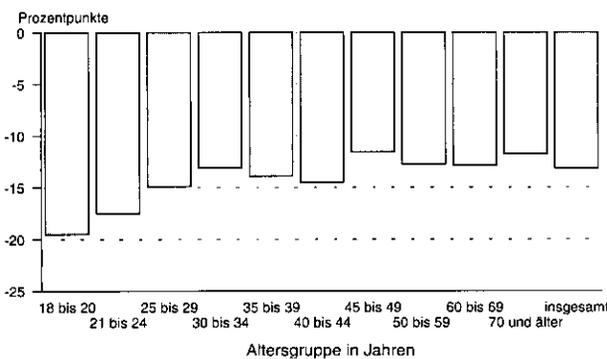
**Europawahl 1999:
Wahlbeteiligung der Frauen 1994 und 1999
nach Altersgruppen**



**Europawahl 1999:
Wahlbeteiligung der Männer 1994 und 1999
nach Altersgruppen**

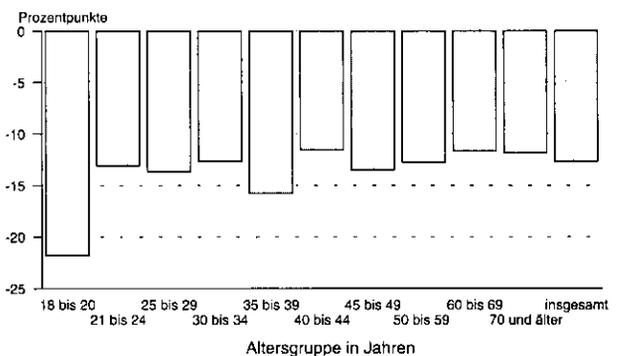


**Veränderung der Wahlbeteiligung der Frauen
1999 gegenüber 1994 nach Altersgruppen**



419918 Stat.LA S-H

**Veränderung der Wahlbeteiligung der Männer
1999 gegenüber 1994 nach Altersgruppen**



419919 Stat.LA S-H

Die Wahlbeteiligung ging in allen Altersgruppen zurück. Am stärksten nahm das Desinteresse mit 20,7 Prozentpunkten bei den 18- bis 20-jährigen zu, bei den mindestens 70 Jahre alten Wählerinnen und Wähler ging die Beteiligung am wenigsten, aber immerhin auch noch um 11,7 Prozentpunkte zurück. Bei den Frauen war der Verzicht auf die Teilnahme an der Wahl in der jüngsten Altersgruppe mit 19,5 Prozentpunkten am deutlichsten und bei den 45- bis 49-jährigen mit 11,6 Prozentpunkten am geringsten ausgeprägt. Die Wahlbeteiligung bei den Männern nahm ebenfalls in der jüngsten Altersgruppe am stärksten, in der Gruppe der 40- bis 44-jährigen am wenigsten ab.

Ungültige Stimmen im normalen Rahmen

Im Rahmen der Europawahl 1999 zählte man landesweit 7 874 ungültige Stimmen, dies entspricht einem Anteil an den insgesamt abgegebenen Stimmen von 1,0 % und damit einem Wert, der sich in etwa

auch bei den Europawahlen 1989 (0,8 %) und 1994 (1,2 %) ergab. Unter den kreisfreien Städten und Kreisen hatte Flensburg mit 2,0 % den höchsten Anteil ungültiger Stimmen. Auch dies kann in Zusammenhang mit der dort gleichzeitig durchgeführten Direktwahl des Oberbürgermeisters stehen, die die Fehlerquelle beim gesamten Wahlvorgang möglicherweise erhöhte.

CDU legt stark zu

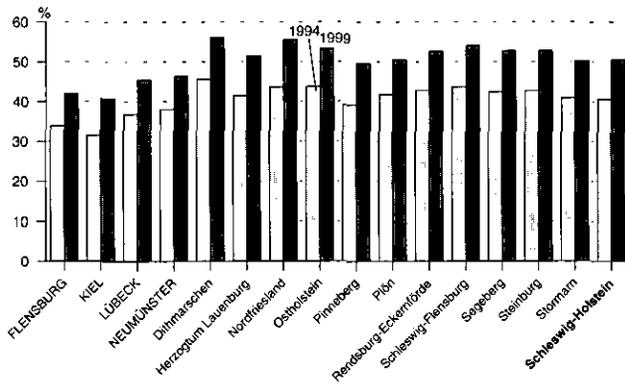
Im Vergleich zur Europawahl 1994 gab es 1999 in Schleswig-Holstein für nahezu alle Parteien Verluste in der Stimmenzahl. Eine Ausnahme bildeten lediglich die PDS und die NPD, die ihre Stimmenzahl um 4 381 (+ 60,7 %) und 241 (+ 10,4 %) steigern konnten.

Die CDU erreichte bei der diesjährigen Europawahl 414 097 Stimmen, das sind 50,5 % der 820 004 gültigen und damit die absolute Mehrheit. Gegenüber

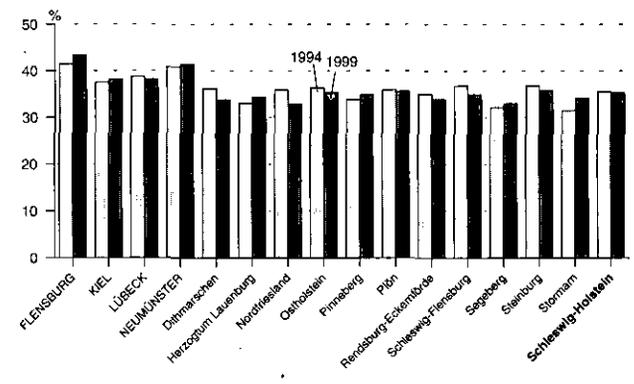
Europawahl in Schleswig-Holstein am 13. Juni 1999
Verteilung der gültigen Stimmen in den kreisfreien Städten und Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfallen auf ...					Andere
			CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	PDS	
FLENSBURG	EW 94	31 333	10 616	13 008	3 999	1 032	243	2 435
	EW 99	25 582	10 720	11 068	1 689	585	426	1 094
	Veränderung	- 5 751	104	- 1 940	- 2 310	- 447	183	- 1 341
KIEL	EW 94	93 105	29 314	34 973	16 315	3 311	1 426	7 766
	EW 99	62 665	25 577	23 961	6 541	2 343	1 813	2 430
	Veränderung	- 30 440	- 3 737	- 11 012	- 9 774	- 968	387	- 5 336
LÜBECK	EW 94	79 730	29 316	30 966	9 870	2 388	647	6 543
	EW 99	52 711	23 906	20 113	3 843	1 523	1 169	2 157
	Veränderung	- 27 019	- 5 410	- 10 853	- 6 027	- 865	522	- 4 386
NEUMÜNSTER	EW 94	27 600	10 497	11 292	2 512	866	197	2 236
	EW 99	18 826	8 717	7 803	812	519	304	671
	Veränderung	- 8 774	- 1 780	- 3 489	- 1 700	- 347	107	- 1 565
Dithmarschen	EW 94	52 131	23 748	18 886	4 234	1 768	179	3 316
	EW 99	39 863	22 320	13 490	1 405	1 087	358	1 203
	Veränderung	- 12 268	- 1 428	- 5 396	- 2 829	- 681	179	- 2 113
Herzogtum Lauenburg	EW 94	69 629	28 796	22 990	7 934	3 000	396	6 513
	EW 99	55 522	28 548	19 026	3 226	1 847	782	2 093
	Veränderung	- 14 107	- 248	- 3 964	- 4 708	- 1 153	386	- 4 420
Nordfriesland	EW 94	60 498	26 353	21 732	6 309	2 461	233	3 410
	EW 99	44 099	24 429	14 512	2 211	1 265	459	1 223
	Veränderung	- 16 399	- 1 924	- 7 220	- 4 098	- 1 196	226	- 2 187
Ostholstein	EW 94	81 335	35 506	29 528	7 245	2 758	380	5 918
	EW 99	60 800	32 392	21 527	2 657	1 709	527	1 988
	Veränderung	- 20 535	- 3 114	- 8 001	- 4 588	- 1 049	147	- 3 930
Pinneberg	EW 94	115 415	45 194	39 008	16 091	5 200	850	9 072
	EW 99	90 080	44 650	31 390	6 195	3 243	1 276	3 326
	Veränderung	- 25 335	- 544	- 7 618	- 9 896	- 1 957	426	- 5 746
Plön	EW 94	52 418	21 877	18 801	5 827	1 899	359	3 655
	EW 99	42 733	21 586	15 225	2 592	1 268	591	1 471
	Veränderung	- 9 685	- 291	- 3 576	- 3 235	- 631	232	- 2 184
Rendsburg-Eckernförde	EW 94	101 882	43 557	35 635	11 309	4 005	575	6 801
	EW 99	80 998	42 623	27 472	4 617	2 651	997	2 638
	Veränderung	- 20 884	- 934	- 8 163	- 6 692	- 1 354	422	- 4 163
Schleswig-Flensburg	EW 94	73 916	32 283	27 186	7 253	2 413	323	4 458
	EW 99	58 886	31 775	20 550	2 785	1 405	571	1 800
	Veränderung	- 15 030	- 508	- 6 636	- 4 468	- 1 008	248	- 2 658
Segeberg	EW 94	90 474	38 379	29 115	10 968	3 984	605	7 423
	EW 99	72 794	38 357	23 991	4 297	2 660	942	2 547
	Veränderung	- 17 680	- 22	- 5 124	- 6 671	- 1 324	337	- 4 876
Steinburg	EW 94	52 349	22 370	19 284	5 424	1 683	211	3 377
	EW 99	41 106	21 650	14 690	1 992	1 067	387	1 320
	Veränderung	- 11 243	- 720	- 4 594	- 3 432	- 616	176	- 2 057
Stormarn	EW 94	89 343	36 570	28 102	12 550	4 111	589	7 421
	EW 99	73 339	36 847	25 032	5 367	2 585	992	2 516
	Veränderung	- 16 004	277	- 3 070	- 7 183	- 1 526	403	- 4 905
Schleswig-Holstein	EW 94	1 071 158	434 376	380 506	127 840	40 879	7 213	80 344
	EW 99	820 004	414 097	289 850	50 229	25 757	11 594	28 477
	Veränderung	- 251 154	- 20 279	- 90 656	- 77 611	- 15 122	4 381	- 51 867

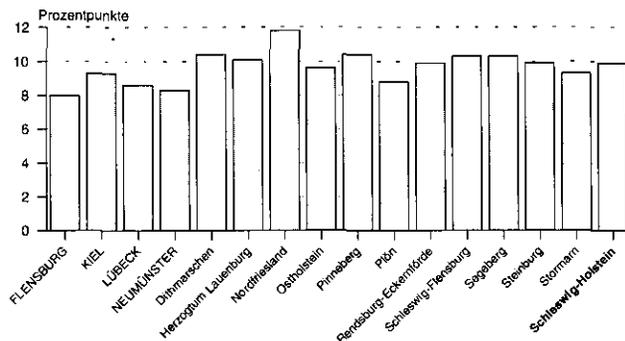
Europawahl 1999: Stimmenanteile der CDU 1994 und 1999 in den kreisfreien Städten und Kreisen



Europawahl 1999: Stimmenanteile der SPD 1994 und 1999 in den kreisfreien Städten und Kreisen

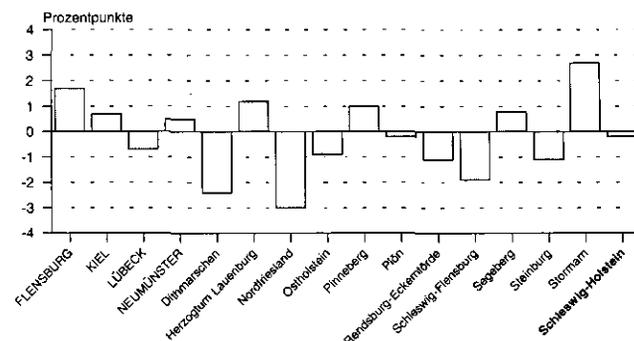


Europawahl 1999: Veränderung der Stimmenanteile der CDU 1999 gegenüber 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419920 Stat.LA S-H

Europawahl 1999: Veränderung der Stimmenanteile der SPD 1999 gegenüber 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419921 Stat.LA S-H

1994 verlor die Partei allerdings 20 279 Stimmen (- 4,7 %), dennoch erhöhte sie wegen der 1999 deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung ihren Stimmenanteil um 9,9 Prozentpunkte. In zehn der elf Kreise konnte die CDU die absolute Mehrheit erzielen, nur im Kreis Pinneberg und in den kreisfreien Städten blieb sie unter der 50-Prozent-Grenze. Mit 56,0 % verbuchte die Partei ihr bestes Ergebnis im Kreis Dithmarschen, gefolgt von Nordfriesland (55,4 %), während sie die geringsten Stimmenanteile traditionell in Kiel (40,8 %) und Flensburg (41,9 %) auf sich vereinigte.

Die größten Zuwächse für die CDU konnten mit 11,8 Prozentpunkten in Nordfriesland und mit 10,4 Prozentpunkten in Dithmarschen festgestellt werden. In den kreisfreien Städten legte die Partei unterdurchschnittlich zu, wobei sich die niedrigsten Ergebnisse in Flensburg (+ 8,0 Prozentpunkte) und in Neumünster (+ 8,3 Prozentpunkte) ergaben.

50,4 % der Männer und 49,8 % der Frauen wählten CDU. Die relativ stärkste Anhängerschaft hatte die

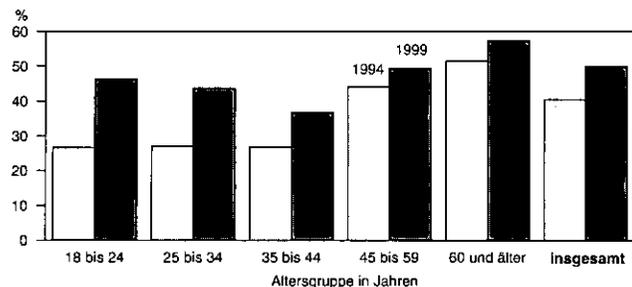
CDU bei den Wählerinnen und Wählern über 59 Jahre. 57,9 % der Männer in diesem Alter wählten christlich-demokratisch, der entsprechende Anteil betrug bei den Frauen 57,2 %. Dagegen zeigten die jüngeren Wählerinnen und Wähler unterdurchschnittliches Interesse an der CDU. Die wenigsten Stimmen erhielt sie von den 35- bis 44-jährigen Frauen (36,7 %) sowie von den gleichaltrigen Männern (40,8 %).

Die CDU konnte in allen Altersgruppen Stimmenanteile hinzugewinnen. In den Altersgruppen über 44 Jahre war dies allerdings nur unterdurchschnittlich der Fall, da hier die Partei bereits 1994 hohe Stimmenanteile erhalten hatte. In den Altersgruppen unter 45 Jahre erzielte die CDU bei Männern wie bei Frauen überdurchschnittlich hohe Stimmenzuwächse; bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen (+ 19,7 Prozentpunkte) sowie bei den 25- bis 34-jährigen Wählern (+ 18,2 Prozentpunkte) waren sie am größten.

Europawahl 1999:
Stimmenanteile der Parteien 1994 und 1999 nach Geschlecht und Altersgruppen in %

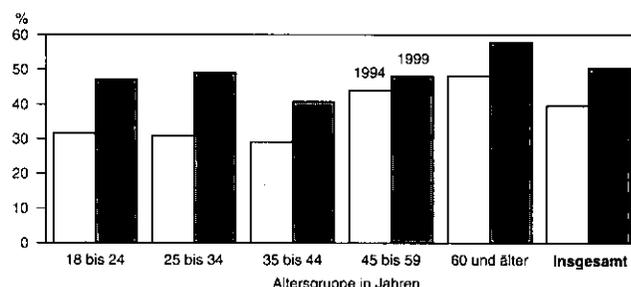
Frauen

CDU

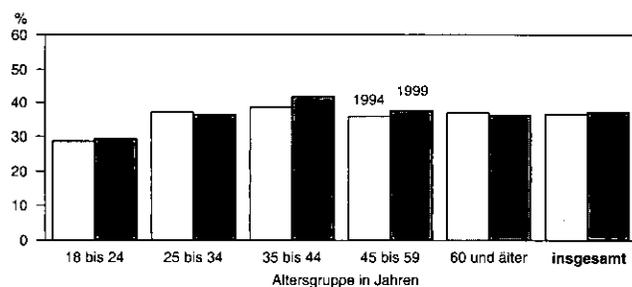


Männer

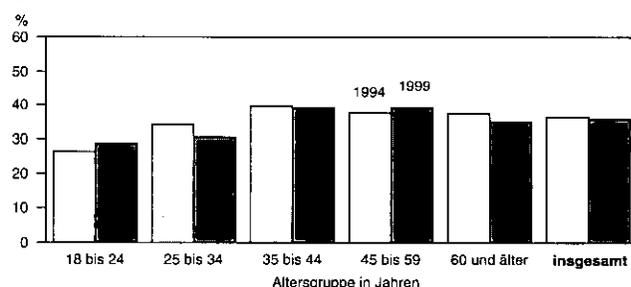
CDU



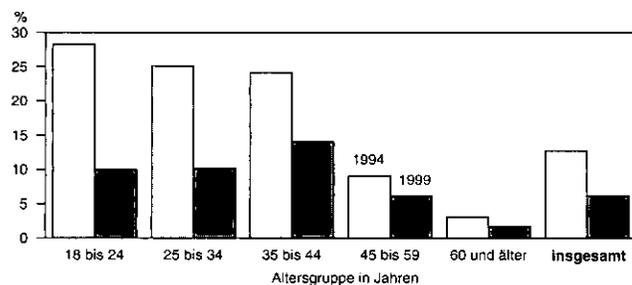
SPD



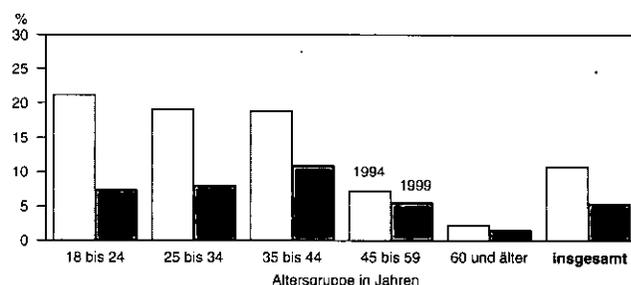
SPD



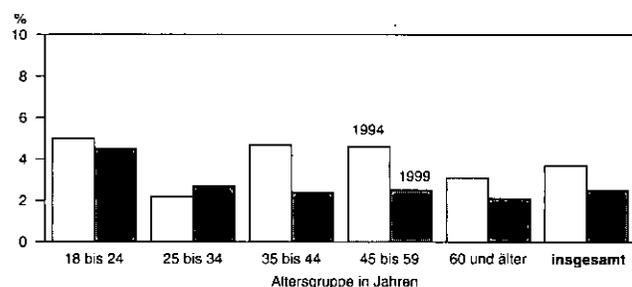
GRÜNE



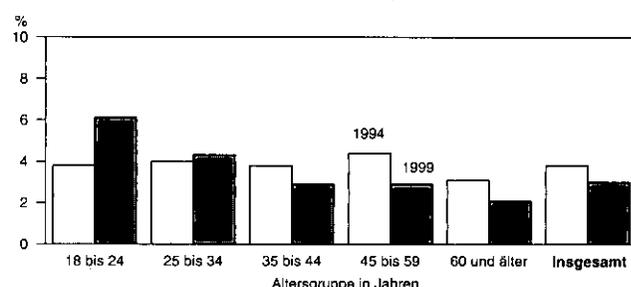
GRÜNE



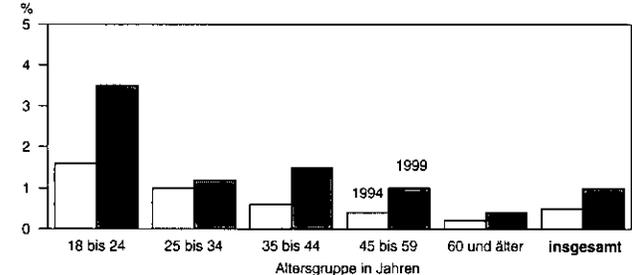
F.D.P.



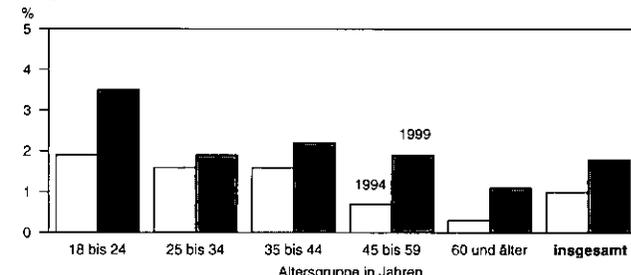
F.D.P.



PDS



PDS



419924 Stat.LA S-H

Stimmenanteil der SPD fast unverändert

Die SPD verlor gegenüber 1994 bei der diesjährigen Europawahl 90 656 Stimmen (- 23,8 %) und erzielte mit 289 850 Stimmen einen Anteil von 35,3 % aller gültigen Stimmen. Im Stimmenanteil büßte die Partei jedoch nur 0,2 Prozentpunkte ein. Wie bei den bisherigen Europawahlen schnitt die SPD auch 1999 in den kreisfreien Städten mit überdurchschnittlichen Stimmenanteilen deutlich besser ab als in den Kreisen. In Flensburg (43,3 %) und in Neumünster (41,4 %) erzielte sie ihre besten Ergebnisse, und nur hier übersprang die SPD die 40-Prozent-Grenze. Das heißt, anders als 1994 kam die SPD in keiner Gebietseinheit auch nur annähernd an die 50 Prozent. Die wenigsten Stimmen verbuchte die Partei in den Kreisen Nordfriesland (32,9 %), Segeberg (33,0 %) und Dithmarschen (33,8 %).

In sieben kreisfreien Städten und Kreisen konnte die SPD ihren Stimmenanteil gegenüber 1994 vergrößern, darunter am stärksten im Kreis Stormarn mit 2,6 Prozentpunkten, in der kreisfreien Stadt Flensburg mit 1,8 Prozentpunkten und im Kreis Herzogtum Lauenburg mit 1,3 Prozentpunkten. In den übrigen acht kreisfreien Städten und Kreisen verringerte sich der Stimmenanteil der SPD, die größten Verluste erlitt sie in den Kreisen Nordfriesland (- 3,0 Prozentpunkte), Dithmarschen (- 2,4 Prozentpunkte) und Schleswig-Flensburg (- 1,9 Prozentpunkte).

Ihre Stimmenanteile zeigen, dass die SPD bei den Frauen (37,1 %) beliebter war als bei den Männern (35,7 %). Bei den Frauen konnte sie sogar geringfügig zulegen (+ 0,7 Prozentpunkte), während sich ihr Stimmenanteil bei den Männern leicht um 0,6 Prozentpunkte verringerte.

Bei beiden Geschlechtern gab es für die SPD in den verschiedenen Altersgruppen sowohl Stimmengewinne als auch -verluste. Größere Zuwächse des Stimmenanteils waren bei den Frauen in der Altersgruppe der 35- bis 44-jährigen (+ 3,2 Prozentpunkte) und bei den 45- bis 59-jährigen festzustellen. Bei den Männern gab es Gewinne im Stimmenanteil von 2,3 Prozentpunkten bei den 18- bis 24-jährigen und von 1,5 Prozentpunkten bei den 45- bis 59-jährigen sowie Verluste von 3,6 Prozentpunkten bei den 25- bis 34-jährigen und von 2,5 Prozentpunkten bei den über 59-jährigen.

GRÜNE flächendeckend mit deutlichen Verlusten

Unmittelbar auf die SPD folgen, gemessen an den absolut verlorenen Stimmen, die GRÜNEN. Zur diesjährigen Europawahl erzielten sie 77 611 (- 60,7 %) weniger Stimmen als 1994, das heißt drei von fünf

Wählerinnen und Wählern gaben ihre Stimme nicht mehr dieser Partei. Dadurch erreichten die GRÜNEN 1999 nur noch einen Stimmenanteil von 6,1 %, das sind 5,8 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren.

Die besten Ergebnisse konnten die GRÜNEN mit einem Stimmenanteil von 10,4 % in Kiel, im Kreis Stormarn (7,3 %) und in Lübeck (7,3 %) für sich verbuchen, die schlechtesten Resultate mussten sie im Kreis Dithmarschen (3,5 %), in Neumünster (4,3 %) und im Kreis Ostholstein (4,4 %) hinnehmen. Auch in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Steinburg blieben die GRÜNEN unter der 5-Prozent-Grenze.

Die GRÜNEN büßten in allen kreisfreien Städten und Kreisen Stimmenanteile ein. In den seinerzeitigen Hochburgen Kiel (- 7,1 Prozentpunkte) und Pinneberg (- 7,0 Prozentpunkte) verloren sie am stärksten, während in den Kreisen Ostholstein (- 4,5 Prozentpunkte) und Dithmarschen (- 4,6 Prozentpunkte) sowie in Neumünster (- 4,8 Prozentpunkte) die Verluste am geringsten ausfielen.

Wie auch schon 1994 erhielten die GRÜNEN von Frauen mit einem Stimmenanteil von 6,2 % relativ mehr Stimmen als von den Männern (5,4 %). Mit einem Minus von 6,6 Prozentpunkten waren gleichzeitig aber auch die Verluste im Stimmenanteil bei den Frauen größer als bei den Männern (- 5,3 Prozentpunkte). Überdurchschnittlich viele Stimmen bekam die Partei von Frauen wie von Männern in den Altersgruppen der 18- bis unter 44-jährigen. Darunter wählten vor allem die 35- bis 44-jährigen Frauen (14,1 %) die GRÜNEN, während nur weniger als 2 % der Frauen über 59 Jahren für diese Partei votierten.

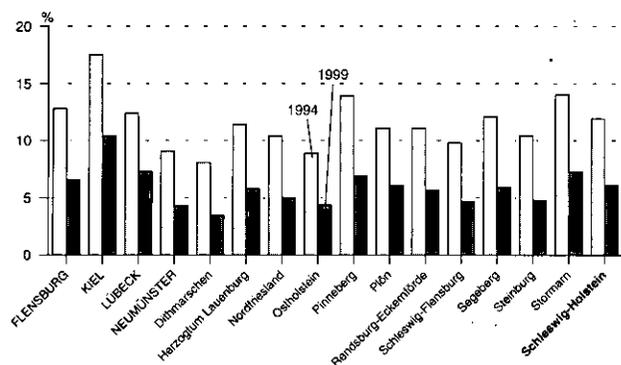
Bemerkenswert, dass vor allem junge Wählerinnen und Wähler den GRÜNEN fernblieben. Mit Verlusten von 8,0 Prozentpunkten für die Gruppe der 35- bis 44-jährigen Männer bis 18,3 Prozentpunkten für die Gruppe der 18- bis 24-jährigen Frauen waren die verlorenen Stimmenanteile in den drei jüngsten Altersgruppen beider Geschlechts am größten.

F.D.P. verliert leicht

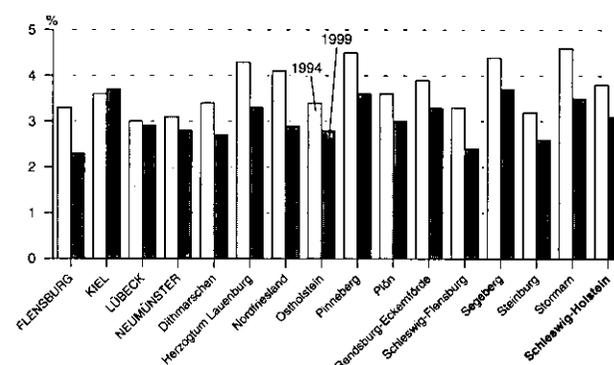
Auch die F.D.P. blieb bei der diesjährigen Europawahl von Verlusten nicht verschont. 15 122 Stimmen, das sind 37,0 % weniger als 1994, gingen der Partei verloren, so dass ihr 1999 nur noch 25 757 Stimmen verblieben. Der Stimmenanteil ging nach 1994 ein weiteres Mal zurück, und zwar um 0,7 Punkte auf 3,1 %. Damit errang die F.D.P. die viertmeisten Stimmen im Lande.

In den kreisfreien Städten und Kreisen konnte die F.D.P. kein Ergebnis über 5 % erzielen. Am besten schnitt sie mit Stimmenanteilen von je 3,7 % in Kiel

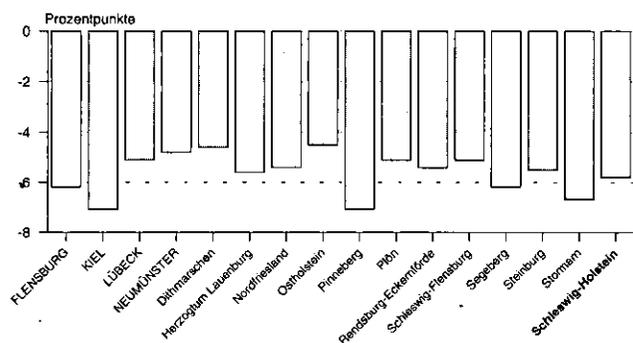
Europawahl 1999: Stimmenanteile der GRÜNEN 1994 und 1999 in den kreisfreien Städten und Kreisen



Europawahl 1999: Stimmenanteile der F.D.P. 1994 und 1999 in den kreisfreien Städten und Kreisen

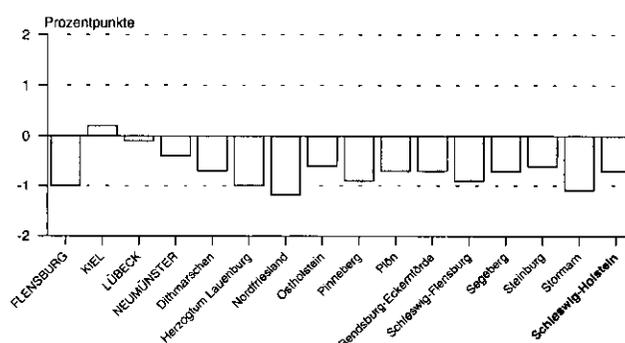


Europawahl 1999: Veränderung der Stimmenanteile der GRÜNEN 1999 gegenüber 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419922 Stat.LA S-H

Europawahl 1999: Veränderung der Stimmenanteile der F.D.P. 1999 gegenüber 1994 in den kreisfreien Städten und Kreisen



419923 Stat.LA S-H

und Segeberg sowie in Pinneberg (3,6 %) ab, während sie in Flensburg (2,3 %), Schleswig-Flensburg (2,4 %) und Steinburg (2,6 %) die geringsten Stimmenanteile erreichte.

Mit Ausnahme der Landeshauptstadt Kiel, wo die F.D.P. ihren Stimmenanteil geringfügig um 0,1 Prozentpunkte vergrößern konnte, verringerten sich ihre Stimmenanteile in allen anderen kreisfreien Städten und Kreisen, und zwar um 0,1 bis 1,2 Prozentpunkte. Die größten Verluste gab es für die F.D.P. in den Kreisen Nordfriesland (- 1,2 Prozentpunkte), Stormarn (- 1,1 Prozentpunkte) sowie im Kreis Herzogtum Lauenburg und in Flensburg (je - 1,0 Prozentpunkte).

Die F.D.P. wurde 1999 mit einem Anteil von 3,0 % mehr von den Männern als von den Frauen (2,5 %) favorisiert, 1994 wählten beide Geschlechter etwa gleich. Somit fiel der Verlust im Stimmenanteil bei den Frauen mit 1,2 Prozentpunkten etwas stärker aus als bei den Männern (- 0,8 Prozentpunkte). In den

meisten Altersgruppen ergaben sich für die F.D.P. Stimmenverluste zwischen 0,5 und 2,3 Prozentpunkten. Zu den Gruppen, die Stimmengewinne verzeichneten, zählten die 25- bis 34-jährigen Frauen (+ 0,5 Prozentpunkte) sowie die 18- bis 24-jährigen Männer (+ 2,3 Prozentpunkte) und die 25- bis 34-jährigen Männer (+ 0,3 Prozentpunkte).

PDS legt zu

Neben der NPD konnte nur die PDS bei der Europawahl 1999 in Schleswig-Holstein absolut Stimmen dazugewinnen. Gegenüber 1994 steigerte sie die Zahl ihrer Stimmen um 4 381 oder 60,7 % und erzielte damit einen Stimmenanteil von 1,4 %, der um 0,7 Prozentpunkte das Ergebnis von 1994 übertraf.

Die Hochburgen der PDS sind die beiden Hochschulenstädte Kiel mit einem Stimmenanteil von 2,9 % und Lübeck (2,2 %). Auch in Flensburg und Neumünster

lagen ihre Stimmenanteile von 1,7 % und 1,6 % über dem Landesdurchschnitt. In den Kreisen Schleswig-Holsteins konnte die PDS dagegen nur Anteile zwischen 0,9 % und 1,4 % erzielen.

Die PDS wurde stärker von Männern – 1999 stimmten 1,8 % der männlichen Wählerschaft für die PDS – als von Frauen bevorzugt, und es sind die Wählerinnen und Wähler unter 45 Jahren, die die PDS überdurchschnittlich häufig wählten. Den höchsten Stimmenanteil hatte mit 3,5 % die Gruppe der 18 bis 24-jährigen. Gegenüber der Europawahl 1994 hat die Partei 1999 in allen Altersgruppen beider Geschlechter Stimmenanteile dazugewonnen.

3,5 Prozent Stimmenanteil für andere Wahlvorschläge

Auf die übrigen 15 Wahlvorschläge entfielen 28 477 Stimmen, das sind 3,5 % der 820 004 gültigen Stimmen. Damit erhielten die übrigen Parteien 51 867 Stimmen weniger als 1994, so dass sich ihr Stimmenanteil um 4,0 Prozentpunkte verringerte. Unter den übrigen Wahlvorschlägen heben sich die REPUBLIKANER und die erstmals angetretene Tierschutzpartei hervor, die jeweils über 0,6 % Stimmenanteil erhielten. Die REPUBLIKANER büßten allerdings 1,5 Prozentpunkte Stimmenanteil gegenüber 1994 ein. Außerdem ist auf die NPD hinzuweisen, die neben der PDS als einzige Partei einen absoluten, wenn auch nur geringen Stimmengewinn verbuchen konnte.

Europawahl 1999: Stimmen und Stimmenanteile der übrigen Parteien

Wahlvorschlag	Gültige Stimmen	Stimmenanteil in %
REP	5 236	0,6
GRAUE	3 558	0,4
APD	2 687	0,3
ödp	1 128	0,1
NATURGESETZ	1 102	0,1
NPD	2 549	0,3
PBC	1 759	0,2
CM	688	0,1
PASS	1 286	0,2
BüSo	206	0,0
ASP	843	0,1
ZENTRUM	147	0,0
DIE FRAUEN	2 201	0,3
HP	268	0,0
Die Tierschutzpartei	4 819	0,6

Die Wählerschaft der Parteien

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik erlauben neben der Analyse der Stimmenverteilung nach Alter und Geschlecht auch Hinweise darauf, wie sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien nach diesen Merkmalen zusammensetzt und wie sich diese Struktur gegenüber 1994 verändert hat. Es versteht sich, dass bei einem solchen Zeitvergleich auch der Alterungsprozess der Wahlbevölkerung beachtet werden muss. Als Vergleichsmaßstab für die Wählerstruktur der Parteien kann die Abgabe aller gültigen Stimmen herangezogen werden.

Bei der Europawahl 1999 setzten sich die CDU-Wähler zu 51,3 % aus Frauen und zu 48,7 % aus Männern zusammen. Der Frauenanteil lag damit geringfügig unter dem Durchschnitt aller gültigen Stimmen (51,7 %), der der Männer (48,3 %) entsprechend darüber. Gegenüber 1994 nahm der Anteil der männlichen CDU-Wähler um 1,9 Prozentpunkte zu, der Anteil der Frauen nahm entsprechend ab.

In den Altersgruppen gab es nennenswerte Veränderungen bei den über 34-jährigen. Der Anteil der 35- bis 44-jährigen CDU-Wähler wuchs gegenüber 1994 um 2,0 Prozentpunkte auf 12,2 % und der der über 59-jährigen um 3,6 Prozentpunkte auf 44,1 %. Dagegen verringerte sich der Anteil der 45- bis 59-jährigen um 5,6 Prozentpunkte auf 26,7 %.

Die SPD-Wählerschaft bestand zu 52,5 % aus Frauen und zu 47,5 % aus Männern. Gegenüber 1994 gab es eine kaum bemerkenswerte Verschiebung der Anteile zugunsten der männlichen Wähler. Der Frauenanteil lag um knapp einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt, der der Männer war entsprechend unterdurchschnittlich.

Hinsichtlich der Altersgruppen der SPD-Wählerschaft ist ein deutlicher Rückgang des Anteils der 25- bis 34-jährigen Wählerinnen und Wähler von 4,4 Prozentpunkten zu erkennen, während der Anteil der Gruppe über 59 Jahre um eben diese 4,4 Prozentpunkte zugenommen hat. In den anderen Altersgruppen gab es nur geringe Verschiebungen. Gemessen an allen abgegebenen gültigen Stimmen ist das mittlere Alter von 35 bis unter 60 Jahren bei der SPD überdurchschnittlich repräsentiert, die jüngere und ältere Wählerschicht dagegen weniger als im Durchschnitt vertreten.

54,7 % Frauen und 45,3 % Männer ergeben die Wählerschaft der GRÜNEN. Damit liegt der Frauenanteil um 3,1 Prozentpunkte über, die Männerquote um 3,1 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. 1994 war der Frauenanteil der GRÜNEN allerdings noch um 2,2 Prozentpunkte höher als zu der diesjährigen Wahl.

Europawahl 1999: Anteile der Frauen und Männer nach Altersgruppen an den Stimmen ausgewählter Wahlvorschläge

Alter in Jahren	Gültige Stimmen		Je 100 gültige Stimmen entfielen auf					
	1 000	%	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	PDS	Andere
Frauen								
18 - 24	21	2,6	2,4	2,1	4,5	4,4	6,6	4,7
25 - 34	49	6,0	5,2	6,0	10,6	6,0	5,3	9,9
35 - 44	65	7,9	5,8	9,0	19,0	6,9	8,6	8,1
45 - 59	113	13,8	13,6	14,2	14,6	12,8	9,9	13,4
60 und älter	174	21,3	24,3	21,1	6,1	16,5	6,6	14,3
Zusammen	422	51,6	51,3	52,5	54,7	46,6	37,0	50,4
Männer								
18 - 24	26	3,1	2,9	2,5	4,0	7,0	8,1	6,5
25 - 34	54	6,5	6,4	5,5	8,9	10,4	9,1	11,5
35 - 44	65	8,0	6,5	8,5	14,9	8,5	12,9	9,5
45 - 59	112	13,7	13,1	14,6	12,9	14,5	19,2	9,8
60 und älter	140	17,1	19,8	16,4	4,5	13,1	13,7	12,2
Zusammen	397	48,4	48,7	47,5	45,3	53,4	63,0	49,6
Frauen und Männer								
18 - 24	47	5,8	5,4	4,6	8,5	11,4	14,7	11,2
25 - 34	103	12,5	11,6	11,5	19,5	16,4	14,4	21,5
35 - 44	130	15,8	12,2	17,5	33,9	15,4	21,5	17,6
45 - 59	225	27,5	26,7	28,9	27,4	27,3	29,1	23,2
60 und älter	315	38,4	44,1	37,5	10,6	29,6	20,3	26,5
Insgesamt	819	100	100	100	100	100	100	100

In der GRÜNEN-Wählerschaft gab es 1999 gegenüber 1994 starke Verschiebungen zu den höheren Altersgruppen. Während die Anteile der 18- bis 24-jährigen um 6,6 Prozentpunkte und der 25- bis 34-jährigen um 10,9 Prozentpunkte abnahmen, stiegen die Stimmenanteile der 35- bis 44-jährigen um 7,3 Prozentpunkte, die der 45- bis 59-jährigen um 7,0 Punkte und die der mindestens 60-jährigen um 3,1 Prozentpunkte. Trotz dieser Entwicklung blieben die jungen Altersgruppen bis unter 45 Jahre unter den Wählern der GRÜNEN überdurchschnittlich vertreten.

Die für die F.D.P. bei dieser Europawahl abgegebenen Stimmen kamen zu 46,6 % von Frauen und zu 53,4 % von Männern, womit die Frauen innerhalb der F.D.P.-Wählerschaft stark unterdurchschnittlich vertreten sind. Gegenüber der Wahl 1994 nahm ihr Anteil um 5,5 Prozentpunkte zugunsten der Männer ab. In keiner der anderen großen Parteien dieser Europawahl haben sich die Geschlechteranteile so stark verschoben wie in der F.D.P..

Die Altersgruppen der 18- bis 24-jährigen und der 25- bis 34-jährigen sind in der Wählerschaft der F.D.P.

überdurchschnittlich, die der über 44-jährigen unterdurchschnittlich vertreten. Gegenüber 1994 nahmen der Anteil der beiden unteren Altersgruppen zusammen um 6,1 Prozentpunkte und der der über 59-jährigen um 2,9 Prozentpunkte zu, während 8,9 Prozentpunkte weniger Wählerinnen und Wähler zur Altersgruppe der 35- bis unter 60-jährigen zählten.

Bei den PDS-Wählern waren bei der Europawahl 1999 Frauen mit einem Anteil von 37,5 % um 14,6 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Wählerinnen insgesamt präsent, die Männer dagegen entsprechend über dem Durchschnitt. Nennenswerte Verschiebungen haben sich zu 1994 jedoch nicht ergeben.

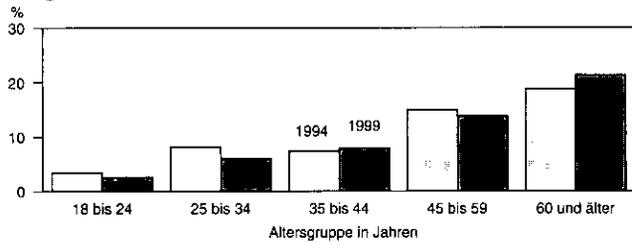
In der Altersstruktur stellte sich 1999 eine deutliche Alterung der PDS-Wählerschaft ein. So nahm der Anteil der über 44-jährigen Wähler um 18 Prozentpunkte zu, während der Anteil junger Wähler bis unter 45 Jahre um eben diesen Wert zurückging.

Gemessen an allen bei der Europawahl 1999 abgegebenen gültigen Stimmen sind die Altersgruppen

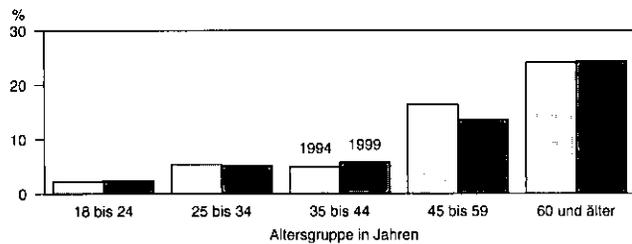
**Europawahl 1999:
Anteile der Altersgruppen an den Stimmen der Parteien 1994 und 1999 nach dem Geschlecht in %**

Frauen

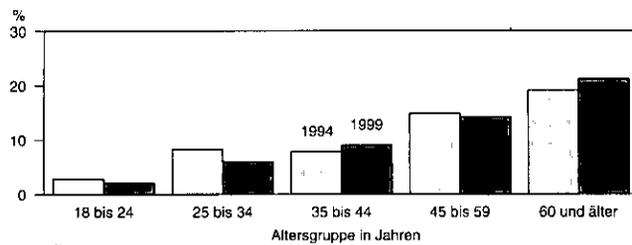
Insgesamt



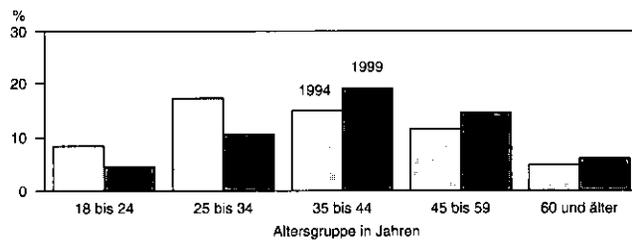
CDU



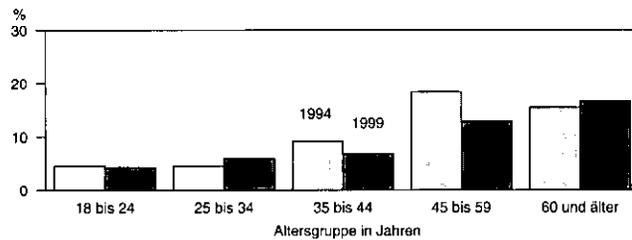
SPD



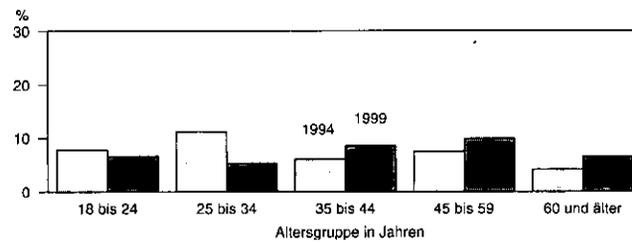
GRÜNE



F.D.P.

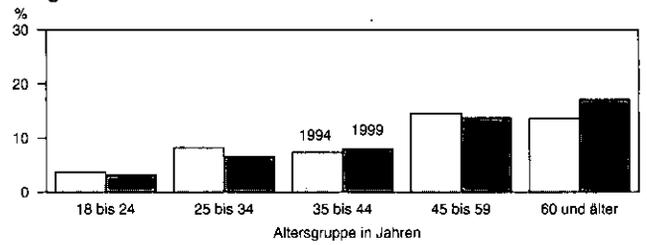


PDS

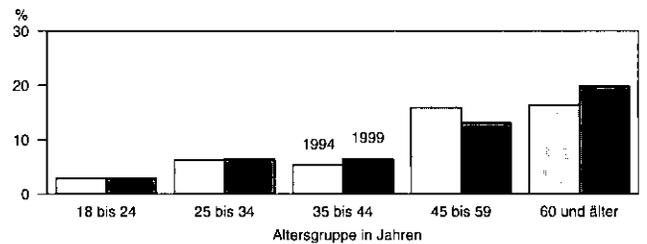


Männer

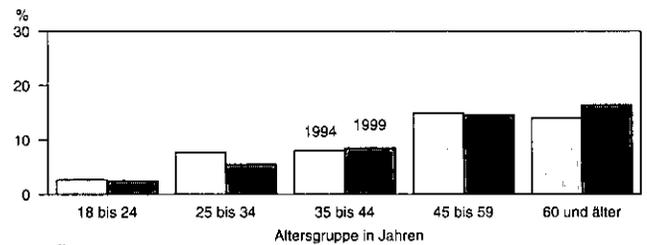
Insgesamt



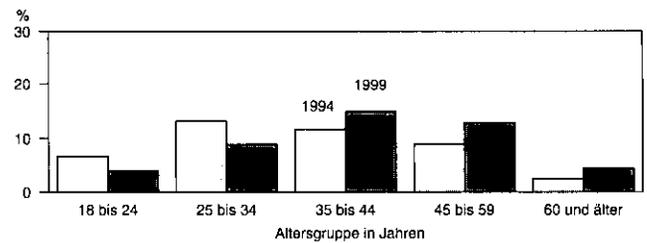
CDU



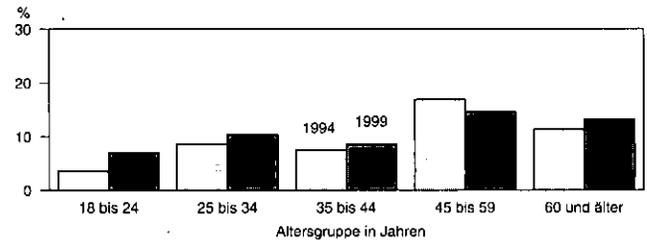
SPD



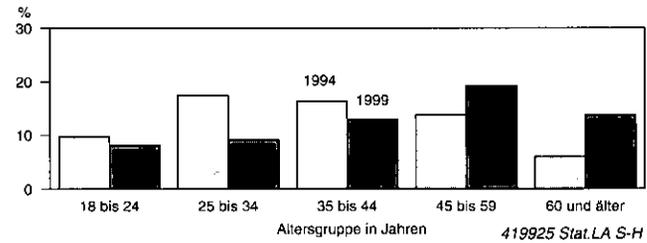
GRÜNE



F.D.P.



PDS



Europawahl 1999: Wahl mit Wahlschein

Merkmal	Jahr				
	1979	1984	1989	1994	1999
Wahlberechtigte insgesamt, Anzahl	1 899 260	1 993 627	2 057 364	2 110 508	2 137 366
Wahlberechtigte mit Wahlschein, Anzahl	143 016	111 720	158 683	131 536	105 442
Wahlberechtigte mit Wahlschein, in %	7,5	5,6	7,7	6,2	4,9
Urnenwähler mit Wahlschein, Anzahl	3 166	5 495	7 113	7 083	4 107
Urnenwähler mit Wahlschein, in % der Wahlberechtigten mit Wahlschein	2,2	4,9	4,5	5,4	3,9
Briefwähler, Anzahl	129 320	96 677	140 355	113 615	91 194
Briefwähler, in % der Wahlberechtigten mit Wahlschein	90,4	86,5	88,4	86,4	86,5
Briefwähler, in % der Wählerinnen und Wähler	10,4	8,4	11,7	10,5	11,0
Nichtwähler mit Wahlschein, Anzahl	10 530	9 548	11 215	10 838	10 141
Nichtwähler, in % der Wahlberechtigten mit Wahlschein	7,4	8,5	7,1	8,2	9,6

von 18 bis unter 60 Jahre bei der PDS überrepräsentiert, während die 60-jährigen und älteren mit einem Abstand von 18,1 Prozentpunkten unterhalb des Durchschnitts vertreten sind.

Briefwahl von geringem Interesse

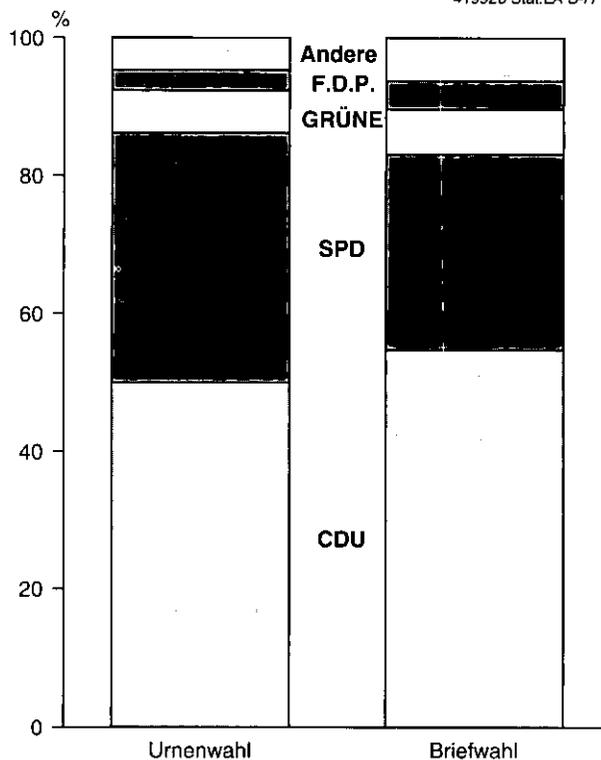
Das sehr geringe Interesse an der Europawahl 1999 schlägt sich auch bei den Wählerinnen und Wählern mit Wahlschein nieder. Einen Wahlschein benötigt, wer aus bestimmten Gründen nicht in dem Wahllokal seines Wohnsitzes wählen kann, sondern in einem anderen oder wer per Briefwahl seine Stimme abgeben möchte, zum Beispiel aus Altersgründen oder aus Gründen der Abwesenheit am Wahltag. Bereits das Antragsgeschäft mit Wahlscheinen verlief gegenüber der Wahl davor eher schleppend. Gab es bei der Wahl 1994 in Schleswig-Holstein noch 131 536 Wahlberechtigte mit Wahlschein, das sind 6,2 % aller Wahlberechtigten, so waren es 1999 nur 105 442 (4,9 %) und damit die geringste Zahl seitdem das Europäische Parlament gewählt wird.

Von den Wahlscheininhabern gingen 4 107 oder 3,9 % der Wahlberechtigten mit Wahlschein zur Urnenwahl, 1994 waren es 5,4 %. 91 194 wählten per Brief (86,5 %) und damit anteilmäßig ebenso viele wie 1994. 10 141 (9,6 %) der Wahlscheinbesitzer nutzten nicht ihr Wahlrecht, das sind 1,4 Prozentpunkte mehr als 1994 und damit der größte Anteilswert aller bisherigen Europawahlen. An der Gesamtwählerschaft hatten die Briefwähler letztlich einen

Anteil von 11,0 %, ein Wert in der Größenordnung vorangegangener Europawahlen.

Europawahl 1999: Verteilung der gültigen Stimmen in % auf die Wahlvorschläge nach Urnen- und Briefwahl

419926 Stat.LA S-H



Europawahl 1999 in Deutschland

Land	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile					
		CDU/CSU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	PDS	Andere
%							
Schleswig-Holstein	38,7	50,5	35,3	6,1	3,1	1,4	3,5
Hamburg	37,0	40,2	37,2	12,0	3,3	3,3	4,0
Niedersachsen	44,2	47,2	39,5	6,1	2,7	1,2	3,3
Bremen	43,8	34,8	43,7	12,2	2,9	2,6	3,8
Nordrhein-Westfalen	43,8	47,3	37,3	7,1	3,5	1,3	3,4
Hessen	42,1	47,3	34,5	8,0	3,9	1,6	4,8
Rheinland-Pfalz	63,8	50,0	35,2	5,2	3,7	0,8	5,2
Baden-Württemberg	40,6	50,9	26,1	9,8	4,9	1,1	7,2
Bayern	44,8	64,0	21,6	6,1	1,9	0,7	5,7
Saarland	60,5	44,9	41,3	5,0	2,1	1,0	5,7
Berlin	39,9	35,0	26,7	12,5	2,4	16,7	6,7
Brandenburg	30,0	29,1	31,5	3,3	2,3	25,8	7,9
Mecklenburg-Vorpommern	50,8	45,4	20,3	2,5	1,3	24,3	6,2
Sachsen	53,6	45,9	19,6	2,7	2,3	21,0	8,5
Sachsen-Anhalt	49,5	39,7	26,7	2,1	2,9	20,9	7,8
Thüringen	58,1	42,4	25,6	2,3	2,1	20,6	7,0
Deutschland	45,2	48,7	30,7	6,4	3,0	5,8	5,4

Bei der Europawahl 1999 hat sich gezeigt, dass die Briefwähler ein anderes Wahlverhalten haben als die Urnenwähler. Während bei der Urnenwahl 36,2 % der gültigen Stimmen auf die SPD entfielen, waren es bei der Briefwahl 7,8 Prozentpunkte weniger. Dagegen erhielt die CDU bei der Briefwahl mit 54,7 % einen Stimmenanteil, der 4,7 Prozentpunkte über dem der Urnenwahl liegt. Auch die anderen Parteien erhielten im Rahmen der Briefwahl relativ mehr Stimmen als bei der Urnenwahl. Dieses Erscheinungsbild, das auch schon bei der Europawahl 1994 festgestellt werden konnte, lässt sich vielleicht mit der Altersstruktur der Briefwähler erklären. Möglicherweise begünstigt die überdurchschnittlich häufig beantragte Briefwahl durch ältere, konservativ wählende Bürger die CDU. Gleichzeitig haben aber auch offensichtlich SPD-Wähler erheblich weniger die Möglichkeit der Briefwahl genutzt, so dass selbst für die kleineren Parteien bei der Briefwahl größere Stimmenanteile resultierten.

Auf Grund des geringen Gewichts der gültigen Briefwahlstimmen von 11,1 % an allen gültigen Stimmen weicht die Stimmenverteilung im Gesamtergebnis einschließlich der Briefwahl nur wenig von dem Ergebnis der Urnenwahl ab. Lediglich der Anteil der SPD ist hier etwas stärker betroffen, er liegt im Gesamtergebnis um 0,9 Prozentpunkte unter dem Urnenwahlergebnis.

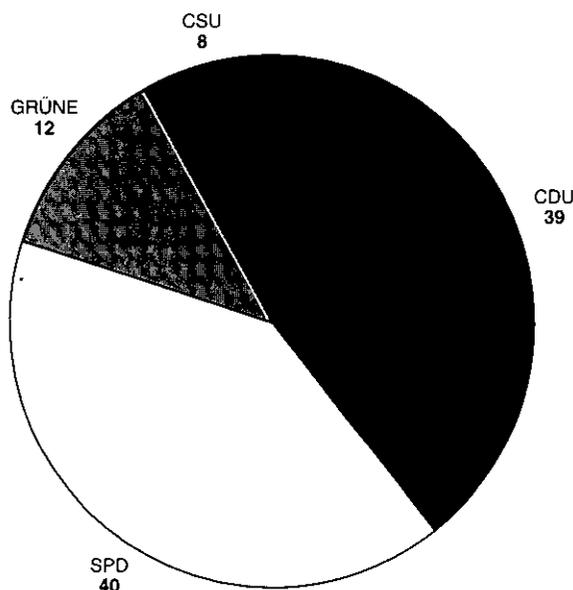
Wahlergebnis für Deutschland

Zur Europawahl am 13. Juni 1999 waren bundesweit 60,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, gut 300 000 mehr als zur Wahl 1994. Die neuen Bundesländer nahmen zum zweiten Mal an einer Europawahl teil. Wie in Schleswig-Holstein gab es auch bundesweit einen sehr deutlichen Einbruch bei der Wahlbeteiligung. Lag sie 1994 noch bei 60,0 %, so ging sie nun um 14,8 Prozentpunkte auf 45,2 % zurück. Wie bereits erwähnt, gab es die niedrigste Beteiligung in Brandenburg (30,0 %), gefolgt von Hamburg (37,0 %) und Schleswig-Holstein (38,7 %). Die höchste Resonanz dagegen fand die Wahl in Rheinland-Pfalz (63,8 %), im Saarland (60,5 %) und in Thüringen (58,1 %). Dabei ist zu beachten, dass in diesen Ländern mit einer relativ hohen Wahlbeteiligung gleichzeitig Kommunalwahlen stattfanden, ebenso wie in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Ohne diese Parallelwahlen wäre die Wahlbeteiligung im Bundesgebiet wahrscheinlich noch niedriger ausgefallen.

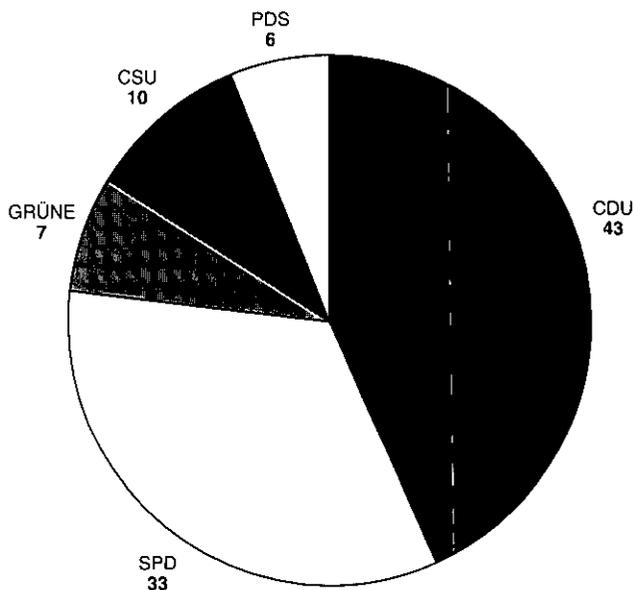
Über die Wahlvorschläge in Schleswig-Holstein hinaus kandidierten bundesweit ferner die CSU und die Bayernpartei in Bayern sowie die FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS im Saarland jeweils mit Landeslisten. CDU und CSU konnten im Bundesgebiet bei der Europawahl 1999 gemeinsam 48,7 % der gülti-

Aufteilung der 99 Sitze der Bundesrepublik Deutschland im 4. und 5. Europäischen Parlament

4. Europäisches Parlament



5. Europäisches Parlament



419927 Stat.LA S-H

gen Stimmen erringen, 9,9 Prozentpunkte mehr als 1994. Die SPD erzielte 30,7 % der gültigen Stimmen und verlor damit um 1,5 Prozentpunkte. Deutlich stärkere Verluste verzeichneten die GRÜNEN, deren Stimmenanteil sich von 10,1 % im Jahre 1994 auf nunmehr 6,4 % verringerte. Viertstärkste Kraft wurde die PDS, die mit 5,8 % der Stimmen gegenüber 1994 um 1,1 Prozentpunkte zulegen konnte und damit erstmals im Europäischen Parlament vertreten ist. Ebenfalls Verluste hinnehmen musste die F.D.P., deren Stimmenanteil von 3,0 % um 1,1 Prozentpunkte zurückging. Die übrigen Parteien erreichten 1999 zusammen 5,4 % der gültigen Stimmen, 4,8 Prozentpunkte weniger als 1994. Die bedeutendste Partei unter ihnen mit einem Stimmenanteil von 1,7 % und damit die einzige der übrigen Parteien, die die 1-Prozent-Linie überschritt, waren DIE REPUBLIKANER, die bundesweit mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils von 1994 einbüßten.

Im Vergleich zum Bundesergebnis der CDU/CSU konnte die CDU in Schleswig-Holstein ein um 1,8 Prozentpunkte besseres Ergebnis für sich verbuchen. Nach der CSU in Bayern (64,0 %) und der CDU in Baden-Württemberg (50,9 %) reichte der Stimmenanteil der CDU in Schleswig-Holstein für Platz drei in der Rangskala der Landeslisten.

Im Ländervergleich hatte die SPD ihr bestes Ergebnis in Bremen (43,7 %), gefolgt vom Saarland (41,3 %).

Die schleswig-holsteinische SPD kam mit ihrem Stimmenanteil von 35,3 % auf Platz sechs unter den Bundesländern.

Der Stimmenanteil der GRÜNEN in Schleswig-Holstein von 6,1 % lag knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 6,4 % und gereichte lediglich zu Platz acht. Am besten schnitten die GRÜNEN in den Stadtstaaten Berlin (12,5 %), Bremen (12,2 %) und Hamburg (12,0 %) ab. Außer in den fünf neuen Bundesländern kamen sie überall über die 5-Prozent-Hürde.

Die schleswig-holsteinische F.D.P. schnitt mit ihrem Stimmenanteil von 3,1 % geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 3,0 % ab, hatte jedoch gegenüber 1994 ebenfalls Verluste hinzunehmen, und zwar von 0,7 Prozentpunkten. Im Vergleich der Länder belegten die Liberalen Platz sechs. In keinem Bundesland konnte die F.D.P. die 5-Prozent-Hürde überwinden; sie erreichte die besten Ergebnisse in den Ländern Baden-Württemberg (4,9 %), Hessen (3,9 %) und Rheinland-Pfalz (3,7 %).

Drei Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein

Wie 1994 waren auch 1999 aus der Bundesrepublik Deutschland 99 Abgeordnete für das Europaparlament zu wählen. Davon entfielen auf die CDU als

stärkste Fraktion 43 Sitze und damit 4 mehr als 1994. 33 Sitze erhielt die SPD (- 7 Sitze), 10 entfielen auf die CSU (+ 2 Sitze), die GRÜNEN kamen auf 7 Plätze (- 5 Sitze), während die PDS erstmals 6 Sitze gewann.

Nachdem Schleswig-Holstein in der letzten Legislaturperiode nur von zwei Abgeordneten in Europa vertreten wurde, zogen nach den Ergebnissen der diesjährigen Europawahl drei Abgeordnete in das Euro-

päische Parlament ein. Im Verhältnis zu allen anderen Landeslisten der CDU konnte die schleswig-holsteinische Liste durch ihr gutes Abschneiden den Stimmenanteil in einem solchen Umfang verbessern, dass ihr nach der Verteilungsberechnung ein Sitz mehr als 1994 zusteht. Zu den zwei Abgeordneten der CDU ist zusätzlich ein schleswig-holsteinischer Abgeordneter gewählt worden, und zwar wie bei der Europawahl 1994 aus der gemeinsamen Länderliste der SPD.

Gerhard Winck

Ausgaben für die Wissenschaft in Norddeutschland

Eine Region wird bekanntlich nicht nur durch ihre geografische Lage, ihre Landschaftsmorphologie, ihr Klima und andere natürliche Faktoren geprägt, sondern auch von dem, was die in der Region lebenden Menschen aus den natürlichen Bedingungen machen, was sie der Landschaftskulisse an Siedlungs- und Kulturlächen, an Industriestandorten und an Infrastruktur – um nur einiges zu nennen – hinzufügen. Zur Beurteilung der ökonomischen Leistungskraft einer Region wird gern von ihren Standortfaktoren oder ihrem Entwicklungspotential gesprochen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Wissenschaft, denn Wissenschaft wird mit Innovation und Fortschritt schlechthin assoziiert. Viele Verbesserungen der ökonomischen, der sozialen und der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen werden mit Recht als Erfolg der Wissenschaft gesehen.

Versteht man unter Wissenschaft den „Inbegriff des durch Forschung, Lehre und überlieferte Literatur gebildeten Wissens ... einer Zeit“ (aus: Großer Brockhaus) und lässt einmal die überlieferte Literatur als bereits fertiges Menschenwerk beiseite, dann kann man das Thema Wissenschaft operabler und griffiger in seine Komponenten Forschung und Lehre zerlegen. Einige unter regionalem Aspekt interessante Fragen lauten dann:

- Gibt es in Forschung und Lehre regionale Themenschwerpunkte und, wenn ja, haben die mit den Charakteristika und Gegebenheiten der Region zu tun?
- Was kostet der Hochschulbetrieb, und inwieweit wird der Steuerzahler durch Drittmiteinnahmen entlastet?
- Wo engagieren sich Bund und Länder mit eigenen Forschungseinrichtungen, wo beteiligen sie sich mehrheitlich an der Finanzierung von Forschungseinrichtungen in privater Rechtsform?
- Wieviel Investitionszuschüsse und Subventionen fließen für Forschung und Lehre, wieviel davon gehen an Unternehmen?
- Wo und in welchem Umfang und mit welchen thematischen Schwerpunkten wird Forschung in Unternehmen betrieben?

Nicht zuletzt ist es angesichts der grundgesetzlichen Aufgaben- und Finanzverteilung in Deutschland, in der der Hochschulbau zu den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern nach Art. 91a Grundgesetz (GG) gehört und die Forschungsförderung eine Bundesaufgabe der konkurrierenden Gesetzgebung

des Bundes (GG Art. 74 Nr. 13) darstellt, für Landesregierungen sehr erstrebenswert, die dafür vorgesehenen Bundesmittel zu einem möglichst hohen Anteil in die eigene Region zu lenken.

Es ist also reizvoll, einmal zu untersuchen, inwieweit Wissenschaft in Norddeutschland ihren im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet angemessenen Platz hat. Dieser Beitrag erhebt aber keineswegs den Anspruch, die aufgeworfenen Fragen auch nur annähernd erschöpfend zu beantworten, sondern präsentiert in Form zusammengefasster, grobschnittiger Ergebnisse lediglich die statistischen Quellen, die – wenn man tiefer in die Thematik eindringen möchte – die dafür nötigen Regionalinformationen liefern können. Diese Quellen sind im Wesentlichen die Jahresrechnungsstatistik von Bund und Ländern, die Hochschulfinanzstatistik, die Patentstatistik und die Erhebung über Forschung und Entwicklung des Stifterverbandes Wissenschaftsstatistik GmbH.¹ Der Beitrag stützt sich außerdem auf Daten und methodische Hinweise des Statistischen Bundesamtes, das in Heft 3/1999 seiner Monatsschrift „Wirtschaft und Statistik“ die Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland, so auch der Titel, vorgestellt hatte.

Will man den Stellenwert der Wissenschaft in Norddeutschland an den Aufwendungen messen, die sie verursacht, dann bietet es sich von der Datenlage her an, zunächst zwischen Aufwendungen des Staates und Aufwendungen der Wirtschaft zu unterscheiden, dann aber etwas tiefer vier Darstellungsbereiche auseinanderzuhalten:

- den Staat in Gestalt der öffentlichen Haushalte, hier seiner wissenschaftsrelevanten Daten,
- die Finanzen der staatlichen und privaten Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken,
- den Staat in Gestalt seiner öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung und
- die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft.

¹ Für den Vergleich der Regionen eignen sich grundsätzlich auch outputorientierte Zahlen wie die der erfolgreich abgeschlossenen Studienabschlüsse, Promotionen und Habilitationen. Im Folgenden wird aber weitgehend auf Inputgrößen wie die Ausgaben oder das Personal der Hochschulen und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen abgestellt, auf Output-Indikatoren nur am Rande (Studentenzahlen, Drittmiteinnahmen, Patentanmeldungen der Wirtschaft).

Die Daten für diese vier Bereiche sind allerdings nicht überschneidungsfrei addierbar. Sie entstammen verschiedenen Statistiken mit jeweils eigener Zielsetzung und dementsprechend unterschiedlichen Merkmalen. Die vier Bereiche werden daher getrennt und nacheinander behandelt, wobei die Daten der öffentlichen Hand von Bereich zu Bereich spezieller werden: von den Daten der Rechnungslegung der kammerealen Haushalte über speziell erhobene Zahlen zu den Hochschulfinanzen und den öffentlichen Forschungseinrichtungen bis zu den Aufwendungen des Staates für Forschung und Entwicklung im Besonderen. Die unternehmensinternen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft bilden einen weiteren Schwerpunkt der Darstellung.

Steuergelder für die Hochschulen und für die außeruniversitäre Forschung

Die Ausgaben aller öffentlichen Haushalte in Deutschland zusammen betragen 1996 fast 1,9 Billionen DM oder 53 % des Bruttoinlandsprodukts. Diese Ausgaben sind – wie auch die Einnahmen der öffentlichen Haushalte – Gegenstand der Rechnungsstatistik. Die Rechnungsstatistik fasst die fiskalischen Vorgänge u. a. nach rund 230 Aufgabenbereichen zusammen. Etwas mehr als ein Zehntel aller Ausgaben entfiel auf den Aufgabenbereich „Bildung, Wissenschaft und Kultur“, wovon grob die Hälfte den Schulen und der vorschulischen Bildung gewidmet war. Für das Thema dieses Beitrages kommen aus diesem Aufgabenbereich zwei Oberfunktionen in Betracht: „Hochschulen“ und „Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen“. Leider gilt für die analytische Verwendbarkeit der Rechnungsstatistik die Einschränkung, dass einige Hochschulen – darunter seit mehreren Jahren drei Modellhochschulen in Niedersachsen (Universität Oldenburg, Technische Universität Clausthal-Zellerfeld und Fachhochschule Osnabrück) und vor allem seit 1996 die Hochschulen Hamburgs – nur in Höhe ihres Zuschussbedarfs und nicht mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben in dieser Statistik enthalten sind.²

² Die genannten Hochschulen und nahezu alle Hochschulkliniken buchen kaufmännisch, d. h. sind im Kernhaushalt ihrer Gebietskörperschaft nur mit ihrem Nettoüber- oder -unterschuss enthalten. Die Daten der Hochschulkliniken werden aus Gründen der Vergleichbarkeit mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben (brutto) in die Jahresrechnungsstatistik einbezogen. Zu den „Auswirkungen der Flexibilisierung und Globalisierung der Haushalte auf die Darstellung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur in den Finanzstatistiken“ siehe auch W. Hetmeier und P. Brugger in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1997

Für seine Hochschulen gab der deutsche Staat 1996 etwa 51 Mrd. DM aus. Das waren 1,4 % des Bruttoinlandsprodukts oder 620 DM je Einwohner. Es handelt sich um die bereinigten Ausgaben von Bund und Ländern zusammen. „Bereinigt“ bedeutet, dass Zahlungen zwischen den Ländern – sie haben bei den Hochschulausgaben geringes Gewicht – nettogestellt sind. Die analytisch brauchbarere Zahl ist die der sogenannten „Grundmittel“, bei denen die Zahlungen des Bundes an die Länder z. B. 1996 in Höhe von nicht ganz drei Mrd. DM bei den Ländern abgezogen und bei denen die unmittelbaren Einnahmen der Hochschulen (1996 über 18 Mrd. DM) mit ihren Ausgaben verrechnet sind.

Auf der Einnahmeseite schlagen vor allem die Einnahmen der Hochschulkliniken, aber auch Einnahmen aus der Drittmittelforschung zu Buche. Die für 1996 so errechneten 33 Mrd. DM Grundmittel für die Hochschulen in Deutschland machten daher nur etwa drei Fünftel der bereinigten Ausgaben aus. Sie stellen die Belastung des Steuerzahlers dar. Zu einem Zehntel entfielen sie auf den Bund und zu neun Zehnteln auf die Länder. Für die hier besonders interessierende Verteilung auf die Länder wird zur Glättung von Besonderheiten im Folgenden auf das Jahresmittel 1994 bis 1996 abgestellt.

Die von den Ländern des Bundesgebietes im Jahresmittel 1994 bis 1996 zu tragenden Grundmittel betragen 28 Mrd. DM oder 342 DM je Einwohner. Mit 328 DM je Einwohner kommen die norddeutschen Länder zusammen auf einen nicht ganz so hohen Betrag. Die Aufwendungen je Einwohner liegen in den beiden Stadtstaaten deutlich über und in den drei Flächenländern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern sowie Schleswig-Holstein unter dem Schnitt. Der mit 577 DM je Einwohner besonders hohe Wert für Hamburg liegt u. a. daran, dass Hamburg im Jahre 1996 einen mit 736 Mill. DM besonders hohen Betrag an „andere Bereiche“ bezahlte, mehr als alle anderen Bundesländer zusammen.

Von den Zahlungen, die der Bund an die Länder leistet, bekam Norddeutschland 1994 bis 1996 einen an der Bevölkerung gemessen überproportionalen Anteil. Bei diesen Zahlungen handelt es sich u. a. um Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe des Hochschulbaus, um Zahlungen im Rahmen der Hochschulsonderprogramme und um Drittmittelzahlungen.

Auf die Hochschulfinanzen wird im nächsten Abschnitt noch näher eingegangen. Zunächst sei kurz beleuchtet, welche Anstrengungen die deutschen Fiskal zur Finanzierung der außeruniversitären Forschung geleistet haben. Die Grundmittel für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen erreichten im Jahresmittel 1994 bis 1996 und für Bund und Länder zusammen mit

Bereinigte Ausgaben und Grundmittel für die Wissenschaft in den öffentlichen Haushalten der Länder Norddeutschlands im Jahresdurchschnitt 1994 bis 1996

	Bremen	Hamburg	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Schleswig-Holstein	Norddeutschland
	Hochschulen					
Bereinigte Ausgaben der Länder						
Mill. DM	457	1 679	1 148	3 776	1 698	8 757
DM je Einwohner am 30.06.1996	674	983	630	484	622	594
Anteil an Norddeutschland in %	5,2	19,2	13,1	43,1	19,4	100
Anteil an Deutschland in %	0,9	3,5	2,4	7,8	3,5	18,1
Zahlungen vom Bund an die Länder						
Mill. DM	175	84	74	282	75	690
Anteil an Deutschland in %	5,9	2,8	2,5	9,5	2,5	23,3
Grundmittel der Länder						
Mill. DM	232	986	558	2 247	814	4 838
DM je Einwohner am 30.06.1996	342	577	307	288	298	328
Anteil an Norddeutschland in %	4,8	20,4	11,5	46,4	16,8	100
Anteil an Deutschland in %	0,8	3,5	2,0	8,0	2,9	17,3
	Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen					
Grundmittel der Länder						
Mill. DM	69	109	109	355	169	812
DM je Einwohner am 30.06.1996	102	64	60	46	62	55
Anteil an Norddeutschland in %	8,5	13,5	13,5	43,7	20,8	100
Anteil an Deutschland in %	1,6	2,5	2,5	8,1	3,9	18,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 3.4, Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur

17 Mrd. DM knapp die Hälfte der Grundmittel für die Hochschulen. Sie sind u. a. den Bibliotheken, der Kernforschung, der Erforschung des Weltraums, der Umwelt und der Ernährung und der Förderung der technologischen Forschung und Entwicklung gewidmet und werden weit überwiegend vom Bund getragen, 1994 bis 1996 waren es 71 %. Zahlungen zwischen den Ebenen Bund und Ländern sind hier ebenso von geringem Gewicht wie die unmittelbaren Einnahmen. Die Grundmittel der Länder von zusammen 4,6 Mrd. DM machen lediglich ein Sechstel dessen aus, was sie für die Hochschulen aufzuwenden haben.

Es wäre natürlich interessant zu wissen, wieviel der vom Bund für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen geleisteten Mittel Norddeutschland zugute kommen. Die Regionalisierung dieser immerhin 12 Mrd. DM ist der Rechnungsstatistik nicht zu entnehmen, weil die fiskalischen Angaben für den Bund nicht originär mit der Information über den Ort ihrer Verwendung verknüpft

sind.³ Bei nicht ganz der Hälfte dieses Betrages handelt es sich um Zahlungen an „andere Bereiche“, in der Regel um die institutionelle Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen (z. B. Institute der Helmholtz-, der Fraunhofer-, der Max-Planck- und der Leibnitz-Gesellschaft) und um Projektfördermittel, die an Unternehmen sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gezahlt werden. In Kategorien Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen handelt es sich um Subventionen und Investitionszuschüsse.

³ Die Frage nach der regionalen Inzidenz der Bundesmittel wäre allerdings mit den Zahlen der ersten Wirkungs- runde, der „formalen“ Inzidenz, nicht umfassend beantwortet, denn von den wissenschaftlichen Aktivitäten beim Mittelempfänger sollen ja – was überhaupt erst die Zuständigkeit des Zentralstaates für diese Förderaufgabe rechtfertigt – Wirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft ausstrahlen. Für die Wirkung auf den regionalen Arbeits- märkten wäre aber schon die formale Inzidenz hoch- interessant.

Harte Daten über die regionale Verteilung dieser Mittel liegen aus amtlichen Statistiken nicht vor.⁴

Der Bund leistet aber, wie auch die Länder, nicht nur Transfers, sondern unterhält in erheblichem Umfang auch eigene Forschungseinrichtungen. Die haushaltsrechtliche Einbindung dieser Einrichtungen in die Fiskal des Bundes und der Länder ist vielfältig und reicht vom rechtlich unselbstständigen Regiebetrieb, der mit allen seinen Ausgaben und Einnahmen im Kernhaushalt enthalten ist, bis zur rechtlich selbstständigen Anstalt oder Körperschaft öffentlichen Rechts, die im Haushalt der Gebietskörperschaft nur noch mit dem Zuschussbedarf erscheint, der die Einnahmen und Ausgaben zur Deckung bringt. Die Rechnungsstatistik eignet sich daher nicht, die räumliche Verteilung dieser Einrichtungen des Bundes näher zu untersuchen. Hierzu sei aber auf den noch folgenden Abschnitt über die Statistik der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen verwiesen.

Nimmt man allein die Grundmittel, die die Länder für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen bereitstellen, dann liegt Norddeutschland mit 55 DM je Einwohner und im Jahresdurchschnitt 1994 bis 1996 über dem Betrag von 53 DM für Deutschland insgesamt. Deutlich über dem norddeutschen Durchschnitt liegen die Stadtstaaten Hamburg mit 64 DM und insbesondere Bremen mit 102 DM.

Ausgaben und Drittmittel­einnahmen der Hochschulen

Die Daten, die man zum Thema „Hochschulen“ der Rechnungslegung der Haushalte von Bund und Ländern entnehmen kann, sind im vorherigen Abschnitt präsentiert worden. Für tiefergehende Analysen – etwa nach der Hochschulart oder nach den Fächergruppen der Hochschulen – reichen sie nicht aus. Für die Zwecke der Wissenschaftspolitik und der Hochschulplanung wird daher die Statistik der Hochschul­finanzen geführt. Sie bezieht auch die Einnahmen und Ausgaben der privaten Hochschulen mit ein, die

⁴ Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder rechnet jährlich das Bruttoinlandsprodukt für alle Bundesländer. Die Subventionen und darunter auch die für Forschung und Entwicklung bilden einen Baustein auf dem Rechenweg dorthin. Die Regionalzahlen der Subventionen beruhen auf sorgfältiger Schätzung, sie sind in der fachlichen Tiefe nach Subventionsarten für die Freigabe zur Veröffentlichung nicht abgesichert genug. Die Investitionszuschüsse sind für Sonderrechnungen zu regionalen Sektorkonten des Staates, die sich derzeit im Aufbau befinden, von Bedeutung. Hier gehen die Überlegungen dahin, für die Regionalisierung der Zahlungen des Bundes dessen Haushaltspläne auszuwerten.

in der Jahresrechnung nur mit dem Zuschuss enthalten sind, den sie von den Ländern erhalten. Außerdem werden in die Statistik der Hochschul­finanzen auch diejenigen Hochschulstatistiken einbezogen, die wie die Bundeswehrhochschulen und einige Verwaltungsfachhochschulen in den kamerale Haushalten nicht unter „Hochschulen“ gebucht sind.

Norddeutschland ist Standort von etwa jeder sechsten der insgesamt 378 Hochschulen und Hochschulkliniken in Deutschland. Nimmt man als Maßstab das Ausgabevolumen von nicht ganz 9 Mrd. DM, das Norddeutschlands 20 Universitäten und deren 7 Kliniken, seine 33 Fach- und Verwaltungsfachhochschulen und seine 7 Kunsthochschulen im Jahresmittel 1995 bis 1997 auf sich vereinigen, dann ist Norddeutschland mit Hochschulen anteilmäßig (17,8 %) etwa so ausgestattet, wie es seinem Bevölkerungsanteil von 18,0 % an Deutschland entspricht. Bei den Universitäten liegt Norddeutschland mit 17,1 % der Ausgaben der Jahre 1995 bis 1997 leicht unter diesem Mittel, bei den Fachhochschulen mit 19,8 % etwas darüber.

Auch in der Grobstruktur der Ausgaben springen keine Unterschiede zwischen Deutschland und Norddeutschland ins Auge. Die Personalkosten sind mit 63 % der Hochschulausgaben in Norddeutschland noch etwas gewichtiger als in Deutschland (61 %). Sie fallen allerdings in Niedersachsen mit 67 % nach oben und in Mecklenburg-Vorpommern mit 54 % nach unten abweichend aus. Dies liegt mit daran, dass die Investitionsausgaben, die naturgemäß im Zeitablauf streuen, im Betrachtungszeitraum 1995 bis 1997 in Mecklenburg-Vorpommern mit 19 % der Ausgaben vergleichsweise hoch und in Niedersachsen mit 9 % der Ausgaben vergleichsweise niedrig ausfielen.

Allerdings sind die Hochschulausgaben der Jahre 1995 bis 1997 nach der Hochschulart zwischen den norddeutschen Ländern nicht einheitlich verteilt. So kommen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern nur wegen der Bedeutung ihrer Hochschulkliniken auf einen Anteil an den in Deutschland insgesamt erbrachten Hochschulausgaben, der ihrem Bevölkerungsgewicht entspricht. In beiden Ländern wurde relativ viel Geld für Fachhochschulen und vergleichsweise weniger für Universitäten ausgegeben. Niedersachsens Ausgaben für seine Universitäten und deren Kliniken und für seine Fachhochschulen erreichten 7,4 % des Wertes für Deutschland, also weniger, als seinem Bevölkerungsgewicht nach (9,6 %) zu erwarten wäre. In Bremen und Hamburg dagegen fallen die Hochschulausgaben überproportional aus.

Dass die Stadtstaaten für die Hochschulen mehr Geld ausgaben, als es ihrem Bevölkerungsgewicht

**Ausgaben der Hochschulen im Jahresmittel 1995 bis 1997
nach Ausgabearten, Ländern und ausgewählten Hochschularten**

Hochschulart	Hochschulen 1997	Ausgaben insgesamt		Davon		
	Anzahl	Mill. DM	Anteil an Deutschland	Personal- ausgaben	übrige laufende Ausgaben	Investitions- ausgaben
			%			
Bremen (0,8 %)³						
Hochschulen insgesamt	5	423	0,85	64,5	20,0	15,5
darunter						
Universitäten ¹	1	337	1,56	63,5	19,4	17,0
Fachhochschulen	3	72	1,60	65,7	23,9	10,4
Hamburg (2,1 %)						
Hochschulen insgesamt	10	1 832	3,66	62,5	29,1	8,5
darunter						
Universitäten ¹	4	769	3,55	70,7	23,2	6,1
Hochschulkliniken ²	1	887	3,92	53,2	36,3	10,5
Fachhochschulen	3	131	2,92	72,8	18,7	8,5
Mecklenburg-Vorpommern (2,2 %)						
Hochschulen insgesamt	9	1 220	2,44	54,2	27,1	18,7
darunter						
Universitäten ¹	2	395	1,82	56,3	14,9	28,7
Hochschulkliniken ²	2	682	3,01	54,2	36,4	9,4
Fachhochschulen	4	119	2,65	48,7	13,8	37,6
Niedersachsen (9,6 %)						
Hochschulen insgesamt	28	3 697	7,39	66,5	24,8	8,7
darunter						
Universitäten ¹	10	1 802	8,32	71,4	18,4	10,2
Hochschulkliniken ²	2	1 463	6,46	60,1	35,8	4,1
Fachhochschulen	14	379	8,42	65,7	14,2	20,2
Schleswig-Holstein (3,4 %)						
Hochschulen insgesamt	15	1 711	3,42	59,9	30,5	9,6
darunter						
Universitäten ¹	3	404	1,86	68,2	20,6	11,2
Hochschulkliniken ²	2	1 099	4,85	57,9	36,8	5,3
Fachhochschulen	9	191	4,24	51,9	16,4	31,8
Norddeutschland (18,0 %)						
Hochschulen insgesamt	67	8 883	17,75	62,6	26,8	10,5
darunter						
Universitäten ¹	20	3 707	17,11	68,6	19,4	12,1
Hochschulkliniken ²	7	4 130	18,23	57,1	36,3	6,7
Fachhochschulen	33	892	19,83	61,5	16,0	22,5
Deutschland (100 %)						
Hochschulen insgesamt	378	50 038	100	61,3	27,0	11,8
darunter						
Universitäten ¹	84	21 670	100	67,6	20,3	12,1
Hochschulkliniken ²	37	22 653	100	54,8	35,9	9,3
Fachhochschulen	182	4 496	100	60,5	16,5	23,0

¹ einschließlich Gesamthochschulen, pädagogische und theologische Hochschulen (ohne medizinische Einrichtungen)

² medizinische Einrichtungen der Universitäten und Gesamthochschulen

³ in Klammern: Anteil an der Bevölkerung Deutschlands Ende 1998

Studierende in Norddeutschland Ende 1997 nach dem Land des Studienorts und nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Land des Studienorts	Studenten insgesamt	Darunter mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in ...					
		Bremen	Hamburg	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Schleswig-Holstein	Norddeutschland zusammen (ohne Land des Studienorts)
	Anzahl	%					
Bremen	25 178	44,6	1,4	0,7	28,1	1,7	32,0
Hamburg	66 226	1,3	45,8	1,4	12,3	14,4	29,5
Mecklenburg-Vorpommern	22 663	0,5	1,0	61,1	4,0	2,7	8,2
Niedersachsen	154 056	2,0	2,4	0,6	64,3	3,0	8,0
Schleswig-Holstein	43 871	1,5	5,2	2,0	12,4	55,8	21,1
Norddeutschland	311 994	5,1	11,8	5,3	38,7	12,7	16,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1, Wintersemester 1997/98

entspricht, reflektiert, dass das Angebot an Studienplätzen vergleichsweise hoch ist und auch von vielen Studentinnen und Studenten aus dem norddeutschen Umland in Anspruch genommen wird. So kamen Ende 1997 auf je 1 000 Einwohner in Hamburg 39 und in Bremen 37 Studenten, während es in Niedersachsen 20, in Schleswig-Holstein 16 und in Mecklenburg-Vorpommern 13 waren. Norddeutschland insgesamt erreichte mit 21 Studierenden je 1 000 Einwohner nicht ganz den Durchschnitt in Deutschland von 22. Der Anteil der in Hamburg Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in den unmittelbaren Nachbarländern Schleswig-Holstein oder Niedersachsen erworben hatten, betrug 26 %. In Bremen hatten 28 % der Studierenden ihre Abiturprüfung im Nachbarland Niedersachsen abgelegt. In den drei norddeutschen Flächenländern waren es dagegen lediglich gut 10 % aller Studierenden, die ihr Abitur in einem norddeutschen Nachbarland abgelegt hatten. In Norddeutschland insgesamt waren es über 16 % aller Studenten, die an einer Hochschule Norddeutschlands studierten, aber ihr Abitur in einem anderen norddeutschen Land absolviert hatten.

Für eine tiefergehende Analyse der Hochschulfinanzen muss auch ein Blick auf die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben nach Fächergruppen geworfen werden. Aus der Fülle des finanzstatistischen Materials seien mit den Personalausgaben und den Einnahmen aus Drittmitteln zwei Merkmale ausgewählt, die vielleicht am ehesten die regionale Bedeutung der Hochschulen beleuchten. Die Personalausgaben fallen im Gegensatz zu den übrigen laufenden Ausgaben und den Investitionsausgaben relativ stetig an und kennzeichnen recht gut das Bedeutungsgefüge der Fächergruppen. Die Einnahmen aus Drittmitteln werden üblicherweise als Indikator für

die wissenschaftliche Reputation einer Hochschule gesehen. Sie zeigen auch die Intensität der Verknüpfung mit der Region, wenn man davon ausgeht, dass viele Forschungsaufträge von örtlichen Unternehmen und Einrichtungen erteilt werden. Allerdings sind für die Analyse der ihrem Wesen nach diskontinuierlich anfallenden Drittmittel eigentlich längere Zeitreihen nötig, als sie hier mit begrenztem Aufwand geboten werden können.

An den Hochschulen Norddeutschlands, insbesondere in allen seinen drei Flächenländern, sind die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Fächergruppen Kunst/Kunstwissenschaft und Sport – gemessen an den Personalausgaben und in Relation zur Bevölkerung – unterrepräsentiert. Einen deutlichen Schwerpunkt dagegen bietet Norddeutschland für die Veterinärmedizin. Den Personalausgaben zufolge wird derzeit fast jeder vierte Tierarzt in Norddeutschland ausgebildet, genauer gesagt in Niedersachsen, denn das Studium der Veterinärmedizin wird von den anderen vier norddeutschen Ländern nicht angeboten. Die niedersächsische Veterinärmedizin konnte im Jahresmittel 1996 und 1997 die Hälfte aller Drittmiteleinnahmen in Deutschland für diese Fächergruppe auf sich vereinigen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet Norddeutschland für die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, wobei es naturgemäß die drei Flächenländer sind, die für diese Fächergruppe das Angebot tragen. In Bremen ist das Studium der Landwirtschaft nicht möglich, in Hamburg ist in dieser Fächergruppe nur der Lehr- und Forschungsbereich „Ernährungs- und Haushaltswissenschaften“ besetzt.

Die Drittmiteleinnahmen der norddeutschen Hochschulen zusammen lagen im Jahresmittel 1996 und

**Personalausgaben und Drittmitteleinnahmen der Hochschulen im
Jahresdurchschnitt 1996 und 1997 nach Ländern und ausgewählten Fächergruppen**

Land ¹ Ausgewählte Fächergruppe	Personalausgaben			Drittmitteleinnahmen		
	Mill. DM	Anteil an ... in %		Mill. DM	Anteil an ... in %	
		Norddeutschl.	Deutschland		Norddeutschl.	Deutschland
Bremen (4,5 %; 0,8 %)	279,9	5,0	0,90	85,7	9,9	1,87
darunter						
Sprach- und Kulturwissenschaften	31,1	8,9	1,36	9,2	30,1	3,57
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	32,3	9,0	1,51	9,6	28,3	5,26
Mathematik, Naturwissenschaften	65,9	9,6	1,60	36,4	18,1	2,93
Ingenieurwissenschaften	62,0	8,8	1,73	23,9	10,7	2,11
Hamburg (11,5 %; 2,1 %)	1 155,8	20,5	3,72	144,4	16,6	3,15
darunter						
Sprach- und Kulturwissenschaften	101,4	28,9	4,44	2,1	6,8	0,81
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	87,6	24,5	4,09	2,0	5,9	1,10
Mathematik, Naturwissenschaften	165,7	24,0	4,02	27,8	13,8	2,24
Humanmedizin	482,6	20,3	3,83	29,8	18,4	2,95
Ingenieurwissenschaften	153,2	21,9	4,27	35,1	15,8	3,10
Kunst, Kunstwissenschaft	31,2	27,0	4,39	0,1	5,2	0,73
Mecklenburg-Vorpommern (12,2 %; 2,2 %)	670,8	11,9	2,16	56,9	6,6	1,24
darunter						
Sprach- und Kulturwissenschaften	36,8	10,5	1,61	2,1	7,0	0,83
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	30,2	8,5	1,41	1,7	5,2	0,96
Mathematik, Naturwissenschaften	73,0	10,6	1,77	20,7	10,2	1,67
Humanmedizin	374,9	15,7	2,97	19,2	11,8	1,90
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	14,6	11,0	2,41	1,7	4,1	1,21
Ingenieurwissenschaften	57,3	8,2	1,60	7,6	3,4	0,67
Niedersachsen (53,1 %; 9,6 %)	2 492,7	44,3	8,03	429,6	49,5	9,38
darunter						
Sprach- und Kulturwissenschaften	139,1	39,6	6,09	13,5	44,3	5,26
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	160,1	44,9	7,47	10,9	32,3	6,00
Mathematik, Naturwissenschaften	301,5	43,7	7,32	95,7	47,5	7,71
Humanmedizin	886,4	37,2	7,03	78,4	48,4	7,77
Veterinärmedizin	47,0	100,0	24,28	10,6	100,0	50,73
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	86,5	64,8	14,23	31,0	72,8	21,53
Ingenieurwissenschaften	366,4	52,3	10,20	146,1	65,5	12,91
Kunst, Kunstwissenschaft	52,2	45,2	7,35	1,6	63,0	8,84
Schleswig-Holstein (18,7 %; 3,4 %)	1 031,5	18,3	3,32	152,0	17,5	3,32
darunter						
Sprach- und Kulturwissenschaften	42,8	12,2	1,87	3,6	11,9	1,41
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	46,8	13,1	2,18	9,5	28,3	5,25
Mathematik, Naturwissenschaften	83,1	12,1	2,02	21,0	10,4	1,70
Humanmedizin	638,3	26,8	5,06	34,8	21,4	3,45
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	26,6	19,9	4,38	8,9	20,8	6,16
Ingenieurwissenschaften	62,1	8,9	1,73	10,2	4,6	0,90

¹ in Klammern: Anteil an der Bevölkerung Norddeutschlands und Deutschlands Ende 1998

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.5, Finanzen der Hochschulen*

Noch: **Personalausgaben und Drittmitteleinnahmen der Hochschulen im Jahresdurchschnitt 1996 und 1997 nach Ländern und ausgewählten Fächergruppen**

Land ¹ Ausgewählte Fächergruppe	Personalausgaben			Drittmitteleinnahmen		
	Mill. DM	Anteil an ... in %		Mill. DM	Anteil an ... in %	
		Norddeutschl.	Deutschland		Norddeutschl.	Deutschland
Norddeutschland (100 %; 18,0 %)	5 630,7	100	18,14	868,7	100	18,97
davon						
Sprach- und Kulturwissenschaften	351,0	100	15,38	30,5	100	11,87
Sport	18,9	100	10,60	0,4	100	2,14
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	356,9	100	16,65	33,8	100	18,57
Mathematik, Naturwissenschaften	689,3	100	16,74	201,6	100	16,25
Humanmedizin	2 382,3	100	18,89	162,1	100	16,07
darunter						
zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken	699,6	100	27,43	65,1	100	46,18
Veterinärmedizin	47,0	100	24,28	10,6	100	50,73
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	133,6	100	21,98	42,5	100	29,56
Ingenieurwissenschaften	701,0	100	19,52	222,8	100	19,70
Kunst, Kunstwissenschaft	115,4	100	16,26	2,6	100	14,03
Zentrale Einrichtungen (je ohne Kliniken)	835,2	100	18,14	161,7	100	28,94

¹ in Klammern: Anteil an der Bevölkerung Norddeutschlands und Deutschlands Ende 1998

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.5, Finanzen der Hochschulen*

1997 mit 827 Mill. DM etwas über dem der Bevölkerungszahl nach zu erwartenden Betrag. In Mecklenburg-Vorpommern allerdings sind die Drittmitteleinnahmen 1996/1997 vergleichsweise gering. Neben der bereits genannten Veterinärmedizin gelang es auch der norddeutschen Agrarwissenschaft, sich relativ beachtliche Einnahmen aus der Drittmittelforschung zu sichern. Vom Volumen her sind allerdings die Drittmittel der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften und die der Ingenieurwissenschaften mit zusammen mehr als der Hälfte aller norddeutschen Drittmitteleinnahmen weitaus bedeutender. Bei der Humanmedizin und insbesondere den Hochschulkliniken sind die Personalausgaben der norddeutschen Hochschulen ebenso wie die Drittmittel relativ wie absolut beachtlich.

Öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen

Auf die Statistik der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen ist bereits weiter vorn hingewiesen worden. Sie vereint eine von der fachlichen Ausrichtung her bunte Vielfalt von Forschungseinrichtungen des Bundes und der Länder, von rechtlich selbstständigen Instituten an Hochschulen und von solchen Einheiten, die fachlich korrekt, aber etwas spröde rechtlich selbstständige Organisationen ohne Erwerbzweck genannt werden. In diesen Einrichtun-

gen wird teils hochspezialisierte Forschung betrieben, häufig den Focus für ganz Deutschland bildend. Sie werden üblicherweise nach ihren Mittelgebern klassifiziert und in ihrer Bedeutung am Volumen ihrer Ausgaben gemessen. Im Jahresmittel 1994 bis 1997 gaben alle diese Einrichtungen in Deutschland zusammen 16 Mrd. DM aus. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf jene Einrichtungen, die wie die Institute der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft und die Einrichtungen der Großforschung und der sogenannten „Blauen Liste“ von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden. Die Forschungsanstalten des Bundes machten vom Ausgabevolumen 1994 bis 1997 her die mit 18 % zweitgrößte Gruppe dieser Einrichtungen aus. Die allein von den Ländern, zum kleinen Teil auch von den Kommunen finanzierten Einrichtungen sind demgegenüber weniger bedeutend. Auf sie entfiel lediglich knapp eine Mrd. DM.

Wegen des hohen Anteils der Mischfinanzierung beantwortet das Zahlenmaterial für 1994 bis 1997 die naheliegende Frage, ob Norddeutschland einen in der Verwendung der Bundesmittel angemessenen Anteil an den wissenschaftlichen Einrichtungen hat, nicht erschöpfend. Die Frage nach den Mittelgebern der Zuweisungen und Zuschüsse, die den größten Teil der Einnahmen der meisten Einrichtungen ausmachen, wird in der Statistik der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen nur alle vier Jahre gestellt. Dies war zuletzt 1997 der Fall. Die Veröffent-

Ausgaben der wissenschaftlichen Einrichtungen des öffentlichen Sektors im Jahresmittel 1994 bis 1997 nach Ländern und Wissenschaftszweigen

Wissenschaftszweig	Bremen	Hamburg	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Schleswig-Holstein	Norddeutschland	Deutschland
	Mill. DM						
Naturwissenschaften	137	507	127	699	215	1 684	7 110
Ingenieurwissenschaften	45	18	11	530	23	652	4 126
Humanmedizin	.	38	.	66	.	148	1 027
Agrarwissenschaften	.	34	.	174	.	275	1 176
Geisteswissenschaften	21	15	11	128	30	217	1 907
Sozialwissenschaften	4	49	.	25	.	110	759
Insgesamt	226	677	197	1 622	363	3 087	16 106
	Anteil an Deutschland in %						
Naturwissenschaften	1,9	7,1	1,8	9,8	3,0	23,7	100
Ingenieurwissenschaften	1,1	0,4	0,3	12,9	0,6	15,8	100
Humanmedizin	.	3,7	.	6,4	.	14,5	100
Agrarwissenschaften	.	2,9	.	14,8	.	23,4	100
Geisteswissenschaften	1,1	0,8	0,6	6,7	1,6	11,4	100
Sozialwissenschaften	0,5	6,5	.	3,3	.	14,5	100
Insgesamt	1,4	4,2	1,2	10,1	2,3	19,2	100

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.6

lichung des Statistischen Bundesamtes⁵ weist aus, dass von den 1997 geleisteten 13,9 Mrd. DM Zuschüssen und Zuweisungen an öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung 8,5 Mrd. DM vom Bund und 4,1 Mrd. DM von den Ländern stammen. Wohin – regional gesehen – die Gelder des Bundes geflossen sind und welche Länder wie viel geleistet haben, geht aus der Tabelle leider nicht hervor.

Die Tabellen der Statistik über die wissenschaftlichen Einrichtungen des öffentlichen Sektors enthalten für die Länderzahlen Punkte, wenn die statistische Geheimhaltung wegen zahlenmäßig zu schwacher Besetzung nicht gewährleistet ist. Im Folgenden werden für einen groben Überblick zunächst die Gesamtausgaben dieser Einrichtungen nach dem Wissenschaftszweig und nach Ländern betrachtet.

Auf die Einrichtungen in Norddeutschland entfiel mit etwa drei Mrd. DM nicht ganz ein Fünftel aller Ausgaben der wissenschaftlichen Einrichtungen des öffentlichen Sektors in Deutschland im Jahresmittel 1994

bis 1997. Dies ist dem Bevölkerungsanteil Norddeutschlands adäquat. In Deutschland wurde nicht ganz jede zweite DM (44 %) dieser Einrichtungen für die Naturwissenschaften ausgegeben, in Norddeutschland sogar deutlich über die Hälfte (55 %). Bei den Ausgaben für den zweitbedeutendsten Wissenschaftszweig, die Ingenieurwissenschaften, ist Norddeutschland mit einem Anteil an Deutschland von 16 % allerdings weniger stark vertreten. Dies gilt mit Ausnahme der Agrarwissenschaften auch für die übrigen Wissenschaftszweige.

Während Norddeutschland insgesamt einen seiner Bevölkerung nach angemessenen Part an öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung beheimatet, gilt der Regionalproporz für seine fünf Länder nur bedingt. Die Einrichtungen in den beiden Stadtstaaten weisen ein relativ hohes Ausgabevolumen auf, während Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern unter ihrem bevölkerungsproportionalen Anteil blieben. Der hohe Anteil von Hamburg und Bremen reflektiert, dass dort einige bedeutende Großforschungseinrichtungen und Blaue-Liste-Institute ansässig sind.

Der Proporz innerhalb Norddeutschlands erscheint eher gewahrt, wenn man statt der Ausgaben insgesamt nur die für das Personal und die Zahl der Ar-

⁵ Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 3.6, Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Wiesbaden 1999

Personalausgaben und Personal der wissenschaftlichen Einrichtungen des öffentlichen Sektors im Jahresmittel 1994 bis 1997 nach Ländern und Einrichtungsgruppen

Land ¹	Personalausgaben		Personal (Vollzeitäquivalent)			
	Mill. DM	Anteil an Deutschland in %	insgesamt		dar. für Forschung und Entwicklung	
			Anzahl	Anteil an Deutschland in %	Anzahl	Anteil an Deutschland in %
Bremen (0,8 %)						
Öffentliche Einrichtungen
Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte Einrichtungen	53	1,2	586	1,2	576	1,2
Sonst. öffentl. geförderte Organisationen ohne Erwerbszweck	32	2,9	308	2,5	269	2,7
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen
Insgesamt	93	1,1	1 005	1,0	867	1,2
Hamburg (2,1 %)						
Öffentliche Einrichtungen
Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte Einrichtungen	196	4,5	2 228	4,5	2 122	4,5
Sonst. öffentl. geförderte Organisationen ohne Erwerbszweck	19	1,7	149	1,2	184	1,8
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen
Insgesamt	354	4,2	4 252	4,2	2 880	3,9
Mecklenburg-Vorpommern (2,2 %)						
Öffentliche Einrichtungen	52	2,4	731	2,6	469	3,5
Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte Einrichtungen	49	1,1	614	1,2	614	1,3
Sonst. öffentl. geförderte Organisationen ohne Erwerbszweck	9	0,8	82	0,7	78	0,8
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen	7	1,0	90	0,8	19	0,5
Insgesamt	112	1,3	1 487	1,5	1 136	1,5
Niedersachsen (9,6 %)						
Öffentliche Einrichtungen	326	14,9	4 170	14,7	2 346	17,7
Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte Einrichtungen	354	8,1	3 901	7,9	3 518	7,4
Sonst. öffentl. geförderte Organisationen ohne Erwerbszweck	97	8,7	1 117	9,1	797	7,9
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen	48	6,6	794	7,3	202	5,8
Insgesamt	824	9,9	9 982	9,9	6 862	9,2
Schleswig-Holstein (3,4 %)						
Öffentliche Einrichtungen	49	2,2	593	2,1	516	3,9
Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte Einrichtungen	138	3,2	1 628	3,3	1 600	3,4
Sonst. öffentl. geförderte Organisationen ohne Erwerbszweck	15	1,4	170	1,4	166	1,7
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen	9	1,2	72	0,7	9	0,3
Insgesamt	210	2,5	2 478	2,5	2 304	3,1
Norddeutschland (18,0 %)						
Öffentliche Einrichtungen
Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte Einrichtungen	789	18,1	8 957	18,2	8 429	17,7
Sonst. öffentl. geförderte Organisationen ohne Erwerbszweck	156	14,1	1 721	14,0	1 347	13,4
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen
Insgesamt	1 594	19,1	19 203	19,1	14 049	18,9
Deutschland (100 %)						
Öffentliche Einrichtungen	2 186	100	28 334	100	13 262	100
Gemeinsam von Bund und Ländern geförderte Einrichtungen	4 356	100	49 221	100	47 605	100
Sonst. öffentl. geförderte Organisationen ohne Erwerbszweck	1 106	100	12 274	100	10 033	100
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen	718	100	10 857	100	3 491	100
Insgesamt	8 366	100	100 685	100	74 391	100

¹ in Klammern: Anteil an der Bevölkerung Deutschlands Ende 1998
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.6

beitsplätze selbst nimmt. Die Personalausgaben machen für Norddeutschland etwas mehr als die Hälfte aller Ausgaben aus. Der Betrag von immerhin 1,6 Mrd. DM deckt etwa 19 000, auf Vollzeitäquivalente umgerechnete Arbeitsplätze ab, von denen mindestens jene 14 000, die für Forschung und Entwicklung eingerichtet sind, hochqualifiziert und für den regionalen Arbeitsmarkt besonders bedeutsam sind.

Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft

Das System der unternehmensbezogenen Wirtschaftsstatistiken wird derzeit innerhalb der Europäischen Union harmonisiert und in manchen Aspekten gegenüber dem bisherigen deutschen Standard ausgeweitet. In den ab 1999 auch in Deutschland zu führenden Statistiken zur Unternehmensstruktur im Produzierenden Gewerbe werden auch Daten über die Aufwendungen für innerbetriebliche Forschung und Entwicklung (FuE⁶) und über das FuE-Personal erhoben. Die derzeit noch wichtigste Quelle für FuE-Daten der Wirtschaft liefert der Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH, der alle zwei Jahre auf freiwilliger Basis eine Totalerhebung bei den Unternehmen durchführt, die FuE betreiben.⁷ In die Erhebung werden Unternehmen sowie Institutionen der Gemeinschaftsforschung und Verbände einbezogen, von denen angenommen wird, dass sie Forschung und Entwicklung betreiben. Für 1995 meldeten nicht ganz 18 000 Unternehmen und 352 Institutionen der Gemeinschaftsforschung. FuE-Aufwendungen hatten nicht ganz 11 000 der Unternehmen und 146 der Institutionen der Gemeinschaftsforschung.⁸ Die Institute der Gemeinschaftsforschung sind nicht die im vorigen Abschnitt dargestellten öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen, sondern jene, die sich in der Arbeitsgemeinschaft industrielle Forschungsvereinigung zusammengeschlossen haben und zum Unternehmenssektor rechnen. Einige von ihnen vermitteln lediglich Forschung und haben daher

keine eigenen Aufwendungen für FuE. Dies gilt insbesondere für einige Wirtschaftsverbände, die auch Mitglied dieser Arbeitsgemeinschaft sind.

Der Stifterverband führt die Erhebung schon seit vielen Jahren im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durch. Zu den befragten Unternehmen gehören auch halböffentliche und öffentliche, soweit sie überwiegend Güter und Dienste verkaufen. Dies entspricht der sektoralen Abgrenzung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Der Stifterverband unterscheidet in seiner Erhebung interne und externe Aufwendungen. Interne Aufwendungen sind Personalausgaben und Sachkäufe (auch Investitionen) für die eigene Forschung und Entwicklung, auch soweit sie im Auftrag für andere ausgeführt wird. Externe Aufwendungen stehen für Käufe von FuE-Dienstleistungen bei anderen. Von den 59 Mrd. DM, die der Wirtschaftssektor 1995 für Forschung und Entwicklung aufwendete, entfielen über 52 Mrd. DM auf die internen Aufwendungen. Diese internen Aufwendungen sind Objekt der weiteren Betrachtung.

Der Stifterverband regionalisiert die Daten der Unternehmen mit mehreren Betrieben näherungsweise über die Personalanteile der einzelnen Standorte, so dass auch Zahlen für Bundesländer verfügbar sind, derzeit allerdings nicht aktueller als für 1995.

Die Zahlen des Stifterverbandes lassen auf den ersten Blick vermuten, dass die Wirtschaft Norddeutschlands dabei wäre, den Anschluss an den technischen Fortschritt in Deutschland zu verpassen,

Interne FuE-Aufwendungen und Personal für FuE in der Wirtschaft 1995 nach Ländern

Land ¹	Aufwendungen		Personal	
	in Mill. DM	Anteil an Deutschland in %	Anzahl	Anteil an Deutschland in %
Bremen (0,8 %)	740	1,4	3 477	1,2
Hamburg (2,1 %)	1 420	2,7	7 312	2,6
Mecklenburg-Vorpommern (2,2 %)	104	0,2	1 018	0,4
Niedersachsen (9,6 %)	3 235	6,2	18 383	6,5
Schleswig-Holstein (3,4 %)	512	1,0	3 272	1,2
Norddeutschland (18,0 %)	6 011	11,5	33 462	11,8
Deutschland (100 %)	52 449	100	283 316	100

¹ in Klammern: Anteil an der Bevölkerung Deutschlands Ende 1998
Quelle: Stifterverband (WISSENSCHAFTSSTATISTIK GMBH)

⁶ Das Akronym „FuE“ wird gern verwendet, um deutlich zu machen, dass es nicht etwa ins Belieben gestellt ist, wie weit die beiden Begriffe Forschung und Entwicklung inhaltlich gefasst werden, sondern dass dahinter eine international vereinbarte Definition steht, nämlich die des sogenannten Frascati Manual der OECD von 1993. Demnach ist das Hauptkriterium für die Abgrenzung von FuE gegenüber verwandten Tätigkeiten, dass ein nennenswertes Element von Weiterentwicklung vorhanden ist. Siehe hierzu Brugger und Hetmeier, a. a. O., S. 200 sowie Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.6

⁷ WISSENSCHAFTSSTATISTIK GMBH im Stifterverband für die Deutsche Wirtschaft, Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1995 bis 1997, Bericht über die FuE-Erhebung 1995

⁸ WISSENSCHAFTSSTATISTIK GMBH, a. a. O., S. 31

denn nur in den beiden Stadtstaaten wird für Forschung und Entwicklung so viel ausgegeben und so viel an Arbeitsplätzen vorgehalten, wie es dem Bevölkerungsanteil an Deutschland entspricht. In den drei Flächenländern wie auch in Norddeutschland insgesamt wird dagegen dieser Anteil bei weitem nicht erreicht. Dies ist jüngst auch in einer Studie, die sich intensiv des Datenmaterials des Stifterverbandes bedient, thematisiert worden. In dieser Studie heißt es, dass in aller Regel dort innoviert werde, wo zuerst produziert wird, und dort zuerst produziert werde, wo auch geforscht und entwickelt wird. Die Innovationspotentiale seien sehr stark im Süden und Südwesten Deutschlands konzentriert. Im Norden würden Bremen, Hamburg und die Raumordnungsregion Braunschweig – zu ihr rechnet auch Wolfsburg⁹ – die höchsten Anteile des FuE-Personals an den Industriebeschäftigten aufweisen. Braunschweig wird, zusammen mit Ingolstadt, mit der Spezialisierung auf den Automobilbau sogar ein signifikantes Wachstum attestiert, das dem generellen Trend in Deutschland, wonach FuE-Kapazitäten abgebaut werden, entgegenlaufe.¹⁰

Die Vermutung, dass der Norden Deutschlands insgesamt innovationsschwach wäre, könnten auch die Zahlen der Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt 1995 und 1996 nahelegen. Dieser Output-Indikator für Erfindertätigkeit und letztlich für Forschung und Entwicklung fällt in seinem Anteil an Deutschland sogar für die beiden Stadtstaaten geringer aus, als es ihrem Bevölkerungsgewicht entspricht.¹¹

Die Vermutung, in Norddeutschland würde nicht genügend für Forschung und Entwicklung getan, wäre insofern unzutreffend, als die Wirtschaftsstruktur Norddeutschlands sich erheblich von der Deutschlands unterscheidet und auch innerhalb Norddeutschlands keineswegs einheitlich ist. Die Wirtschaftsstruktur ist nämlich ein für die Intensität von FuE entscheidender Bestimmungsfaktor. So entfielen 1995 in Deutschland 95 % der internen FuE-Aufwendungen auf das Verarbeitende Gewerbe, also auf einen Wirtschaftsbereich, der gemessen an der Wertschöpfung nur etwa ein Viertel der Gesamtwirtschaft in Deutschland ausmacht. In Norddeutschland und hier insbesondere in seinen Flächenländern Schleswig-Holstein und

Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt im Jahresmittel 1995 bis 1997 nach Ländern

Land	Patent-anmeldungen	Zum Vergleich: Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes 1996 ^a		
		Anteil in %		
	Anzahl	an Deutschland	an allen Wirtschaftsbereichen	
Bremen	153	0,4	1,0	21,3
Hamburg	833	2,0	2,5	15,9
Mecklenburg-Vorpommern	172	0,4	0,6	10,3
Niedersachsen	2 613	6,2	8,1	22,8
Schleswig-Holstein	588	1,4	2,4	19,1
Norddeutschland	4 360	10,3	14,6	19,7
Deutschland	42 185	100	100	24,5

a unbereinigte Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes Herbst 1998
 Quellen: Deutsches Patentamt, Jahresbericht 1997;
 www.deutsches-patentamt.de;
 Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Mecklenburg-Vorpommern und in der Handelsmetropole Hamburg ist das Verarbeitende Gewerbe aber schwächer vertreten als im Durchschnitt Deutschlands. Hinzu kommt, dass innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes der drei Flächenländer das Ernährungsgewerbe und andere, ebenfalls nicht sehr FuE- oder patentträchtige Wirtschaftszweige ein vergleichsweise hohes Gewicht haben, während FuE-intensive Bereiche wie die Chemie, der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und die Elektrotechnik in Norddeutschland nur punktuell – z. B. in Wolfsburg – stark vertreten sind.

Setzt man die in der Forschung und Entwicklung tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Relation zu allen Beschäftigten und stört sich nicht daran, dass Vollzeitäquivalente auf Personen, die auch teiltzeitbeschäftigt sein können, bezogen werden, dann liegt Norddeutschland schon deutlich näher am Mittelwert für das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland insgesamt. Während im Bundesdurchschnitt 4,0 % der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in der innerbetrieblichen Forschung und Entwicklung tätig sind, sind es in Hamburg sogar 6,0 % und in Bremen immerhin 4,4 %. Für Norddeutschland insgesamt errechnete sich ein Wert von 3,3 %. Die ersten drei der ausgewählten Wirtschaftszweige sind die in Deutschland FuE-intensivsten. Dort, wo sie in Norddeutschland besonders zahlreich mit FuE-Personal vertreten sind – nämlich im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau in Niedersachsen und in Hamburg – ist auch die

⁹ Der Norddeutsche Rundfunk (NDR 4) meldete am 22.09.1999, dass das Volkswagenwerk allein für Forschung und Entwicklung 9 000 Mitarbeiter beschäftige.
¹⁰ Breise, M. und B. Gehrke, H. Legler, Attraktivität Deutschlands und seiner Regionen für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, in: Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1.1999, S. 35 ff.
¹¹ Deutsches Patentamt, Jahresbericht 1997; www.deutsches-patentamt.de

FuE-Personal in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes 1995 nach Ländern

Ausgewählter Wirtschaftszweig ¹	Bremen	Hamburg	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Schleswig-Holstein	Norddeutschland	Deutschland
Anzahl (Vollzeitäquivalente)							
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	3 109	6 959	763	17 413	3 002	31 246	264 945
Darunter							
Chemische Industrie usw., Mineralölverarb.	63	1 371	26	1 727	222	3 409	49 832
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau usw.	2 439	3 537	490	10 404	1 371	18 241	111 759
Elektrotechnik	415	1 106	86	3 201	469	5 277	76 260
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	141	437	36	60	93	767	2 696
Anteil an Deutschland in %							
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1,17	2,63	0,29	6,57	1,13	11,79	100
Darunter							
Chemische Industrie usw., Mineralölverarb.	0,13	2,75	0,05	3,47	0,45	6,84	100
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau usw.	2,18	3,16	0,44	9,31	1,23	16,32	100
Elektrotechnik	0,54	1,45	0,11	4,20	0,62	6,92	100
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	5,23	16,21	1,34	2,23	3,45	28,45	100
Zum Vergleich: Relation zu den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (Betriebe am 30.9)² in %							
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	4,4	6,0	1,5	3,1	2,0	3,3	4,0
Darunter							
Chemische Industrie usw., Mineralölverarb.	·	7,3	4,7	5,8	1,7	·	8,9
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau usw.	·	7,2	2,3	4,2	2,6	·	4,0
Elektrotechnik	·	6,5	2,4	5,4	1,9	·	8,1
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	1,1	3,5	0,3	0,1	0,4	0,6	0,5

¹ Systematik der Wirtschaftszweige 1979

^a Hilfsweise umgeschlüsselt von der Wirtschaftszweigsystematik 1993 auf die von 1979

Quelle: Stifterverband, S. 30*

Ausgaben und Personal für FuE in der Wirtschaft, in den Hochschulen und in den öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen zusammen 1995 nach Ländern

Land	Ausgaben			Personal (Vollzeitäquivalente)	
	Mill. DM	Anteil an Deutschland	Anteil am Bruttoinlandsprodukt ¹	Anzahl	Anteil an Deutschland
		%			%
Bremen	1 140	1,4	2,9	5 474	1,2
Hamburg	2 411	3,0	1,8	13 532	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	487	0,6	1,1	4 067	0,9
Niedersachsen	5 422	6,8	1,8	33 270	7,2
Schleswig-Holstein	1 249	1,6	1,2	8 252	1,8
Norddeutschland	10 709	13,5	1,7	64 595	14,1
Deutschland	79 520	100	2,3	459 138	100

¹ 1995 zu Marktpreisen, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes Herbst 1998

Quelle: Stifterverband (WISSENSCHAFTSSTATISTIK GmbH), Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Relation zu allen Beschäftigten über dem deutschen Durchschnitt dieses Wirtschaftszweiges. Für die nächstfolgenden Zweige in der Häufigkeitsverteilung, die Elektrotechnik und die Chemie/Mineralölverarbeitung in Niedersachsen und Hamburg, gilt dies allerdings nicht. Die Zahlen der drei großen ausgewählten Wirtschaftszweige müssen für Bremen und damit auch für Norddeutschland aus Gründen der statistischen Geheimhaltung der Gesamtbeschäftigtenzahlen ungenannt bleiben.

Der Befund muss also differenzierter ausfallen. Die Wirtschaft in Norddeutschland ist nicht weniger innovativ ausgerichtet als im Rest der Republik, sondern die Wirtschaftszweige, deren Charakteristikum intensive Forschung und Entwicklung ist, sind in Norddeutschland unterproportional vertreten. Diese Facette der Wirtschaftsstruktur ist es, die Anlass zur Sorge geben mag, ob Norddeutschland in der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung auch zukünftig noch mit dem Bund Schritt halten kann.

Die vergleichsweise geringere Bedeutung der Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft Norddeutschlands wirkt sich auch in der Gesamtbilanz aus, die man für die FuE-Ausgaben und das FuE-Personal der drei Bereiche

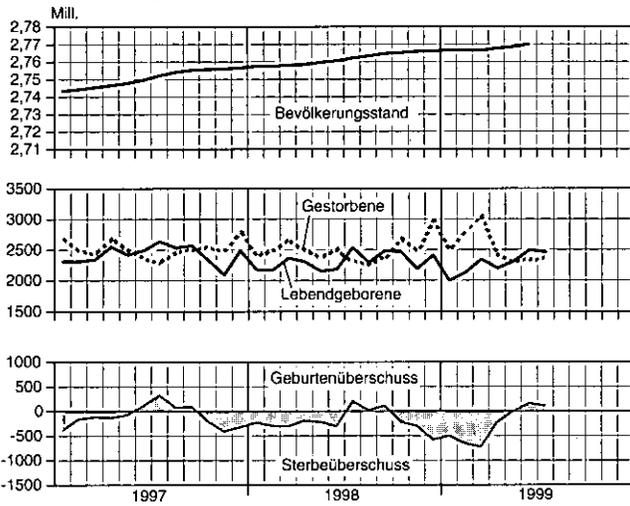
- Hochschulen,
- öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen der Forschung und Entwicklung und
- die Wirtschaft

ziehen kann. Für diese drei Bereiche zusammengekommen waren die Ausgaben für Forschung und Entwicklung 1995 in den drei norddeutschen Flächenländern und in Norddeutschland insgesamt unterproportional vertreten. In Relation zum regionalen Bruttoinlandsprodukt war dies vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein der Fall, während die Hansestadt Bremen mit fast 3 % deutlich über dem Durchschnitt Deutschlands lag.

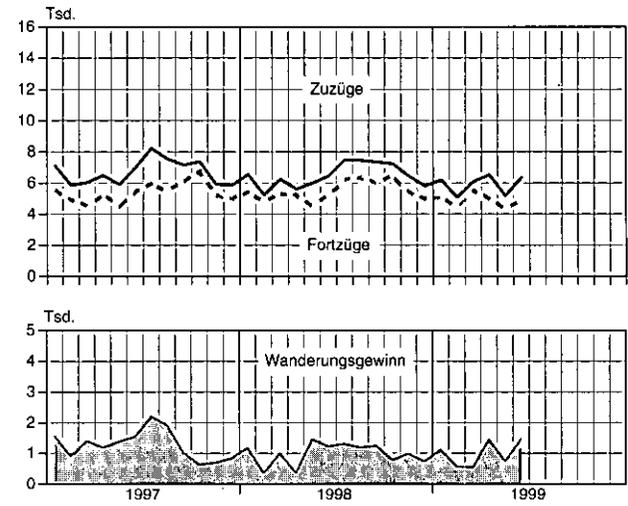
Bernd Struck

109901 Stat.LA S-H

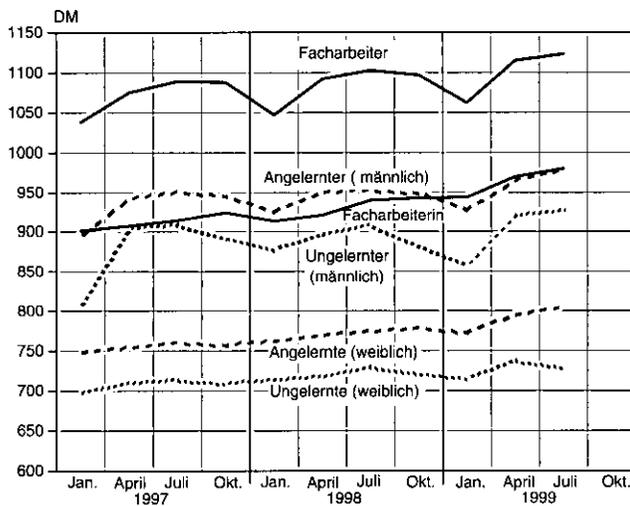
Bevölkerungsstand



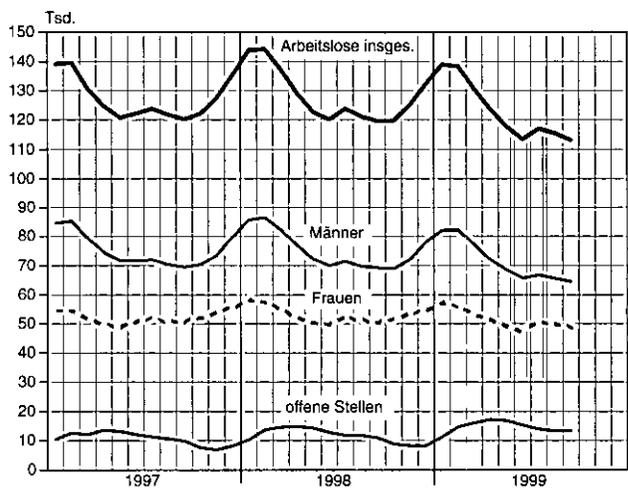
Bevölkerungsveränderung



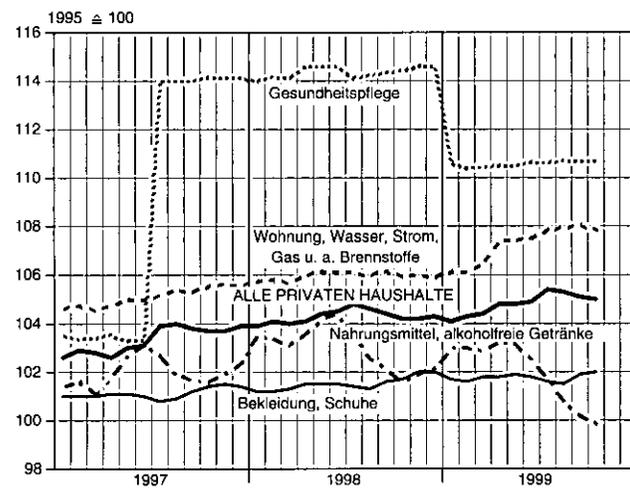
Bruttowochenverdienste



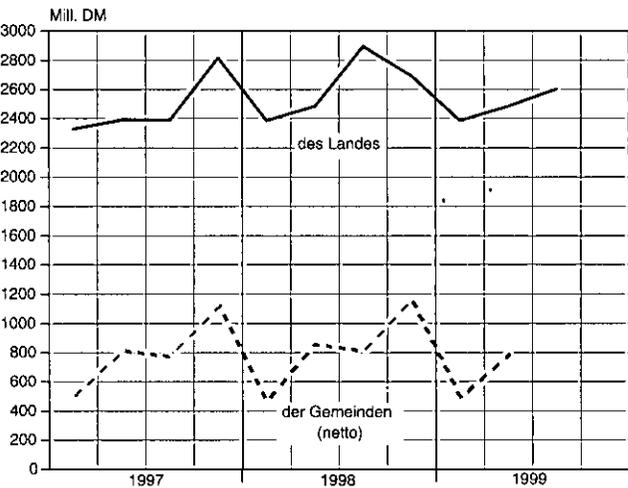
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

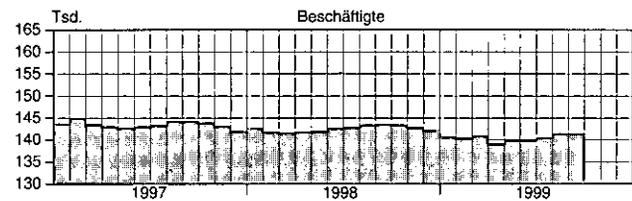
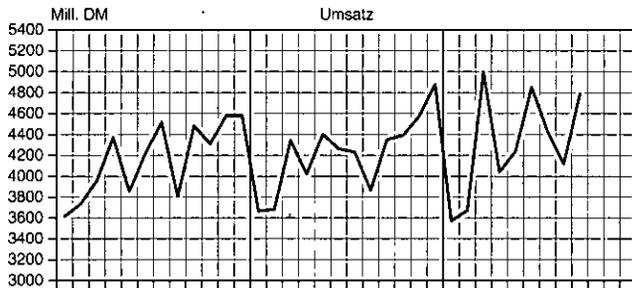


Steuereinnahmen

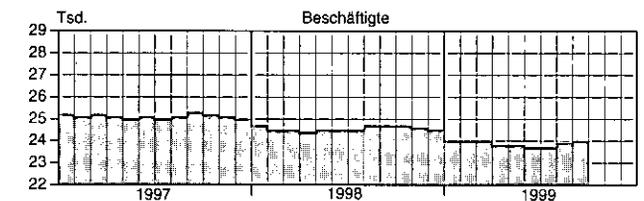
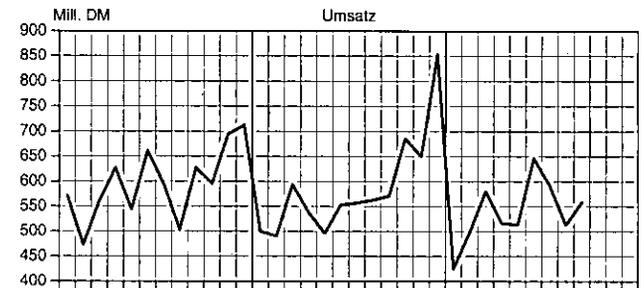


Verarbeitendes Gewerbe

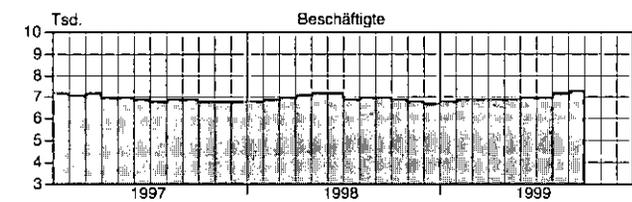
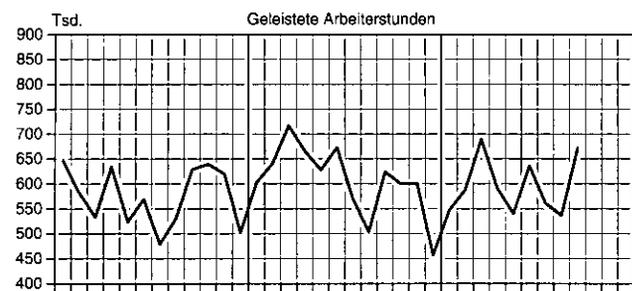
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



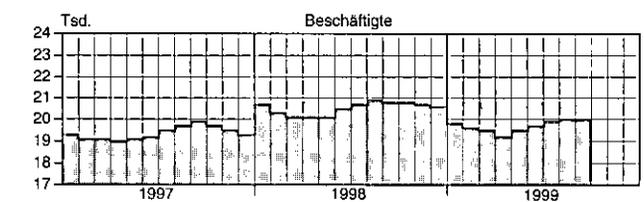
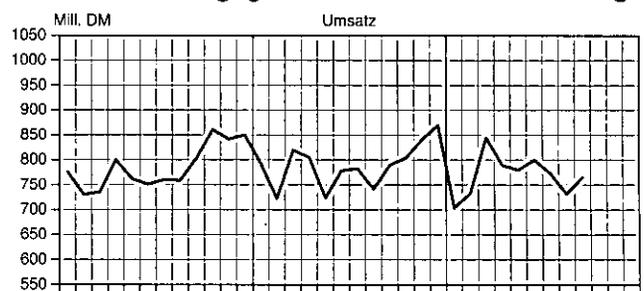
darunter Maschinenbau



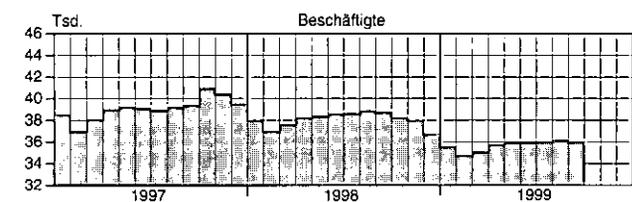
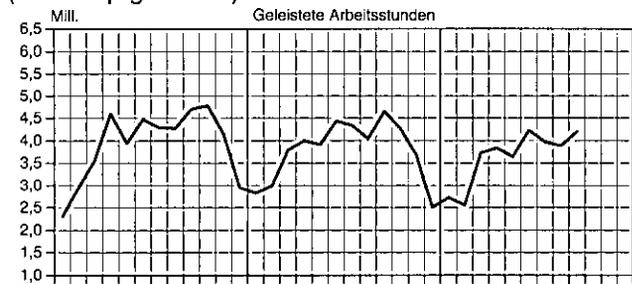
darunter Schiffbau



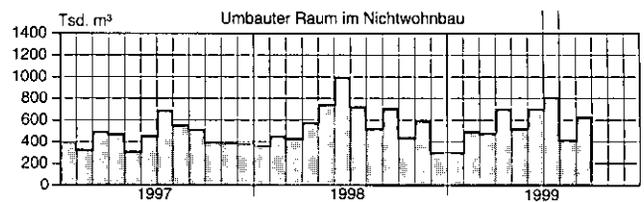
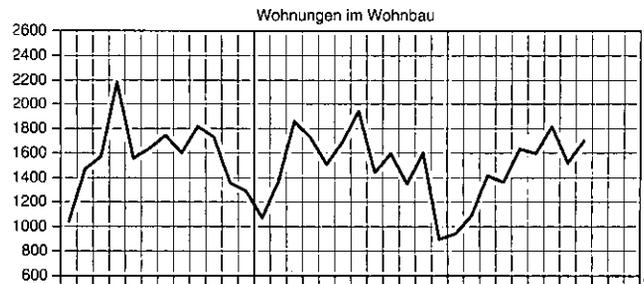
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung

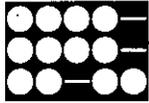


Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Erweiterte Kreiszahlen</i>	12
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	16

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		August 1999		Januar bis August 1999	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	2 907	+ 44,4	2 834	+ 31,3
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	141	- 1,4	140	- 1,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	11	- 0,1	11	- 2,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	726	+ 3,5	727	+ 0,5
darunter Lohnsumme	Mill. DM	378	+ 3,2	369	- 0,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 117	+ 6,5	4 233	+ 4,2
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 956	+ 9,0	2 901	+ 1,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 161	+ 0,6	1 332	+ 10,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige			+ 14,6		+ 6,3
aus dem Inland			+ 6,7		- 0,4
aus dem Ausland			+ 28,4		+ 15,8
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	36	- 7,0	36	- 6,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	- 3,9	4	- 5,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	148	- 2,0	136	- 5,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	544	- 0,4	470	- 4,9
Auftragseingang ³	Mill. DM	237	- 7,1	251	- 7,7
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 520	+ 5,4	1 422	- 9,8
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	416	- 20,8	553	- 8,0
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	103,2	- 0,4	105,3	- 0,3
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	137,2	- 4,7	101,3	- 1,0
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	528	- 6,3	367	+ 1,2
Übernachtungen	1 000	3 462	- 6,0	1 871	- 1,2
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	115 536	- 4,6	125 456	- 4,4
Offene Stellen	Anzahl	13 320	+ 13,2	14 503	+ 13,8
Kurzarbeiter	Anzahl	2 138	- 35,1	3 580	- 25,3
Insolvenzen					
Anzahl		101	+ 32,9	86	- 0,9

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II1/E III 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1998	Sept. 1998	Okt. 1998	Nov. 1998	Dez. 1998	Jan. 1999	Febr. 1999	März 1999	April 1999	Mai 1999	Juni 1999	Juli 1999	August 1999
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	-2,1	-2,2	-2,0	-1,8	-1,5	-1,5	-1,1	-0,9	-2,0	-1,6	-2,1	-1,7	-1,4
	Bund	-0,2	+0,4	+0,3	+0,2	+0,2	+0,5	+0,3	-0,0	-0,6	-0,7	-0,9	p-1,0	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	-2,4	-3,5	-4,4	-0,6	-2,6	-3,8	-4,2	-0,1	-3,1	-3,6	-0,2	r-1,9	-0,1
	Bund	+0,6	+0,2	-0,6	+2,0	-0,1	-2,7	-2,7	+0,5	-1,7	-2,8	+0,0	p-5,9	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-1,6	-3,4	-1,2	-0,3	-0,3	-1,9	-1,1	+3,2	+0,1	+1,4	-1,9	+0,8	+3,5
	Bund	+1,9	+2,7	+1,9	+2,3	+4,8	+1,1	+1,3	+4,3	+2,6	+2,3	+0,2	p+0,5	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+1,3	-3,5	+1,3	-0,6	+5,9	-2,6	-0,4	+15,0	+0,4	-3,7	+13,9	r+3,2	+6,5
	Bund	+3,2	+0,5	+1,3	+1,3	+1,1	-2,9	-1,2	+3,1	-0,1	+0,3	+3,9	p-1,6	...
Inlandsumsatz	Land	+1,2	-2,9	-2,7	-0,1	+13,2	-5,5	-0,2	+4,2	+2,2	-6,5	+9,2	r+0,0	+9,0
	Bund	+1,0	-1,4	+0,2	+0,6	-0,0	-3,8	-2,1	+1,1	-1,0	-1,3	+3,4	p-2,9	...
Auslandsumsatz	Land	+1,4	-4,9	+11,8	-1,7	-8,4	+4,7	-0,8	+42,7	-3,8	+2,2	+24,8	+11,4	+0,6
	Bund	+8,0	+4,5	+3,8	+2,9	+3,6	-1,0	+0,5	+7,2	+1,8	+3,3	+4,7	p+0,8	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+5,2	-5,9	-0,6	+1,6	-8,6	-10,3	+30,0	r+10,6	-11,4	-0,3	+18,5	-1,7	+14,6
	Bund	+4,2	+1,2	-1,6	+0,9	-0,4	-7,7	-4,5	-2,6	-2,4	+2,0	+3,6	-1,8	...
aus dem Inland	Land	+0,9	-9,5	-18,8	+0,9	-3,5	-7,7	-0,4	r-3,7	-7,8	-7,2	+8,8	+7,4	+6,7
	Bund	+4,6	+4,0	-0,5	+2,3	-0,4	-7,5	-6,1	-2,7	-3,4	-2,5	+2,2	-5,4	...
aus dem Ausland	Land	+12,0	+0,1	+34,5	+2,6	-15,0	-14,2	+67,2	+31,9	-16,1	+9,8	+34,7	-12,7	+28,4
	Bund	+3,8	-2,8	-3,3	-1,0	-0,3	-7,9	-2,3	-2,4	-1,0	-1,0	+5,5	+3,6	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+0,9	—	—	-4,7	—	—	-4,3	—	—	-1,4	—	—	...
	Bund	-2,3	—	—	-3,6	—	—	-12,2	—	—	-2,0	—	—	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	-5,1	-5,9	-6,6	-6,1	-7,0	-6,5	-6,0	-6,9	-6,5	-6,6	-7,1	-6,8	-7,0
	Bund	-5,4	-5,6	-5,1	-5,1	-5,3	-4,4	-4,1	-7,7	-6,8	-6,5	-6,5
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-6,5	-6,2	-10,5	-11,5	-14,8	-3,7	-14,4	-1,8	-4,1	-7,0	-4,7	-8,4	-3,9
	Bund	-5,7	-6,9	-7,0	-5,9	-10,3	-1,9	-12,6	-3,4	-4,7	-6,1	-2,7
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-6,4	-5,4	-11,7	-8,8	-11,2	-11,6	-10,8	-2,0	-3,0	-3,1	-5,1	-7,0	-2,0
	Bund	-5,7	-6,2	-7,8	-7,7	-7,1	-6,2	-6,1	-3,3	-3,0	-3,0	-3,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-1,7	-4,5	-12,5	+0,2	-12,1	-0,4	-5,4	-21,7	-5,2	-4,7	+4,3	-4,3	-0,4
	Bund	-4,5	-5,4	-6,0	-3,8	-8,2	-5,3	-5,9	-18,2	+3,6	+3,3	+3,7
Auftragseingang ³	Land	-7,5	-9,1	-3,9	-9,3	-13,4	-1,4	-3,4	-10,2	-19,4	-8,6	-5,5	-0,9	-7,1
	Bund	-0,3	+5,2	-1,7	+7,3	-3,0	3,5	3,0	-1,3	+0,2	+3,6	+0,9
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	-5,0	-12,2	-22,0	+17,6	-30,3	-11,7	-20,5	-23,7	-21,0	+8,3	-5,8	-6,5	+5,4
	Bund	p-9,6	-10,8	-11,3	-8,4	-0,8	-0,2	-4,3	-4,1	-9,3	-16,0	-11,7
Nichtwohnbau (urnauter Raum)	Land	+27,0	+36,6	+11,1	+52,5	-21,5	-17,1	+9,0	+11,2	+21,9	-30,0	-29,4	+12,4	-20,8
	Bund	p+8,7	+6,3	+9,2	-7,6	+11,4	+16,8	+16,3	+20,3	+0,4	-18,9	+10,6
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	+2,1	r+0,1	-0,9	+2,0	+0,9	r-5,1	r-1,5	r+3,9	+0,6	r-2,5	r+2,6	r-0,5	-0,4
	Bund	+1,5	+1,1	-1,3	+5,4	r+3,5	-2,1	-0,6	r+4,6	r+2,9	r-1,0	r+5,7	-0,5	+1,1
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	-2,2	-4,4	-5,3	-4,2	-3,4	r-0,9	r-2,8	r+4,0	r-0,5	r-1,1	r-4,0	r+3,3	-4,7
	Bund	-2,1	-4,3	-3,0	-2,9	1,3	-1,1	-3,7	0,7	0,2	-0,8	r-0,5	+0,7	-0,7
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+1,0	-1,1	-3,1	+5,0	+3,2	p-0,3	p-0,5	p+8,3	p-4,0	p+3,1	p-1,5	p+8,6	p-6,3
	Bund	+4,0	+2,6	+2,2	+5,8	+6,3	r+6,7	+6,5	+5,8	+7,5	+2,0	+4,6	+6,0	...
Übernachtungen	Land	-1,4	-3,4	-1,4	+6,7	+3,3	p+3,7	p+3,7	p+9,7	p-9,1	p+0,7	p-0,5	p-1,0	p-6,0
	Bund	+2,6	+2,5	+2,4	+6,2	+6,5	+8,3	+7,1	+7,7	+3,2	+2,3	+4,4	+4,4	...
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+1,2	-0,6	-1,9	-1,8	-2,3	-3,4	-4,0	-4,8	-4,3	-4,1	-5,6	-5,6	-4,6
	Bund	-2,4	-8,0	-9,3	-8,7	-7,2	-7,6	-7,4	-7,2	-6,2	-4,7	-3,4	-2,6	-1,8
Offene Stellen	Land	+7,7	+11,7	+15,8	+20,3	+1,0	+9,7	+7,3	+10,6	+16,9	+18,0	+19,3	+18,5	+13,2
	Bund	+25,1	+29,0	+26,2	+20,0	+13,7	+16,7	+14,5	+11,1	+8,2	+3,6	+1,5	+3,4	+2,8
Kurzarbeiter	Land	-29,7	-1,3	+3,3	-5,6	+5,1	-20,3	-10,8	-21,2	-33,4	-30,9	-25,5	-38,4	-35,1
	Bund	-36,7	-30,4	-23,9	-14,0	-10,5	-0,6	-6,1	-1,6	-5,1	+14,8	+27,8	+28,3	+36,1
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+13,6	+33,9	-16,3	+58,3	+62,4	+18,4	-18,6	-8,6	+34,5	-3,8	-11,0	-13,3	+32,9
	Bund	+1,7	-5,5	-10,7	-6,8	+14,8

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

() = eingeschränkte Aussagefähigkeit

**Jahreszahlen
Schleswig-Holstein**

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			1 000		1 000				
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538
1998	2 761	6,6	10,0	10,9	- 2	12	1 231	39	298	330	563

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluss	Haupt- schul- abschluss	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ = 100
	1 000													
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	103 801	+ 4,2	94 200	+ 1,8	92
1995	150	11	50	61	12	10	36	31	23	107 273	+ 3,3	95 227	+ 1,1	92
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	110 423	+ 2,9	96 860	+ 1,7	92
1997	160	12	53	62	14	11	36	32	22	113 788	+ 3,0	98 982	+ 2,2	92
1998	163	12	54	64	15	117 067	+ 2,9	100 780	+ 1,8	93

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12. ^a				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^b	421 ^b	1 269 ^b	2 687	318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	1 397	422	1 293	2 687	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 ^b	402 ^b	1 308 ^b	2 687	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796
1998	1 342 ^b	395 ^b	1 348 ^b	2 687	401	1 455	2 342	5 878	2 419	187	724

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
1995	153	97	157	4 856	4 321	48 979	12 777	162	1 246	636	415	48
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504	43
								1 000 t		Mill. kwh		
1997	146	91	145	4 706	4 394	50 047	14 872	172	835	5 334	3 893	41
1998	143	88	141	4 584	4 367	50 679	15 083	158	873	5 219	3 877	39

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen im April des jeweiligen Jahres

² ab 1994 vorläufige Ergebnisse

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93), ab 1997

einschl. der Betriebe, die durch die „Handwerkszählung 1995“ ermittelt wurden

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a 1998 am 03.11.

^b repräsentative Viehzählung

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
	1 000			Mill. DM				1 000			
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	22	1 230	14 003	7 383	821	12 254	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	1 249	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	1 269	16 487	8 403	1 033	14 879	4 057	337	20 776	685
1998	18	19	...	p 17 080	p 9 411	p 1 006	p 15 574	4 097	362	20 483	716

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraftfahrzeuge	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	1 000							Mill. DM				
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,0	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	15 592	268	20 652	26 765	2 238,1	873,5	112,3	121,9
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768
1998	1 729	102	1 441	83	14 376	245	19 047	31 189

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026
1997	...	9 924	3 223	5 493 ^a	10 233	7 734	775	...	1 430	28 991	5 318	4 184
1998	...	10 440	3 315	5 868 ^a	10 752	8 061	756	...	1 492	29 797	5 413	4 248

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1995 = 100)					Löhne und Gehälter ¹¹						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohngebäude	Lebenshaltung aller privaten Haushalte		Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte ¹⁰		insgesamt	darunter Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹³	
					Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
DM												
1994	98,3	91,7	97,7	98,3	...	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	100,0	91,6	100,0	100,0	100,0	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	98,8	91,1	99,8	101,4	100,6	1 022 ^b	734 ^b	5 419 ^b	3 870 ^b	6 254 ^b	4 769	3 594
1997	99,9	p 92,6	99,1	103,3	102,0	1 024 ^b	746 ^b	5 514 ^b	3 962 ^b	6 240 ^b	4 628	3 438
1998	99,5	87,1	98,7	104,3	103,0	1 033 ^a	760 ^a	5 634 ^a	4 065 ^a	6 411 ^a	4 697	3 490

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ ohne Postspareinlagen

⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser bis 1997, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹⁰ Basisjahr 1991 = 100

¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

^a ohne Einfuhrumsatzsteuer

^b Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 750	2 761	2 761	2 762	2 763	2 768
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 486	p 1 523	p 1 691	p 2 284	p 2 661	p 2 265
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		p 6,5	p 3,8	p 9,7	p 3,8	p 11,3	p 9,6
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 423	p 2 311	p 2 183	p 2 573	p 2 293	p 2 306
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		p 10,6	p 10,1	p 10,8	p 10,1	p 9,8	p 9,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 523	p 2 504	p 2 495	p 2 326	p 2 266	p 2 308
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		p 11,0	p 11,4	p 9,9	p 11,4	p 9,7	p 9,8
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 12	p 8	p 13	p 11	p 3	p 6
je 1 000 Lebendgeborene		p 5,0	p 4,2	p 4,3	p 4,2	p 1,3	p 2,6
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p 100	p - 193	p - 312	p + 211	p + 27	p - 2
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		p - 0,4	p - 0,8	p - 1,4	p + 0,9	p + 0,1	p - 0,0
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 704	6 489	6 451	7 486	7 460	5 171	6 347
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 489	1 348	1 633	1 555	1 484	1 178	1 634
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 423	5 497	5 220	6 175	6 264	4 425	4 873
darunter in das Ausland	Anzahl	1 168	1 198	1 227	1 564	1 412	1 052	1 129
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 281	+ 991	+ 1 231	+ 1 311	+ 1 196	+ 746	+ 1 474
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	11 316	11 469	10 259	11 682	12 057	15 038	10 632
Wanderungsfälle	Anzahl	23 443	23 455	21 930	25 343	25 781	24 634	21 852
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	127	128	120	124	121	118	113	117	116
darunter Männer	1 000	75	75	70	72	70	69	66	67	66
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,4	4,5	3,6	3,3	3,3	2,9	2,7	2,1	2,1
darunter Männer	1 000	5,1	3,6	2,8	2,7	2,7	2,4	2,2	1,6	1,6
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	10,8	11,7	12,8	11,8	11,8	16,8	15,3	13,9	13,3
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 336 ^a	1 342 ^a	1 327	.	.	p 1 316	.	.	.
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	402 ^a	395 ^a	372	.	.	p 375	.	.	.
Schweine	1 000	1 308 ^a	1 348 ^a	.	.	.	p 1 375	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	124 ^a	122 ^a	.	.	.	p 126	.	.	.
darunter trächtig	1 000	89 ^a	85 ^a	.	.	.	p 90	.	.	.
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	33	29	30	33	28	31	30	35
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	2	1	1	1
Schweine	1 000 St.	106	121	119	125	123	128	129	126	131
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	20,7	21,5	20,2	20,7	21,7	20,5	21,5	20,8	22,8
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,8	10,2	9,1	9,1	10,1	8,6	9,6	9,1	10,6
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Schweine	1 000 t	9,6	11,0	10,8	11,3	11,2	11,5	11,5	11,3	11,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	307	309	304	310	311	311	305	307
Kälber	kg	136	137	138	137	138	138	139	138	136
Schweine	kg	91	91	91	91	91	90	89	89	90
Geflügel										
Konsumeier ³	1 000	29 607	29 009	26 628	30 503	30 155	30 594	28 685	29 707	29 015
Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	61	68
Milcherzeugung										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	98	97	95	98	98	96	...
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	16,1	16,5	15,3	15,6	17,6	16,8	15,9	...

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a 1997 Dezember, 1998 November

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	146	143	143	143	143	140	140	140	141
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	91	88	88	89	89	86	85	87	87
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	12 060	11 778	11 989	11 679	11 093	10 911	11 959	11 458	11 082
* Lohnsumme	Mill. DM	352,1	382,0	407,3	379,8	366,2	377,4	400,5	373,2	377,9
* Gehaltssumme	Mill. DM	366,1	363,9	399,4	399,4	334,7	371,2	390,7	357,1	347,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 171	4 223	4 262	4 230	3 866	4 241	4 813	4 429	4 117
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 931	2 966	2 982	3 032	2 712	2 772	3 216	3 094	2 956
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 239	1 257	1 280	1 199	1 154	1 469	1 598	1 335	1 161
Kohleverbrauch	1 000 t	14
Gasverbrauch	Mill. kWh	445	435
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh
Heizölverbrauch	1 000 t	70	73
leichtes Heizöl	1 000 t	5	4
schweres Heizöl	1 000 t	64	68
Stromverbrauch	Mill. kWh	324	328	323	328	322	335	336	335	301
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	39	39	38	36	35	...	36	35	33
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 659	1 984	857	1 909	2 013	2 541	2 220	2 607	2 907
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 081	990	974	987	1 020	1 002	993	1 010	989
Gaserzeugung (netto)	1 000 m ³
Handwerk (Meßzahlen)³										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1998 = 100	90,0	94,4	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1998 = 100	93,4	102,3	.	.
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Bauteilarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	40 115	38 078	35 854	38 595	38 857	35 854	35 854	35 982	36 137
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 048	3 786	3 639	4 338	4 041	3 639	4 228	3 974	3 884
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 059	1 952	1 824	2 218	2 064	1 824	2 140	1 957	1 952
gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	876	814	770	885	848	770	898	869	830
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 065	974	998	1 157	1 075	998	1 129	1 070	1 031
* Lohnsumme	Mill. DM	126,2	117,0	113,0	127,1	120,6	113,0	115,5	116,8	118,2
* Gehaltssumme	Mill. DM	32,4	31,3	28,4	30,7	30,2	28,4	31,8	30,0	29,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	534,4	525,2	513,7	597,4	545,6	513,7	593,7	572,0	543,6
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	292,3	270,4	266,0	293,3	255,0	266,0	319,3	290,6	236,9
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	12 693	12 020	11 120	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 477	1 329	3 669	.	.
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	49,4	47,3	134,8	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142,3	147,2	387,9	.	.

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt *		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	842	921	1 043	1 230	939	1 046	1 090	1 196	1 015
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	682	789	893	1 049	832	929	950	1 042	897
2 Wohnungen	Anzahl	86	73	86	110	51	68	77	89	78
* Rauminhalt	1 000 m³	761	777	890	1 012	759	840	879	955	793
* Wohnfläche	1 000 m²	148	149	171	195	146	166	173	187	154
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	103	113	150	144	108	104	155	158	112
* Rauminhalt	1 000 m³	449	570	995	720	525	520	702	809	416
* Nutzfläche	1 000 m²	76	93	154	111	80	85	112	133	72
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 757	1 665	1 895	2 136	1 571	1 737	1 738	1 967	1 576
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 420,9	1 423,4	1 450,7	1 428,3	1 420,9	1 453,7	1 963,9	1 738,0	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	143,1	125,5	131,1	126,6	113,5	124,9	132,4	151,8	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 277,8	1 297,8	1 319,7	1 301,7	1 307,4	1 328,9	1 831,6	1 586,1	...
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	28,0	21,9	19,5	21,3	19,3	18,5	14,8	19,3	...
* Halbwaren	Mill. DM	76,8	70,8	91,6	84,1	84,6	60,6	95,2	70,4	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 173,0	1 205,2	1 208,6	1 196,3	1 203,5	1 249,8	1 721,5	1 496,4	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	182,7	163,6	179,2	168,6	141,4	172,5	163,3	166,6	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	990,3	1 041,5	1 029,4	1 027,7	1 062,0	1 077,3	1 558,3	1 329,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	747,2	784,3	766,5	832,2	692,2	902,1	899,0	890,9	...
darunter Dänemark	Mill. DM	120,1	111,9	118,9	134,5	78,7	127,3	105,3	94,6	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	100,3	111,5	122,6	129,2	121,1	89,8	110,6	135,3	...
Frankreich	Mill. DM	94,3	109,1	102,7	109,7	72,3	116,5	102,9	120,8	...
Niederlande	Mill. DM	107,8	106,5	115,8	112,7	104,2	134,0	128,3	118,2	...
* Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	105,0	107,2	107,0	115,3	103,6	106,6	109,8	114,7	103,2
* Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	100,5	98,3	114,1	129,5	144,0	114,2	109,5	133,8	137,2
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	338	341	482	528	563	p 476	p 475	p 573	p 528
darunter von Auslandsgästen	1 000	28	30	37	59	41	p 34	p 37	p 56	p 38
* Übernachtungen	1 000	1 731	1 707	2 408	3 438	3 681	p 2 101	p 2 396	p 3 403	p 3 462
darunter von Auslandsgästen	1 000	57	60	72	110	78	p 69	p 76	p 112	p 79
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
* Gütereingang	1 000 t	1 919	1 821	1 857	1 737	1 855	1 844	1 880
* Güterversand	1 000 t	1 140	1 093	1 078	1 010	1 022	1 004	1 080
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	156	155	176	162	123	155	176	179	137
* Güterversand	1 000 t	169	201	207	180	207	211	209	245	217
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge²										
* darunter Krafträder	Anzahl	863	774	1 165	1 044	704	1 248	1 103	955	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	9 858	9 256	10 107	9 607	7 611	9 614	10 430	9 755	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	636	681	742	781	580	731	913	666	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 212	1 198	1 404	1 343	1 346	1 362	1 339	1 510	1 367
* Getötete Personen	Anzahl	24	20	19	24	19	14	22	24	27
* Verletzte Personen	Anzahl	1 602	1 587	1 847	1 838	1 793	1 799	1 664	1 969	1 835

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	80	91	100	90	76	77	89	78	101
Unternehmen	Anzahl	65	72	80	73	66	62	75	59	79
übrige Gemeinschuldner	Anzahl	15	19	20	17	10	15	14	19	22
Beantragte Konkurse	Anzahl	80	91	100	90	76	77	89	78	101
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	52	61	66	47	23	41	52	42	52
Kredite und Einlagen¹										
4-Monats-durchschnitt³										
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	144 326	155 353	153 709	-	-	-	-	-	-
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	140 341	149 977	148 298	-	-	-	-	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 781	17 691	17 424	-	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 480	17 319	17 261	-	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	301	372	163	-	-	-	-	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 600	7 390	7 332	-	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 511	6 824	6 745	-	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 089	566	587	-	-	-	-	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	115 960	124 896	123 542	-	-	-	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	87 690	94 872	93 224	-	-	-	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	28 270	30 024	30 318	-	-	-	-	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	93 609	96 524	96 451	-	-	-	-	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	61 877	64 336	64 859	-	-	-	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	55 902	58 698	59 343	-	-	-	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 975	5 638	5 516	-	-	-	-	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	30 238	30 898	30 546	-	-	-	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	29 780	30 418	30 075	-	-	-	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	458	480	471	-	-	-	-	-	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
				2. Vj. 98				2. Vj. 99		
Gemeinschaftsteuern ⁴	Mill. DM	4 011	4 249	3 986	-	-	-	4 265	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	1 934	2 015	1 797	-	-	-	1 935	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	194	189	157	-	-	-	367	-	-
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	93	108	120	-	-	-	80	-	-
Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	47	48	32	-	-	-	29	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	291	328	364	-	-	-	426	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 373	1 467	1 435	-	-	-	1 352	-	-
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	79	94	81	-	-	-	76	-	-
Landesteuern	Mill. DM	295	374	332	-	-	-	318	-	-
Vermögensteuer	Mill. DM	20	11	14	-	-	-	9	-	-
Grundwerbsteuer	Mill. DM	90	111	101	-	-	-	113	-	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	140	154	-	-	-	134	-	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	498	516	575	-	-	-	482	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	8	-	-	-	8	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	112	117	111	-	-	-	119	-	-
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	358	373	435	-	-	-	334	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern ⁴	Mill. DM	1 830	1 947	1 842	-	-	-	1 967	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	822	857	764	-	-	-	822	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	82	80	67	-	-	-	155	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	145	164	182	-	-	-	213	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	693	750	735	-	-	-	706	-	-
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	19	22	20	-	-	-	18	-	-
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	190	147	133	-	-	-	153	-	-
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2 020	2 094	1 975	-	-	-	2 120	-	-
Steuereinnahmen des Landes ⁵	Mill. DM	2 481	2 610	2 484	-	-	-	2 654	-	-
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 101	2 155	2 010	-	-	-	2 032	-	-
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	913	991	837	-	-	-	857	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	78	40	60	-	-	-	150	-	-
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	145	162	129	-	-	-	192	-	-
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	823	817	824	-	-	-	691	-	-
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	60	73	63	-	-	-	60	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (netto) ⁶	Mill. DM	806	829	863	-	-	-	854	-	-
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶	Mill. DM	278	276	355	-	-	-	257	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	361	410	340	-	-	-	338	-	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember ⁴ ohne Einfuhrumsatzsteuer

⁵ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁶ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1997	1998	1998			1999			
	Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1995 = 100									
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	103,3	104,3	104,5	104,8	104,6	104,8	104,9	105,4	105,3
darunter für									
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,0	103,0	104,4	103,6	102,6	103,2	102,6	101,7	100,7
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	102,7	104,7	105,4	105,5	105,6	105,6	105,5	105,5	105,5
Bekleidung und Schuhe	101,1	101,5	101,5	101,4	101,3	101,9	101,8	101,6	101,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	105,1	106,0	106,1	106,1	106,0	107,4	107,5	107,8	107,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. ä.	101,1	101,8	101,9	101,9	101,9	102,2	102,2	102,2	102,1
Gesundheitspflege	108,7	114,4	114,6	114,1	114,2	110,5	110,6	110,6	110,7
Verkehr	104,3	104,7	104,9	105,3	105,2	106,4	107,4	108,2	109,2
Nachrichtenübermittlung	97,9	97,3	97,7	97,7	97,7	88,5	87,6	87,6	87,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	102,5	103,1	102,7	104,5	104,8	102,1	102,6	105,5	104,8
Bildungswesen	107,8	112,9	112,1	112,2	112,8	117,2	117,2	117,4	117,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	102,1	103,6	104,0	105,9	106,1	104,9	105,4	107,2	107,7
Andere Waren und Dienstleistungen	102,3	102,8	102,7	102,8	102,9	104,5	104,5	104,5	104,5
Einzelhandelspreise ¹	102,1	101,7	102,1	101,9	101,6	102,0	101,9	101,9	101,8
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	99,1	98,7			98,9	98,3			98,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²	99,9	99,5	99,9	99,7	99,5	98,3	98,4	98,7	...
Einfuhrpreise ²	104,0	100,7	101,1	100,6	99,9	99,0	99,3	100,2	...
Ausfuhrpreise ²	101,5	101,4	101,7	101,6	101,4	100,5	100,7	100,9	...
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²	92,5	87,1	89,3	88,2	86,7	84,0	p 85,4	p 84,4	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	107,5	103,6	104,3	103,3	102,3	102,4	102,9	103,2	...
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 024	1 033		1 045				1 063	
darunter Facharbeiter	1 078	1 090		1 103				1 123	
weibliche Arbeiter	746	760		765				779	
darunter Hilfsarbeiter	708	721		729				729	
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,84	27,35		27,39				27,84	
darunter Facharbeiter	28,45	29,04		29,07				29,61	
weibliche Arbeiter	19,99	20,38		20,46				20,99	
darunter Hilfsarbeiter	18,84	19,17		19,31				19,51	
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,0	37,7		38,2				38,2	
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,3	37,3		37,4				37,1	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 567	6 688		6 690				6 896	
weiblich	4 624	4 763		4 774				4 906	
technische Angestellte									
männlich	6 579	6 724		6 759				6 907	
weiblich	4 573	4 699		4 723				4 877	
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 157	5 268		5 274				5 429	
weiblich	3 774	3 857		3 863				3 958	
technische Angestellte									
männlich	4 773	4 866		4 838				5 145	
weiblich	3 240	3 226		3 266				3 772	
Produzierendes Gewerbe⁴; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen u. Gebrauchsgütern; Kredit- u. Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte	5 061	5 192		5 206				5 353	
männlich	5 514	5 634		5 639				5 803	
weiblich	3 962	4 065		4 073				4 176	
technische Angestellte									
männlich	6 240	6 411		6 433				6 604	
weiblich	4 466	4 591		4 612				4 767	

¹ Beim Index der Einzelhandelspreise wurden die Angaben von Januar 1998 bis Mai 1999 wegen fehlerhafter Einbeziehung der Zuzahlungen für Arzneimittel korrigiert.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.05.1999			Bevölkerungsveränderung im Mai 1999			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1999 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹						
		%							
FLensburg	84 668	- 0,0	- 0,8	- 7	- 1	- 8	33	-	45
KIEL	235 718	- 0,1	- 1,4	- 17	- 285	- 302	105	-	145
LÜBECK	213 784	- 0,1	- 0,4	- 12	- 157	- 169	120	1	158
NEUMÜNSTER	80 603	- 0,1	- 0,6	+ 16	- 132	- 116	381	-	55
Dithmarschen	136 685	+ 0,0	+ 0,5	+ 9	+ 4	+ 13	71	4	101
Herzogtum Lauenburg	175 971	+ 0,1	+ 0,7	- 5	+ 105	+ 100	75	1	105
Nordfriesland	163 518	+ 0,1	+ 0,6	- 23	+ 146	+ 123	92	3	131
Ostholstein	200 449	+ 0,1	+ 0,3	- 16	+ 142	+ 126	125	2	167
Pinneberg	288 104	+ 0,0	+ 0,4	- 4	+ 40	+ 36	131	1	166
Plön	131 298	+ 0,1	+ 0,9	- 18	+ 158	+ 140	87	2	135
Rendsburg-Eckernförde	266 618	+ 0,1	+ 0,9	+ 11	+ 167	+ 178	147	2	183
Schleswig-Flensburg	195 381	+ 0,1	+ 0,9	+ 40	+ 173	+ 213	73	6	90
Segeberg	245 702	+ 0,1	+ 1,2	+ 24	+ 197	+ 221	118	-	144
Steinburg	135 208	+ 0,1	+ 0,1	- 12	+ 84	+ 72	47	2	66
Stormarn	214 687	+ 0,1	+ 0,6	+ 12	+ 105	+ 117	104	3	144
Schleswig-Holstein	2 768 394	+ 0,0	+ 0,3	- 2	+ 746	+ 744	1 367	27	1 835

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1999		
	Betriebe am 31.08.1999	Beschäftigte am 31.08.1999	Umsatz ⁴ im Aug. 1999 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLensburg	52	9 110	520	44 411	38 302	452
KIEL	104	15 038	238	119 123	101 718	431
LÜBECK	108	14 057	327	109 652	94 331	441
NEUMÜNSTER	63	6 491	146	47 868	40 352	500
Dithmarschen	63	6 705	377	92 851	72 728	532
Herzogtum Lauenburg	101	8 097	166	115 972	97 382	554
Nordfriesland	60	3 449	167	113 188	90 113	552
Ostholstein	86	5 603	138	128 948	107 147	535
Pinneberg	182	16 104	447	181 419	153 080	532
Plön	42	2 252	47	82 581	67 726	517
Rendsburg-Eckernförde	114	7 529	245	177 834	144 954	544
Schleswig-Flensburg	73	4 191	131	132 745	105 521	542
Segeberg	189	15 869	484	174 755	145 419	593
Steinburg	76	7 425	200	89 286	71 787	531
Stormarn	171	19 478	485	148 262	126 241	589
Schleswig-Holstein	1 484	141 398	4 117	1 758 895	1 456 801	527

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: März 1999

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein ■■■ Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 10/11 / 1999

Erweiterte Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.1998 in km ²	Gemeinden am 31.12.1998	Bevölkerung am 31.12.1998			Eheschließungen 1998		Lebendgeborene 1998	
			insgesamt	männlich	Einwohner je km ²	Anzahl	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	56,44	1	84 742	40 909	1 501	420	4,9	891	10,5
KIEL	118,39	1	237 337	114 892	2 005	1 261	5,3	2 299	9,6
LÜBECK	214,14	1	214 017	101 254	999	1 339	6,2	2 041	9,5
NEUMÜNSTER	71,56	1	80 803	38 963	1 129	498	6,1	911	11,2
Dithmarschen	1 433,68	117	136 547	67 065	95	920	6,8	1 396	10,3
Herzogtum Lauenburg	1 263,01	133 ^a	175 690	85 355	139	1 026	5,9	1 758	10,1
Nordfriesland	2 049,30	137	163 080	80 170	80	1 735	10,7	1 790	11,0
Ostholstein	1 391,48	39	200 168	96 434	144	1 270	6,4	1 663	8,3
Pinneberg	664,28	49	288 109	141 107	434	1 828	6,4	2 931	10,2
Plön	1 082,62	86	130 838	65 977	121	912	7,0	1 187	9,1
Rendsburg-Eckernförde	2 185,46	166	265 739	131 463	122	1 625	6,1	2 751	10,4
Schleswig-Flensburg	2 071,62	136	194 568	96 918	94	1 314	6,8	2 018	10,4
Segeberg	1 344,35	96 ^b	244 781	120 061	182	1 381	5,7	2 550	10,5
Steinburg	1 056,11	114	135 161	66 705	128	769	5,7	1 426	10,6
Stormarn	766,27	55	214 477	104 246	280	1 651	7,7	2 117	9,9
Schleswig-Holstein	15 768,70	1 132 ^{a, b}	2 766 057	1 351 519	175	17 949	6,5	27 729	10,0

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1998		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte am 31.12.1998		Zahnärzte am 31.12.1998
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zugezogene 1998	Fortgezogene 1998		ins- gesamt	darunter Praxisinhaber	
FLENSBURG	1 006	11,8	- 115	5 945	6 635	- 690	404	172	74
KIEL	2 697	11,3	- 398	12 869	15 650	- 2 781	1 626	532	313
LÜBECK	2 691	12,5	- 650	11 821	12 530	- 709	1 306	448	191
NEUMÜNSTER	983	12,1	- 72	3 425	3 872	- 447	305	125	72
Dithmarschen	1 489	10,9	- 93	4 725	3 858	+ 867	364	168	87
Herzogtum Lauenburg	1 906	10,9	- 148	9 002	7 291	+ 1 711	390	217	109
Nordfriesland	1 720	10,6	+ 70	6 783	5 857	+ 926	501	208	104
Ostholstein	2 321	11,6	- 658	9 636	8 039	+ 1 597	738	293	153
Pinneberg	2 942	10,2	- 11	13 829	12 125	+ 1 704	634	345	203
Plön	1 316	10,1	- 129	7 508	5 738	+ 1 770	243	156	92
Rendsburg-Eckernförde	2 795	10,6	- 44	13 010	10 863	+ 2 147	739	342	216
Schleswig-Flensburg	2 041	10,5	- 23	9 558	7 862	+ 1 696	461	237	130
Segeberg	2 269	9,3	+ 281	12 865	10 618	+ 2 247	682	275	171
Steinburg	1 579	11,7	- 153	5 640	5 324	+ 316	359	170	80
Stormarn	2 287	10,7	- 170	11 708	10 165	+ 1 543	490	272	152
Schleswig-Holstein	30 042	10,9	- 2 313	138 324	126 427	+ 11 897	9 242	3 960	2 147

^a einschließlich Forstgutsbezirk Sachsenwald
^b einschließlich Forstgutsbezirk Buchholz

Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungsbestand am 31.12.1998		Kraftfahrzeugbestand am 01.07.1999				Personenkraft- wagen ⁴ je 1 000 Einw. ⁶
	Wohngebäude ¹	Wohnungen ^{1 2}	insgesamt ³	darunter			
				Personenkraft- wagen ⁴	Lastkraft- wagen	Zug- maschinen ⁵	
FLENSBURG	13 773	45 658	44 411	38 302	2 256	326	452
KIEL	33 505	128 155	119 123	101 718	6 233	640	431
LÜBECK	38 911	110 808	109 652	94 331	6 033	1 072	441
NEUMÜNSTER	17 094	40 082	47 868	40 352	3 149	602	500
Dithmarschen	43 834	62 600	92 851	72 728	4 894	7 098	532
Herzogtum Lauenburg	44 426	75 372	115 972	97 382	5 170	4 441	554
Nordfriesland	52 566	82 200	113 188	90 113	5 460	8 012	552
Ostholstein	53 445	100 855	128 948	107 147	5 785	5 219	535
Pinneberg	65 760	131 658	181 419	153 080	9 735	5 064	532
Plön	34 229	57 380	82 581	67 726	3 391	4 086	517
Rendsburg-Eckernförde	70 349	114 142	177 834	144 954	8 122	9 555	544
Schleswig-Flensburg	53 663	81 607	132 745	105 521	5 921	9 196	542
Segeberg	58 380	103 946	174 755	145 419	9 211	6 322	593
Steinburg	36 116	60 018	89 286	71 787	4 297	5 362	531
Stormarn	52 262	94 492	148 262	126 241	7 483	3 449	589
Schleswig-Holstein	668 313	1 288 973	1 758 895	1 456 801	87 140	70 444	527

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1998				Empfänger ^a von Sozialhilfe 1998		
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner ⁷	Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen am Jahresende	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb und innerhalb von Einrichtungen am 31.12.	
	1 000 DM					insgesamt	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	58 665	50 789	109 455	1 292	4 153	7 597	90
KIEL	200 004	145 243	345 248	1 455	6 632 ⁸	19 484	82
LÜBECK	126 170	104 167	230 337	1 076	3 646	15 911	74
NEUMÜNSTER	52 213	38 461	90 673	1 122	1 695	5 825	72
Dithmarschen	39 208	51 657	90 866	665	1 798	5 743	42
Herzogtum Lauenburg	48 995	60 008	109 004	620	1 962	6 570	37
Nordfriesland	38 160	64 495	102 655	629	2 065	5 754	35
Ostholstein	50 504	59 923	110 428	552	1 727	7 037	35
Pinneberg	115 362	89 518	204 880	711	2 484	11 785	41
Plön	33 161	39 227	72 388	553	1 247	3 981	30
Rendsburg-Eckernförde	72 583	94 172	166 756	628	3 317	9 216	35
Schleswig-Flensburg	46 505	78 001	124 506	640	2 159	7 104	37
Segeberg	48 812	64 233	113 044	462	1 438	7 824	32
Steinburg	32 962	43 945	76 907	569	1 782	5 626	42
Stormarn	41 412	65 515	106 927	499	1 711	5 862	27
Schleswig-Holstein	1 004 717	1 049 354	2 054 071	743	37 816	125 319	45

¹ ohne Wohnheime

² in Wohn- und Nichtwohngebäuden

³ mit amtlichem Kennzeichen

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ zulassungspflichtige

⁶ Bevölkerungsstand 31.03.1999

⁷ Bevölkerungsstand 31.12.1998

⁸ ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen

^a einschließlich Empfänger des überörtlichen Trägers

**Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein**

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
	Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1998 ^a							
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital			Gemeindeanteil an Gemein- schaftssteuern
					Aufkommen	Gewerbsteuer- umlage	Einnahmen	
1 000 DM	DM je Einwohner ¹	1 000 DM						
FLensburg	116 704	1 369	51	17 646	64 116	15 679	48 436	49 462
KIEL	418 217	1 751	161	53 246	270 567	65 119	205 448	153 547
LÜBECK	287 990	1 341	369	50 427	136 924	28 093	108 831	122 008
NEUMÜNSTER	105 416	1 300	121	15 989	52 666	11 086	41 581	46 156
Dithmarschen	140 628	1 034	3 457	18 554	72 239	22 858	49 383	66 583
Herzogtum Lauenburg	216 456	1 238	2 049	27 305	114 761	32 927	81 835	102 024
Nordfriesland	163 325	1 004	4 648	29 776	48 977	13 250	35 726	79 690
Ostholstein	204 580	1 023	3 479	34 001	63 385	16 405	46 979	106 122
Pinneberg	365 870	1 274	2 260	46 751	142 978	40 479	102 500	206 082
Plön	104 965	806	2 343	18 031	21 540	6 999	14 541	66 920
Rendsburg-Eckernförde	255 938	967	4 146	36 134	94 468	28 133	66 334	145 355
Schleswig-Flensburg	164 737	851	4 274	24 325	54 949	12 884	42 063	91 075
Segeberg	292 517	1 204	2 230	36 749	117 400	30 612	86 789	163 976
Steinburg	152 038	1 126	2 002	20 902	67 880	18 473	49 406	78 151
Stormarn	326 001	1 527	1 746	37 031	169 072	45 467	123 606	161 722
Schleswig-Holstein	3 315 381	1 201	33 336	466 866	1 491 923	388 464	1 103 459	1 638 871

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
	Realsteueraufbringungskraft 1998 ^b				Steuereinnahmekraft ² der Gemeinden 1998		Baumaßnahmen 1998			
	insgesamt		aus Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital				Gemeinden und Gemeindeverbände		Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	
	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹
FLensburg	44 941	527	-	-
KIEL	121 570	509	-	-
LÜBECK	76 519	356	-	-
NEUMÜNSTER	21 019	259	-	-
Dithmarschen	50 642	372	44 024	324
Herzogtum Lauenburg	77 125	441	72 203	413
Nordfriesland	92 633	569	87 101	535
Ostholstein	71 961	360	60 405	302
Pinneberg	66 041	230	63 552	221
Plön	54 885	422	38 520	296
Rendsburg-Eckernförde	114 266	432	107 497	406
Schleswig-Flensburg	96 318	497	86 539	447
Segeberg	105 460	434	99 525	410
Steinburg	51 199	379	46 200	342
Stormarn	79 030	370	75 760	355
Schleswig-Holstein	1 123 607	407	781 324	365

¹ Bevölkerungsstand 30.06.1998

² Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

^a kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik

^b Summe der Grundbeträge multipliziert mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert

Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände					
	Schulden am 31.12.1998 (ohne Kassenkredite)				vollzeitbeschäftigtes Personal am 30.06.1998	
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden und Amtsverwaltungen		Gemeinden und Gemeindeverbände	
	1 000 DM	je Einw. ¹	1 000 DM	je Einw. ¹	Anzahl	je 10 000 Einw. ¹
FLENSBURG	322 513	3 784	322 513	3 784	1 692	199
KIEL	906 659	3 797	906 659	3 797	5 403	226
LÜBECK	884 348	4 117	884 348	4 117	5 625	262
NEUMÜNSTER	282 308	3 481	282 308	3 481	1 137	140
Dithmarschen	142 551	1 048	111 195	817	1 910	140
Herzogtum Lauenburg	183 050	1 047	169 909	972	1 637	94
Nordfriesland	338 721	2 082	291 101	1 789	2 830	174
Ostholstein	320 844	1 605	250 397	1 252	2 212	111
Pinneberg	420 466	1 464	284 984	992	3 754	131
Plön	255 605	1 963	199 164	1 530	1 373	105
Rendsburg-Eckernförde	287 337	1 086	259 464	980	2 270	86
Schleswig-Flensburg	238 934	1 234	159 327	823	1 563	81
Segeberg	413 008	1 700	237 558	978	2 604	107
Steinburg	168 779	1 250	130 327	965	1 332	99
Stormarn	247 636	1 160	185 386	869	2 021	95
Schleswig-Holstein	5 412 759	1 961	4 674 640	1 693	37 363	135

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft einschließlich Gartenbau 1998						
	landwirtschaftliche Betriebe (HPR) mit 1 und mehr ha landw. genutzter Fläche (LF)						
	insgesamt	davon mit ... bis unter ... ha LF					
1 - 5		5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	
FLENSBURG	25	15	2	1	3	1	3
KIEL	82	47	11	4	3	2	15
LÜBECK	174	78	10	18	10	10	48
NEUMÜNSTER	85	34	12	9	4	8	18
Dithmarschen	2 451	715	238	192	126	289	891
Herzogtum Lauenburg	1 370	439	111	94	71	135	520
Nordfriesland	3 383	790	294	296	259	503	1 241
Ostholstein	1 584	428	151	135	93	157	620
Pinneberg	1 538	517	256	202	131	187	245
Plön	1 366	427	138	106	91	159	445
Rendsburg-Eckernförde	3 250	877	330	282	229	388	1 144
Schleswig-Flensburg	3 314	857	291	242	177	412	1 335
Segeberg	2 138	688	214	193	158	267	618
Steinburg	1 792	436	153	151	115	263	674
Stormarn	1 198	414	140	107	73	107	357
Schleswig-Holstein	23 750	6 762	2 351	2 032	1 543	2 888	8 174

¹ Bevölkerungsstand 30.06.

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.12.1998		Arbeitslose Ende August 1999			Kurzarbeiter Mitte August 1999	offene Stellen Ende August 1999	Be- schäftigte am 30.06.1999	Umsatz ³ im Juni 1999	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 426,0	+ 0,3	323,2	- 6,2	7,2	8,3	75,6	1 238	36 341	39
Bayern	12 086,5	+ 0,2	358,7	- 6,5	6,9	5,7	83,9	1 186	37 566	38
Berlin	3 398,8	- 0,8	268,4	+ 0,7	17,8	2,2	7,6	116	5 318	22
Brandenburg	2 590,4	+ 0,7	225,3	+ 10,1	18,7	3,8	7,6	90	2 625	15
Bremen	668,0	- 0,9	43,1	- 5,6	15,5	0,4	4,8	65	3 085	48
Hamburg	1 700,1	- 0,3	82,2	- 6,7	11,4	0,4	9,0	99	8 195	22
Hessen	6 035,1	+ 0,1	232,1	- 6,5	9,1	3,5	31,7	464	13 465	33
Mecklenburg-Vorpommern	1 798,7	- 0,5	158,8	+ 1,4	18,8	2,6	8,7	45	1 219	11
Niedersachsen	7 865,8	+ 0,3	366,7	- 5,3	11,2	3,5	43,9	556	21 703	38
Nordrhein-Westfalen	17 975,5	+ 0,0	811,4	- 2,2	10,9	38,7	101,2	1 494	46 439	35
Rheinland-Pfalz	4 025,0	+ 0,2	143,9	- 5,3	8,8	3,6	35,2	307	9 996	42
Saarland	1 074,2	- 0,6	49,2	- 4,3	11,6	1,0	5,3	107	2 954	38
Sachsen	4 489,4	- 0,7	381,7	+ 5,0	18,6	5,1	22,2	212	5 120	25
Sachsen-Anhalt	2 674,5	- 1,0	272,6	+ 4,3	21,7	2,6	13,1	102	2 755	14
Schleswig-Holstein	2 766,1	+ 0,3	115,5	- 4,6	10,0	2,1	13,3	140	4 785	33
Thüringen	2 462,8	- 0,6	191,0	+ 0,0	16,6	4,7	15,5	123	2 798	17
Bundesrepublik Deutschland	82 037,0	- 0,0	4 023,7	- 1,8	11,4	88,3	478,5	6 343	204 365	35
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 747,3	+ 0,1	2 677,6	- 4,4	9,5	68,5	409,0	5 752	189 307	36
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 289,7	- 0,5	1 346,2	+ 4,1	18,9	19,8	69,6	591	15 058	18

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Mai 1999			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Juni 1999			
	Beschäftigte am 30.04.1999	Baugewerblicher Umsatz ³ im April 1999		Zahl der genehmigten Wohnungen im April 1999	Ankünfte	Übernachtungen		Unfälle		Verunglückte	
		1 000	Mill. DM			Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl
			%		%						
Baden-Württemberg	117	1 740	+ 6,3	4 823	1 275 758	3 656 330	+ 3,1	3 989	+ 0,2	5 280	132
Bayern	177	2 419	+ 1,5	7 097	2 014 678	6 472 438	+ 1,9	5 698	- 3,5	7 654	134
Berlin	36	594	- 3,5	920	372 261	883 976	- 3,2	1 913	+ 4,1	2 258	118
Brandenburg	60	712	+ 0,2	2 086	317 450	845 918	+ 2,3	1 416	+ 0,4	1 811	128
Bremen	7	98	- 10,9	222	58 668	109 643	- 2,8	343	+ 16,7	413	120
Hamburg	15	308	+ 2,0	294	234 836	427 457	- 0,6	922	+ 3,2	1 193	129
Hessen	61	914	+ 4,8	2 389	853 795	2 193 525	+ 2,3	2 685	+ 15,6	3 651	136
Mecklenburg-Vorpommern	36	428	- 0,1	903	411 534	1 470 649	+ 12,7	1 027	+ 0,9	1 410	137
Niedersachsen	99	1 513	+ 10,6	4 093	990 655	3 342 801	+ 3,3	3 731	+ 5,4	5 162	138
Nordrhein-Westfalen	173	2 866	+ 7,4	6 119	1 347 801	3 399 920	+ 2,8	6 513	- 3,7	8 283	127
Rheinland-Pfalz	47	669	- 0,7	2 196	605 684	1 713 200	- 4,5	1 798	+ 4,3	2 409	134
Saarland	12	154	+ 1,4	533	58 546	185 731	- 4,6	399	- 14,6	537	135
Sachsen	97	1 226	+ 7,3	2 062	500 002	1 374 316	+ 2,0	1 863	+ 0,9	2 427	130
Sachsen-Anhalt	65	781	- 1,8	1 258	222 239	534 993	+ 1,6	1 283	- 0,3	1 686	131
Schleswig-Holstein	36	523	- 5,2	1 448	476 054	2 100 576	+ 0,7	1 339	- 4,6	1 686	126
Thüringen	52	579	+ 1,2	888	325 795	890 206	+ 9,4	1 145	+ 2,6	1 567	137
Bundesrepublik Deutschland	1 088	15 523	+ 3,6	37 331	10 065 756	29 601 679	...	37 457	+ 4,6	49 704	133
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	766	11 602	+ 4,2	29 524	8 163 662	24 203 062	...	-	-	-	-
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	322	3 921	+ 20	7 807	1 902 094	5 398 617	+ 6,3	-	-	-	-

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit

· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten

... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor

r = berichtigte Zahl

p = vorläufige Zahl

s = geschätzte Zahl

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

/ = Zahlenwert nicht sicher genug

() = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit

≐ = entspricht